

# Stenographisches Protokoll.

## 6. Sitzung der II. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Dienstag, den 19. Dezember 1950

### Inhalt.

1. Eröffnung durch den Präsidenten (S. 33).
2. Abwesenheitsanzeigen (S. 33).
3. Verhandlung:

Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951. Berichterstatter: Abg. Schöberl (S. 33). Generaldebatte: Redner: Landesrat Viktor Müllner (S. 36), Landesrat Genner (S. 43), Abg. Wondrak (S. 49), Abg. Zach (S. 58), Abg. Wenger (S. 63), Abg. Hirrmann (S. 68), Abg. Staffa (S. 70), Abg. Dubovsky (S. 78), Abg. Dr. Steingötter (S. 84).

**PRÄSIDENT (um 13 Uhr 10 Min.):** Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abg. Czerny, Landeshauptmann Steinböck und Landeshauptmannstellvertreter Popp.

Zur Behandlung steht der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951, Zahl 143. Die Anträge hierzu liegen in der vom Finanzausschuß in seinen Sitzungen vom 12., 13., 14. und 15. Dezember 1950 geänderten Form auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf und ebenso die vom Finanzausschuß gefaßten Resolutionsanträge, Zahlen 143/1 bis 143/4.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951 weist im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von . . . . .	356,679.500 S	
und im außerordentlichen Voranschlag von . . . . .	67,159.200 S	
zusammen von . . . . .		423,838.700 S
aus. Demgegenüber stehen Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von . . . . .	330,886.500 S	
und im außerordentlichen Voranschlag von . . . . .	28,836.000 S	
zusammen von . . . . .		359,722.500 S.
Es ergibt sich mithin ein Abgang im ordentlichen Voranschlag von . . . . .	25,793.000 S	
und im außerordentlichen Voranschlag von . . . . .	38,323.200 S	
zusammen von . . . . .		64,116.200 S.

Der Form nach ist der Voranschlag für das Jahr 1951 gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres unverändert geblieben. Es wurden nur zur Angleichung an die Voranschläge der

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951, und zwar zum ordentlichen Voranschlag einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Nachdem der Finanzausschuß in viertägigen Beratungen den Voranschlag für das Jahr 1951 eingehendst nach allen Richtungen hin durchleuchtet und einige Änderungen beschlossen hat, bin ich heute in der Lage, dem Hohen Hause diesen Voranschlag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Der Voranschlag wurde von der Landesregierung rechtzeitig in übersichtlicher Form aufgestellt, wie sie uns durch die auf Grund des § 16 des Finanzverfassungsgesetzes ergangenen Richtlinien des Bundesministeriums für Finanzen vorgeschrieben ist.

Daß es gelungen ist, den Voranschlag rechtzeitig vorzulegen, trotzdem gewisse Hemmnisse und Schwierigkeiten, wie z. B. die Feststellung der voraussichtlichen Höhe der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, sich entgegenstellten, ist dem Zusammenwirken aller Referenten und Beamten zu verdanken, welche durch die Erstellung der Teilvoranschläge im richtigen Zeitpunkt ihren Teil dazu beigetragen haben.

Ganz besondere Anerkennung gebührt jedoch dem Finanzreferate, welches die verschiedenen Teilgebiete in eine einheitliche Form gebracht hat und ein so schönes und übersichtliches Elaborat zur Verfügung stellt.

anderen Gebietskörperschaften einzelne Änderungen von Voranschlagsansätzen durchgeführt.

Was die materiellen Ergebnisse der vor-

gesehenen Voranschlagskredite betrifft, ist folgendes zu bemerken:

Die Mehreinnahmen des ordentlichen Voranschlages gegenüber dem Vorjahre betragen 40,5 Millionen Schilling. Dies entspricht einer Steigerung von 13,9%. Von den Mehreinnahmen entfallen auf die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 28 Millionen Schilling, denen jedoch durch Wegfall der Beiträge der Gemeinden auf Grund des neuen zu erwartenden Finanzausgleiches Mindereinnahmen in der Höhe von 11,5 Millionen Schilling gegenüberstehen, so daß also die Mehreinnahmen nur einen Betrag von 16,5 Millionen Schilling ergeben.

Aus der schon erwähnten Erhöhung der Ertragsanteile ergibt sich gleichfalls ein Mehreingang an Landesumlage von 3,6 Millionen Schilling und eine Erhöhung der Bedarfszuweisungen des Bundes für Gemeindeverbände und Gemeinden von 3 Millionen Schilling.

Auf der Ausgabenseite steht diesen Mehreinnahmen ein Plus in der Höhe von 44,9 Millionen Schilling gegenüber. Von diesem Mehraufwand entfällt ein Betrag von 20 Millionen Schilling auf den Personalaufwand. Eine Untersuchung der Steigerung des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahre zeitigt folgendes Ergebnis: Die Auswirkung des Nachziehverfahrens der Gehälter der öffentlichen Bediensteten, der Teuerungszuschlagsverordnung 1950 und des 4. Lohn- und Preisabkommens, also der zweiten Teuerungszuschlagsverordnung 1950, würde eine 23%ige Erhöhung des Personalaufwandes rechtfertigen. Es haben sich daher die Personalkosten durch verschiedene Einsparungen gegenüber dem Vorjahre um 6% gesenkt. Von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachtet, betrug der Personalaufwand nach dem Rechnungsabschluß 1949 bzw. nach dem Voranschlag 1950 38% des Gesamtaufwandes der ordent-

lichen Gebahrung. Im Voranschlag 1951 erhöht er sich auf 39%.

Schließlich ist bei der Gesamtbetrachtung der Ergebnisse der Voranschlagsziffern festzustellen, daß ein Gesamtabgang von 64,116.200 S resultiert. Von diesem entfallen auf den Abgang im ordentlichen Voranschlag 25,793.000 S. Wenn dieser Abgang auch mit 7% des Gesamtaufwandes als nicht beunruhigend anzusehen ist, muß doch Vorsorge getroffen werden, daß er durch geeignete Maßnahmen noch im selben Jahre nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Die nö. Landesregierung soll daher ermächtigt werden, im Rahmen der Voranschläge und unter steter Bedachtnahme auf das Gesamtinteresse des Landes die zur sparsamen und wirtschaftlichen Führung der Landesverwaltung unbedingt notwendigen Ausgaben zu machen. Eine Anweisung und Auszahlung darf jedoch nur soweit erfolgen, als die veranschlagte Bedeckung auch tatsächlich erreicht wird. Außerdem soll die Hereinbringung des Abganges im ordentlichen Voranschlag durch eine allgemeine, gleiche, prozentuelle Kürzung aller Ausgabenkredite des ordentlichen Haushaltes geschehen, welche nicht Pflichtausgaben, d. h. auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage basierende Ausgaben sind.

Des weiteren ist im Gesamtabgang der Abgang des außerordentlichen Voranschlages enthalten. Er beträgt 38,323.200 S. Seine Bedeckung soll durch Aufnahme von Darlehen erfolgen.

Jedenfalls wird sich die Verwaltung des Landes bei Verwendung der Voranschlagsmittel strengster Sparsamkeit befleißigen müssen, um hoffen zu können, daß in der Rechnung des Jahres 1951 ein Abgang vermieden werden kann.

Für den ordentlichen Voranschlag des Jahres 1951 sind Ausgaben in der Höhe

von . . . . .	356,679.500 S
vorgesehen. Ihnen gegenüber stehen Einnahmen von . . . . .	<u>330,886.500 S.</u>
Der hieraus resultierende Abgang beträgt . . . . .	25,793.000 S.
Die außerordentlichen Ausgaben für das Jahr 1951 sind mit . . . . .	67,159.200 S
veranschlagt, denen außerordentliche Einnahmen von . . . . .	<u>28,836.000 S</u>
gegenüberstehen. Es ergibt sich sonach ein ungedeckter Abgang von . . . . .	38,323.200 S.

Die Bedeckung dieses Abganges soll durch Aufnahme der für das Jahr 1950 bewilligten, jedoch nicht in Anspruch genommenen Darlehen sowie durch Neuaufnahme von weiteren Darlehen gefunden werden. Die Einnahmen des außerordentlichen Voranschlages bildet in der Hauptsache die Zuführung von 27,000.000 S aus dem ordentlichen Haushalt.

Dem Voranschlag ist der Dienstpostenplan

für das Jahr 1951 beigelegt. Er wurde unter Zugrundelegung einer sparsamen, jedoch leistungsfähigen Verwaltung erstellt und deckt sich in seinen Ansätzen im großen und ganzen mit dem des abgelaufenen Rechnungsjahres. Änderungen in der Organisation des Dienstes, Wegfall der Einschränkung zeitbedingter Agenden und ähnliches bedingten nur geringfügige Veränderungen in einzelnen Dienst-

zweigen, ohne das Gesamtbild des Dienstpostenplanes wesentlich zu verändern. So bedingte die neu in Angriff genommene Wohnbauförderung zusammen mit dem Wohnhauswiederaufbau, das in Aussicht genommene Winterbauprogramm 1950 bis 1951, der Ausbau des rechtskundigen Jugendfürsorgedienstes, ebenso die fortschreitende Entwicklung in der Landeskrankenanstalt Speising in der Verwendungsgruppe A eine geringe Vermehrung der Dienstposten in den jeweiligen Dienstzweigen. Auch in den anderen Verwendungsgruppen erfolgten geringe Vermehrungen, die ebenfalls zum Teil auf die vorgeschilderten Aufgaben zurückzuführen sind, zum Teil aber auch andere Ursachen haben, z. B. in der Verwendungsgruppe B die erhöhte Revisionstätigkeit der Kontrollorgane, die Überprüfung der Steuereingänge bei den Gemeinden, in der Verwendungsgruppe D die Ermöglichung des Dauerbetriebes des Landesjugendheimes Hochwolkersdorf (Jugendfürsorgedienst), bei den Dienstposten für Erzieherinnen, die Neueinteilung der Schulklassen im Landes-Erziehungsheim Allentsteig und in der Verwendungsgruppe E die Erhöhung der Zahl der Dienstposten der Kraftwagenlenker.

Andererseits wurden durch die weitgehende Lockerung der Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsartikel bedeutende Einsparungen auf dem Sektor der Vertragsbediensteten — insbesondere im Kanzleidienst — ermöglicht. Es schieden durch diese Maßnahmen 395 Vertragsbedienstete aus.

Für die technische Abteilung II der nö. Agrarbezirksbehörde wurden erstmalig 70 Dienstposten systemisiert.

Der Gesamtzahl von Dienstposten im Jahre 1950 mit 3886 steht für 1951 die Zahl von 3889 Dienstposten gegenüber. Die somit erfolgte Vermehrung um drei Dienstposten ist wohl kaum erwähnenswert.

Hohes Haus! Es sei mir nun gestattet, dem Hohen Hause den Antrag des Finanzausschusses zu unterbreiten:

Der Hohe Landtag wolle beschließen (*liest*):

„1. Der Bericht der nö. Landesregierung zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. a) Die Ansätze des Voranschlages werden wie folgt abgeändert:

#### Außerordentlicher Voranschlag Ausgaben

Voranschlagsansatz 5241, Zur Errichtung einer Heilstätte, Erhöhung von 1,000.000 S um 1,000.000 S auf . . . . .	2,000.000 S
Summe Unterabschnitt 524 Erhöhung um 1,000.000 S auf . . . . .	2,000.000 S
Summe Abschnitt 52 Erhöhung um 1,000.000 S auf . . . . .	6,750.000 S
Summe Gruppe 5 Erhöhung um 1,000.000 S auf . . . . .	8,950.000 S
Summe der Ausgaben Erhöhung um 1,000.000 S auf . . . . .	67,159.200 S
Abgang Erhöhung um 1,000.000 S auf . . . . .	38,323.200 S
2. b) Der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951 wird mit Ausgaben im ordentlichen Voranschlag von . . . . .	356,679.500 S
und im außerordentlichen Voranschlag von . . . . .	67,159.200 S
zusammen von . . . . .	423,838.700 S
und Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von . . . . .	330,886.500 S
und im außerordentlichen Voranschlag von . . . . .	28,836.000 S
zusammen von . . . . .	359,722.500 S,
mithin mit einem Abgang im ordentlichen Voranschlag von . . . . .	25,793.000 S
und im außerordentlichen Voranschlag von . . . . .	38,323.200 S
zusammen von . . . . .	64,116.200 S
genehmigt.	

3. Die nö. Landesregierung wird ermächtigt, im Rahmen der Voranschläge und unter steter Bedachtnahme auf das Gesamtinteresse des Landes die zur sparsamen und wirtschaftlichen Führung der Landesverwaltung unbedingt notwendigen Ausgaben zu machen. Die Anweisung und Auszahlung darf jedoch nur dann und soweit erfolgen, als die veranschlagte Bedeckung auch tatsächlich erreicht wird.

Der unbedeckte Teil der Ausgaben des

ordentlichen Voranschlages von 25,793.000 S darf, insofern es sich nicht um gesetzliche oder zwangsläufige Verpflichtungen des Landes handelt, nur insoweit zur Anweisung und Auszahlung gelangen, als durch Mehreingänge bei den veranschlagten ordentlichen Einnahmen, durch nicht veranschlagte ordentliche Einnahmen und durch tatsächlich erzielte Ersparnisse bei den ordentlichen und außerordent-

lichen Ausgaben die Deckung gefunden werden kann.

Zur Erzielung dieses Ausgleiches wird die nö. Landesregierung ermächtigt, bis zu diesem Zeitpunkt allgemeine, gleichmäßige prozentuelle Kürzungen aller Voranschlagsansätze, soweit es sich hierbei nicht um gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung des Landes handelt, vorzunehmen.

4. Zur Bedeckung des Abganges im außerordentlichen Voranschlag wird die nö. Landesregierung ermächtigt, verzinsliche schwebende Schulden oder Anleihen bis zum Höchstbetrag von 38 Millionen Schilling aufzunehmen.

5. Die bei den einzelnen Voranschlagsansätzen des ordentlichen Voranschlags bewilligten Ausgabenkredite dürfen nur zu den in den einzelnen Voranschlagsansätzen bezeichneten Zwecken, soweit und solange diese fort-dauern, bis 31. Dezember 1951 verwendet werden. Die Verwendung von für den Sachaufwand bewilligten Ausgaben für Personalerfordernisse oder die Verwendung von für den Personalaufwand bewilligten Ausgaben für Sacherfordernisse ist nicht gestattet.

6. Die Ausgabenkredite des außerordentlichen Voranschlags dürfen nur nach Maßgabe der erreichbaren Bedeckung bis 31. Dezember 1951 und nur für Maßnahmen verwendet werden, die der Veranschlagung zugrunde gelegt sind. Die nö. Landesregierung wird ermächtigt, die Ausgabenkredite einer jeden Gruppe des außerordentlichen Voranschlags gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Über Beschluß der nö. Landesregierung kann gegen nachträgliche Berichterstattung an den Landtag außerdem festgesetzt werden, daß Ausgabenkredite innerhalb einer jeden Gruppe bei begründetem Bedarf für andere Verwendungszwecke, als im Voranschlag vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

7. Im ordentlichen Voranschlag 1951 werden folgende Voranschlagsansätze als gegenseitig deckungsfähig erklärt:

- a) 02—43 und 02—44;
- b) 03—20, 03—30 und 03—40;
- c) 040—20, 040—30 und 040—40;
- d) 041—20, 041—30 und 041—40;
- e) 41—75, 41—76, 42—61, 42—62, 42—63 und 42—64;
- f) 462—61, 462—62 und 462—63;
- g) 6600—20, 6600—30 und 6600—40;
- h) 6601—20, 6601—30 und 6601—40;
- i) 6701—20, 6701—30 und 6701—40.

8. Die nö. Landesregierung wird ermächtigt, Kreditüberschreitungen im Einzelfalle bis zur Höhe von 10% des Voranschlagsansatzes, je-

doch höchstens 30.000 S zu Lasten des Voranschlagsansatzes 97—61 zu bewilligen.

9. Als zweckgebundene Einnahmen des ordentlichen Voranschlags werden erklärt:

- a) Voranschlagsansatz 461—61 für Ausgabeposition 461—61;
- b) Voranschlagsansatz 941—830 für Ausgabeposition 442—61 und 444—61;
- c) Voranschlagsansatz 941—833 zu 75% für Ausgabeposition 79—62;
- d) Voranschlagsansatz 942—84 für Ausgabeposition 39—61;
- e) Voranschlagsansatz 96—75 für Ausgabeposition 96—75.

Insoweit sich die obigen Einnahmegebühren im Laufe des Jahres erhöhen oder vermindern, erhöhen oder vermindern sich im selben Maße die entsprechenden Ausgabegebühren.

10. Der Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1951 wird genehmigt und die nö. Landesregierung angewiesen, die Durchführung zu bewirken.

11. Die nö. Landesregierung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu treffen, welche dem Finanzreferat eine laufende Überwachung der Inanspruchnahme der Kredite ermöglichen.

12. Der Dienstpostenplan 1951 und die im allgemeinen Teil festgelegten Grundsätze werden genehmigt.“

Ich ersuche um Einleitung der Generaldebatte.

PRÄSIDENT: Bevor wir die Generaldebatte eröffnen, gelangt zum Wort der Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Herr Landesrat Müller.

Landesrat MÜLLNER: Hoher Landtag! Zum zweitenmal ist mir die hohe Ehre zuteil, über ein Budget des Landes in diesem Hohen Landtage zu referieren. Es ist zwar üblich, daß Regierungsmitglieder bei ihren Erklärungen nach einem Konzept sprechen, ich möchte aber bitten, daß mir gestattet ist, nach meinen Aufzeichnungen zu sprechen.

An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich stellen, daß das Land Niederösterreich gegenüber allen anderen Bundesländern gerade in finanzieller Hinsicht das am schwersten leidende Land ist. Es ist daher verständlich, daß die Einbegleitung des Budgets kein freudiger Bericht sein kann, sondern nur ein ernster, ein Bericht, der uns den Ernst der Lage auf finanzpolitischem Gebiete klar werden läßt.

Wie in jedem Lande, ist auch bei uns die Einnahmenseite klar und fest umrissen. Ich erlaube mir daher, zuerst nur die einzelnen Zahlen abgerundet anzuführen.

Die Einnahmenseite ist von 290 Millionen

auf 330 Millionen Schilling gestiegen, also um 40 Millionen, wobei natürlich die Erhöhung der Ertragsanteile an den gemeinsamen Bundesabgaben den Löwenanteil darstellt. Auf Grund dieser Einnahmen ist auch die Ausgabenziffer festgelegt. Sie ist ebenfalls um 40 Millionen gestiegen, und zwar von 311,7 Millionen auf 356,7 Millionen Schilling. Der Abgang hat sich ebenfalls erhöht und ist von der Ziffer von 21,7 auf 25,8 angestiegen. Prozentuell hat er sich nicht verändert, aber da der Budgetrahmen größer ist, hat er sich ziffernmäßig um einige Millionen erhöht.

Wenn wir nun die Ausgaben im ordentlichen Haushalt ansehen, so werden wir — so wie im Vorjahre — im ordentlichen Haushalt einen Betrag finden, der an das außerordentliche Budget überwiesen werden soll. Es waren voriges Jahr 20 Millionen und heuer sind es 27 Millionen Schilling. Der außerordentliche Haushalt betrug voriges Jahr  $56\frac{1}{2}$  Millionen, heuer soll er 67 Millionen Schilling betragen. Der Abgang des außerordentlichen Voranschlags beträgt rund 38 Millionen. Er soll durch einen Kredit von gleicher Höhe gedeckt werden. Wir haben also Ausgaben von 356,7 Millionen plus 67 Millionen weniger 27 Millionen, ergibt eine Summe von 396,7 Millionen.

Das Budget des Landes Niederösterreich für das Jahr 1951 ist somit fast an der 400-Millionen-Grenze angelangt. Es wäre vielleicht statistisch und historisch interessant, wenn wir diese 400 Millionen mit dem Voranschlag des Bundes vergleichen würden und die Ziffern aus dem Jahre 1938 heranziehen wollten. Dabei schneiden wir auf alle Fälle besser ab als der Bund, weil das Landesbudget nicht in dem Maße wie beim Bund angestiegen ist. Hierzu muß allerdings festgestellt werden, daß sich die Ausgaben und die Verpflichtungen der Länder und Gemeinden gegenüber jenen des Bundes etwas verschoben haben.

Ich möchte nun auf die Ausgabenseite unseres Budgets zu sprechen kommen und als ersten Punkt die Personallasten des Landes hervorheben.

Schon in dem Ihnen schriftlich vorliegenden Bericht zum Voranschlag ist hingewiesen, daß die Personallasten auf Grund des Nachziehverfahrens und des 4. Lohn- und Preisabkommens um ungefähr 23% hätten ansteigen müssen. Sie sind aber in Wirklichkeit nur um 17% angestiegen; wir können daher ein Minus von 6% verzeichnen. Diese 6% sind dadurch entstanden, daß das Land Niederösterreich einen Personalabbau durchgeführt hat, der der Landesverwaltung zwar nicht leicht gefallen ist, der aber im wohlthuenden Gegensatz zu den Abbaumaßnahmen anderer

öffentlicher Körperschaften steht, die es vielleicht in mancher Hinsicht leichter hatten, solche schmerzliche, aber notwendige Maßnahmen durchzuführen. Der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget ist gegenüber dem vorigen Jahre nur unwesentlich verändert. Voriges Jahr haben die Personallasten im ganzen Budgetrahmen 38% betragen, heuer betragen sie 39%.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen in diesem Budget, das in der Gruppe O aufscheint. Es sind dies die Ausgaben für die Ausgleichskasse, die zur Bezahlung der Pensionen dient. Das Land stellt hierfür 3 Millionen bereit. Der Hohe Landtag wird über diese 3 Millionen noch Näheres zu verfügen haben, weil zu diesen Ausgaben eine gesetzliche Regelung der Ausgleichskasse notwendig ist. Ich möchte daher heute nur darauf verweisen, daß diese Post nicht schon eine unbedingte Ausgabe bedeutet, sondern noch an ein Gesetz, das beschlossen werden muß, gebunden ist. Die Ausgleichskasse wird die Pensionszahlungen für die Bediensteten der niederösterreichischen Gemeinden erfassen, soweit sie nämlich pragmatische Bedienstete sind. Ich kann schon vorweg sagen, daß eine Beteiligung des Landes für das Land keine verlockende Sache ist und keinen Gewinn darstellt. Es müsse dabei nur bedacht werden, ob das Land hier nicht den Gemeinden helfend unter die Arme greifen muß und nur in dieser Hinsicht wird sich der Landtag zu entscheiden haben, ob wir diese Last übernehmen sollen oder nicht.

Als zweiten Punkt möchte ich die Gruppe „Kultur und Schule“ in Betracht ziehen. Es ist selbstverständlich, daß im ganzen Rahmen des Landesbudgets Gott sei Dank die Ausgaben für Schule und Kultur nicht zu groß sind. Diese Ausgabenpost war einmal eine der größten Sorgen des Landtages und auch heiß umstritten, zu einer Zeit, als in unserem Budget noch die Personalkosten für die öffentlichen Volks- und Hauptschulen enthalten waren. Nach den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen hat der Bund diese Personalkosten zu tragen. Es sind daher in diesem Kapitel nur die Ausgaben für kulturelle Angelegenheiten sowie die Sachausgaben für Schulen, insbesondere für Kindergärten und Gewerbeschulen, zu finden.

Die Ausgaben für Kulturangelegenheiten sind in Anbetracht des ganzen Budgetrahmens verhältnismäßig gering, doch muß ich sie immerhin als bedeutungsvoll bezeichnen, weil sie im Verhältnis zu früheren Jahren ein bedeutend größeres Ausmaß haben. Es ist erfreulich, daß das Land Niederösterreich für Kulturausgaben diese Beträge zur Verfügung

stellen kann. Ich möchte dabei betonen, daß dies wohl den Arbeiten zuzuschreiben ist, die fern von allem Streit und allen Schwierigkeiten im stillen geleistet werden, wobei insbesondere auf die Arbeiten hingewiesen werden soll, die in die Vergangenheit zeigen und uns klar werden lassen, daß wir auf großem historischem Boden stehen.

Die Ausgaben für die Schulen sind von 6,1 auf 7,5 Millionen im ordentlichen Budget und von 1,6 auf 3,5 im außerordentlichen Budget angewachsen. Bei den Kulturangelegenheiten sind sie von 2,7 auf 3 Millionen gestiegen, so daß wir sagen können, daß sich die Ausgaben um 21% bzw. 9%, und im außerordentlichen Budget um 50% erhöht haben. Dabei wurde vor allem Vorsorge getroffen, daß der Bau der gewerblichen Schule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs in Angriff genommen werden kann, indem die erste Bau-rate von 2 Millionen Schilling in das Budget eingesetzt wurde. Als Richtschnur haben wir uns bei diesem Budget genommen, die Erhöhung der Personallasten zu veranschlagen und für die Sachausgaben eine Erhöhung von ungefähr 10% vorzusehen.

Das Kapitel „Fürsorge und Gesundheitswesen“ bedeutet für das Land eine große Ausgabe. Die im Laufe des Jahres 1950 erfolgte Erhöhung der Verpflegengebühren oder der Kostenbeiträge ist in den Voranschlägen der Anstalten berücksichtigt. Diese Gebühren und Beiträge scheinen im Landesbudget als Einnahmen der betreffenden Anstalten auf. Durch das 4. Preis- und Lohnabkommen ist die Bilanz der Anstalten etwas verschlechtert worden. Daß sich die Ausgaben für das Fürsorgewesen vermehrt haben, darf uns nicht wundernehmen; sie sind natürlich für die ganze Landesverwaltung belastend. So haben wir für das Fürsorgewesen eine Steigerung von 25,3 Millionen auf 33,8 Millionen Schilling, im außerordentlichen Aufwand von 2,2 Millionen auf 3,4 Millionen Schilling und für das Gesundheitswesen eine solche von 21,8 Millionen auf 27,5 Millionen Schilling zu verzeichnen. Prozentuell ausgedrückt entfallen auf das Fürsorgewesen 34%, auf das Gesundheitswesen 26% und auf den außerordentlichen Aufwand 50% des Gesamtaufwandes. Es ist dies eine ansehnliche Leistung und eine Kraftanstrengung der Finanzverwaltung des Landes, nur darf sie uns nicht hinwegtäuschen über die großen Sorgen, die dem Lande und den Gemeinden durch die Aufrechterhaltung dieses Standes des Fürsorge- und Gesundheitswesens, also insbesondere durch die Aufrechterhaltung der Heime und Spitäler auferlegt sind. Es ist selbstverständlich, daß ein großes Tauziehen oder ein großer Streit über die Tragung dieser

defizitären Posten entstanden ist und auch noch in Zukunft entstehen wird.

Ich will hier die Defizite der einzelnen Anstalten nicht einer Kritik unterziehen. Nur muß ich mit aller Deutlichkeit dem Hohen Landtag mitteilen, daß eine Übernahme von Defiziten der verschiedenen Krankenhäuser durch das Land unmöglich ist, solange die derzeitige Teilung der gemeinsamen Steuern besteht. Denn die Last, die das Land übernehmen müßte, wäre so groß, daß mit dieser Regelung sofort auch eine Regelung des Schlüssels für die Verteilung der geteilten Steuern vorgenommen werden müßte. Wie diese Frage geregelt wird, hängt nicht allein von uns ab. Es werden die verschiedensten Stellen darüber zu beraten haben. Ich glaube aber sagen zu müssen, daß hinsichtlich der Verrechnung kostendeckender Preise oder Gebühren noch die Grundlage geklärt und genau festgelegt werden muß, um welche Beträge es sich dabei handelt. Ich möchte aber nicht sagen, daß dies für die Krankenkassen oder für die einzelnen Gebietskörperschaften unmöglich ist. Ich erlaube mir nur darauf hinzuweisen, daß das Land ungeheuer darunter zu leiden hat, wenn es für jeden Pflingling oder Patienten in den Anstalten und Spitälern, auch wenn er krankenversichert ist, täglich einen Betrag zu dem Betrag, den die Krankenkasse bezahlt, zuschießen muß.

Bei der Gebarung der Anstalten unterscheide ich zwischen den Beträgen für ihre Errichtung und Ausgestaltung und jenen für den Betrieb. Über die erstgenannten Beträge glaube ich sagen und annehmen zu dürfen, daß der Hohe Landtag unserem Vorschlag, wie er im Budget zum Ausdruck kommt, nämlich für den Bau von Spitälern Beiträge zu leisten, zustimmen wird. Es sind dies einmalige Beiträge an die Spitalerhalter, die einmal aufscheinen und nicht mehr wiederkommen. Wir haben daher die seinerzeitigen Beiträge des Landes zum Zinsendienst für zum Zwecke des Baues von Spitälern aufgenommene Darlehen in Beiträge umgewandelt, die wir als Subventionen den Spitalerhaltern geben. Von früher haben wir allerdings noch Ausgaben von ungefähr zusammen 2,9 Millionen Schilling für den Zinsen- und Amortisationsdienst von Darlehen zu tragen, die die einzelnen Gemeinden oder Spitalerhalter aufgenommen haben. Diese 2,9 Millionen werden nicht nur dieses Budget, sondern auch noch die kommenden Budgets belasten. Von nun an gehen wir aber, wie schon im vorigen Jahre, solche langjährige Verpflichtungen nicht mehr ein, sondern wir geben die Beträge, die im Budget sind, einmalig den einzelnen Spitalerhaltern oder Spitalerbauern als Subvention.

Für die Heime, die das Land selbst führt, kommt noch der Umstand in Betracht, ob in diesen Heimen niederösterreichische Kinder und Pfleglinge oder Fremdzuständige betreut werden. Es kann jedenfalls von uns kaum verlangt werden, daß uns von anderen Ländern oder von Gebietskörperschaften Pfleglinge übergeben werden, zu deren Betreuung und Verpflegung in unseren Anstalten wir einen hohen Kostenbeitrag zuschießen müssen. Es ist dasselbe Lied, daß der Finanzreferent von Wien singt, der auch sagt, er sei nicht in der Lage, auf die Dauer für solche Pfleglinge zu sorgen, die nicht aus seinem Gebiet stammen. Ich möchte daher betonen, daß wir in dieser Hinsicht für eine Klärung eintreten müssen. Niederösterreich hat für seine Bevölkerung zu sorgen und da haben wir bereits so große Lasten zu tragen, daß es uns nicht möglich ist, auch noch für andere, für die wir nicht verpflichtet sind zu sorgen, die Fürsorge zu übernehmen.

Die Leistungen der Landesverwaltung für landwirtschaftliche Angelegenheiten sind in der Gruppe für Meliorationen, Ent- und Bewässerungen, Elektrifizierungen in der Landwirtschaft und für landwirtschaftliche Schulen zusammengefaßt. Die Beträge hierfür sind von 21,4 Millionen auf 26,2 Millionen Schilling gestiegen. Der außerordentliche Haushalt für diese Ausgaben hat keine Steigerung erfahren. Die Steigerung stellt eine prozentuelle Erhöhung von 20% dar. Die Leistungen für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sind jedenfalls beachtenswert. Ich möchte sie deswegen unterstreichen, weil mit ihnen eine Verbesserung der Produktionsstätten und Produktionsmittel erzielt wird und damit eine Vorbedingung für die Produktionssteigerung geschaffen ist. Zu dieser ist aber auch die Bildung und Schulung jener Menschen notwendig, die ihr Leben lang mit den modernisierten Produktionsmitteln trachten müssen, eben die größte Produktion in diesem Sektor zu erzielen. Die nächstgrößte Post in unserem Landesbudget sind die Straßen- und Wasserbauten. Hier haben wir eine Steigerung zu verzeichnen, die zwar prozentuell gerechnet nicht sehr groß ist, die aber nichtsdestoweniger eine sehr erschreckende Belastung darstellt. Für das Straßenbauwesen haben wir eine Erhöhung von 76,4 auf 82,4 Millionen, für die Wasserbauten von 9,8 auf 12,3 Millionen Schilling veranschlagt. Im außerordentlichen Haushalt sind die Beträge von 26 Millionen auf 29,4 Millionen gestiegen, von welchen 25 Millionen auf das Straßenwesen und 4,4 Millionen auf die Wasserbauten entfallen. Wir haben also eine Steigerung von 10% und im außerordentlichen Haushalt eine Steigerung von

15%. Über diese Post gäbe es ungeheuer viel zu sagen. Ich muß nur kurz darauf verweisen, daß diese Post die größte Last für das Land bedeutet und mit eine Ursache ist, warum sich Niederösterreich gegenüber den anderen Bundesländern finanziell viel schwerer tut. Es ist eben nicht abzuleugnen, daß um eine Bundeshauptstadt herum ein Land liegt, ohne Hauptstadt, und daß aus dieser Bundeshauptstadt und dem Lande Wien alle Straßen radial nach allen Richtungen der Weltgegenden verlaufen und auch eine dementsprechende Frequenz mit sich bringen. So wie im vorigen Jahre möchte ich auch heuer darauf verweisen, daß es uns schmerzlich berührt, daß wir in dieser Frage auf sehr geringes Verständnis bei der Bundesverwaltung stoßen. Wir können es z. B. nicht verhindern, daß auf den Straßen in Niederösterreich Autobusse verkehren, die auf Grund ihrer Wiener Nummer die Kraftwagenabgabe in Wien bezahlen und Niederösterreich davon vom Bund nichts erhält. Wenn solche Autobusse nun gar aus öffentlichen Mitteln angeschafft werden und über schlechte Straßen fahren, so kommt es vor, daß die teuersten und bestkonstruierten Wagen in kürzester Zeit havarieren, weil Achsbrüche und sonstige Schäden aufscheinen. Wirtschaftlicher wäre es daher, wenn die nö. Landesverwaltung die besagten Beträge bekommen würde, damit wir sie in unsere Straßen investieren könnten. Der derzeitige Zustand wird noch dadurch verschärft, daß das Land Niederösterreich sehr wenig Linien, die nur für ein Land in Betracht kommen, zu vergeben oder zu betreuen hat. Wenn man über die Grenze von Wien fährt, so fährt man schon auf einer Zwei-Land-Linie, die somit in die Kompetenz des Ministeriums für verstaatlichte Betriebe und Verkehr fällt.

Trotz aller dieser Sorgen müssen wir sagen, daß dieses Budgetkapitel eine Voraussetzung für die ganze wirtschaftliche Gestaltung unseres Landes ist. Diese wirtschaftliche Gestaltung kann aber nur positiv abschneiden, wenn in diesem Lande Arbeit, Brot und Verdienst geschaffen wird. Diese Aufgabe können wir aber nur durch eine großzügige Bautätigkeit durchführen. Ich glaube, daß Sie selbst alle der gleichen Meinung sind und meiner Anschauung recht geben. Der Straßenbau in Niederösterreich hat sich in den verschiedensten Bezirken wohltuend ausgewirkt und hat vielen Familien die Sorgen genommen. Wir wollen daher auch im nächsten Jahre die Bautätigkeit auf unseren Straßen und Brücken fortsetzen. Ich bedaure nur, und möchte das hier öffentlich kundtun, daß ich dem Herrn Referenten für das Straßenwesen, unserem Landeshauptmannstellvertreter Kargl, seine

Wünsche nicht hundertprozentig befriedigen, sondern ihm nur eine Erhöhung um 10% zugestehen konnte. Er ist mit diesem Prozentsatz niedriger bedacht als alle anderen Referate. Die Landesverwaltung wird sich aber bemühen, durch irgendwelche Maßnahmen, die im kommenden Jahre vielleicht möglich sein werden, gerade für dieses Kapitel vorzusorgen, denn die Sorgen für diesen Verwaltungszweig sind nicht kleiner, sondern größer geworden und wir alle sind daher verpflichtet, gerade diesem Sektor die Grundlage zu geben, damit die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande erfolgreich gestaltet werden kann.

Als nächsten Punkt möchte ich ganz besonders den Wohnungsbau hervorheben. Heuer haben wir im Budget erstmals einen Betrag von 12 Millionen Schilling eingesetzt gehabt. Diese 12 Millionen haben wir nun auf 14,5 Millionen erhöht, also um 20%; außerdem haben wir in diesem Jahre noch einen Nachtragskredit von 8 Millionen Schilling bewilligt, so daß in diesem Jahre 20 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns auch im nächsten Jahre bemühen, neue Kredite zur Verfügung zu stellen, wenn sich die Finanzlage des Landes halbwegs bessert.

Bei diesem Kapitel möchte ich insbesondere hervorheben, daß unsere Lösung des Problems des Wohnungsbaues und der Wohnbauförderung nicht nur einen Erfolg der nö. Landesverwaltung bedeutet, sondern darüber hinaus auch beispielgebend für die Verhandlungen des Wohnungsproblems in unserem Staate waren. Ich möchte vor allem darauf verweisen, daß es in Niederösterreich gelungen ist, bei Lösung dieser Frage die größtmögliche Vielfalt anzuwenden, das heißt, nicht nur die Gemeindebauten oder die gemeinnützigen Siedlungsbauten zu berücksichtigen, sondern überhaupt alles, was der Bekämpfung der Wohnungsnot dient. Wir haben aber auch vorgesorgt, daß der private Bauherr vom Lande unterstützt wird, wenn er sich ein Einfamilienhaus oder eine Wohnung schaffen will, und daß auch jeder einzelne, der allein oder mit anderen zusammen eine Wohnung bauen oder Wohnungseigentum erwerben will, Berücksichtigung findet. Es ist ein erfreuliches Zeichen für die Aktivität unserer Bevölkerung, daß gerade private Bauherren am billigsten bauen, weil sie mit allen möglichen Hilfsmitteln arbeiten, um ein Haus bauen zu können. Ich kann sagen, daß es dank dieses neuen Budgets in kürzester Zeit möglich sein wird, die tausendste Wohnung in unserem Lande Niederösterreich zu vergeben. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

Grundvoraussetzung, um all das leisten zu können, ist aber, daß wir sparsamst wirt-

schaften. Nur der, der im allgemeinen Leben und in seinen allgemeinen Geschäften sparsamst zu Werke geht, kann große Werke erstehen lassen; der, der bei der Ausgabe von kleinen Beträgen locker und large vorgeht, wird zu größeren Leistungen nicht fähig sein. Darum verzeihen Sie, wenn ich besonderen Wert auf das Wort Sparsamkeit in der Finanzverwaltung dieses Landes lege.

Wir sind jetzt am Ende dieses Jahres angelangt, und ich freue mich sagen zu können, daß alle Verpflichtungen des Landes hundertprozentig erfüllt wurden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir können aber auch feststellen, daß manchmal diese oder jene Abteilung bestrebt ist, nicht verbrauchte Kredite bis Jahresschluß unbedingt noch auszugeben. Ich sage Ihnen, daß ich das nicht gutheißen kann. Es muß nicht alles ausgegeben werden, sondern wir haben vor allem anderen zu sparen. Denn wenn wir uns irgendwo ein paar hundert oder tausend Schilling ersparen, so kann damit in summa etwas Größeres geschaffen werden.

Ich würde insbesondere aus diesem Grunde hier einmal anregen, daß der Ersparungskommissär in diesem Lande hier eine härtere Hand hätte und so manches zeitgerecht entdecken oder vorsehen könnte. Ich glaube, es gibt auch bei uns noch kleinere Beträge, die wir uns ersparen können. Und dann würde ich glauben, daß wir uns in Zukunft auch einmal mit der Frage beschäftigen sollten, ob der Ersparungskommissär dem Finanz- und Kontrollausschuß oder dem Finanzreferat unterstellt werden soll. Es ist für einen Finanzreferenten schwer, wenn er allein aus eigenem Antrieb immer der Sparende oder der Mahnende sein soll. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzreferent ist vor allem anderen verpflichtet, das Geld herbeizuschaffen, ausgeben tun es die anderen. Es ist erfreulich, wenn man viel herbeischaffen kann, und es ist noch erfreulicher, wenn zweckentsprechend und erbauend ausgegeben wird. Aber über allem steht die Verpflichtung zu sparen, und ich glaube, soweit Sie die Finanzverwaltung dieses Landes beobachten können, werden Sie gesehen haben, daß in diesem Jahre alle Ausgaben wohl genau untersucht worden sind und, soweit es überhaupt dem Finanzreferenten möglich gewesen ist, auch bezahlt wurden. Es wurde auch immer wieder mit den einzelnen Referenten gesprochen, ob diese oder jene Ausgaben wirklich notwendig sind. Und so mancher hat über gutes Zureden einzelne Ausgaben gestrichen. Der Finanzreferent oder ein Beamter des Finanzreferates mußte immer wieder mahnen, spart das ein und spart jenes ein. Im großen und ganzen kann ich Ihnen sagen, daß die Beamtenschaft der verschie-



denen Referate und auch die Referenten selbst immer Verständnis dafür gezeigt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

So glaube ich sagen zu dürfen, daß die Ausgabenseite, wenn sie uns auch bedrückt, doch ein erfreuliches Bild zeigt. Vor allem ist sie uns nicht über den Kopf gewachsen, denn das ist ja die größte Sorge.

Wenn ich über die Ausgaben spreche, so muß ich aber auch über die Einnahmen genau im Bilde sein. Wenn Sie die Einnahmenseite betrachten, so werden Sie finden, daß sie fest umrissen ist, und zwar durch die Abgabenertragsanteile. Der Finanzreferent des Landes Niederösterreich oder eines anderen Landes kann nicht vor den Landtag hintreten und sagen, er brauche neue Steuern oder er brauche diese oder jene Einnahmen. So weit reicht die Steuerhoheit der Länder derzeit nicht. Sie können sich vorstellen, daß die Länder mit ziemlich großer Energie fordern, daß sie diese Hoheit wieder bekommen sollen. Es haben heuer nicht nur Wochen, sondern Monate hindurch gerade über diesen Punkt Verhandlungen stattgefunden. Es wurde über die verschiedensten Möglichkeiten verhandelt. Man hat unter anderem auch einen Plan ausgearbeitet, nach welchem die Länder, statt das vielgenannte „Notopfer“ zu leisten, eine neue Last auf sich nehmen sollten, und zwar die Last der Lehrbesoldung. Sie sollten diese Last auf sich nehmen und dann auf die Gemeinden überwälzen. Diese Pläne wurden alle ernstlich durchgearbeitet. Dabei hat man aber auf eines vergessen: Man hat nämlich nur immer in summa summarum gerechnet und als man diese Summe auf die einzelnen Länder aufgeteilt hat, mußte man feststellen, daß wegen der finanziellen Schwäche des Landes Niederösterreich es nicht möglich wäre, einen einheitlichen Weg zu gehen. Wenn nämlich die Länder diese Schullasten übernommen und auf die Gemeinden weiter überwält hätten — die Gemeinden hätten ja dann auch kein Bundespräzipium oder Notopfer zahlen müssen —, so hätten die Länder verschiedene Prozentsätze von den Gemeindesteuern einheben müssen, weil eben die Gemeindesteuern in den verschiedenen Ländern verschieden groß sind. So hätte ein Land, das ziemlich weit westlich von uns liegt, nur 21% gebraucht, um diese Kosten decken zu können. Das Land Niederösterreich aber, fast auf der geographischen Gegenseite gelegen, hat keinen so großen Steuerertrag und es hätte daher 33% von den Gemeindesteuern wegnehmen müssen, um die in Rede stehenden Kosten decken zu können. Ich mußte daher mit aller Entschiedenheit auf diese finanzielle Diskrepanz hinweisen und sagen, daß unter den derzeitigen Verhältnissen

eine Verselbständigung der Finanzverwaltungen der Länder unmöglich ist. Wieso die Sache so gelagert ist, kann nur der beantworten, der die Verhältnisse in Niederösterreich selbst kennt. Solange die Verhältnisse eben so sind, können wir nur einen Weg gehen, nämlich den Weg der Gesamteinkommensverteilung. Zu schwer getroffen ist dieses Land, als daß es denselben Weg gehen könnte, wie ein im Westen von uns liegendes Land. Wir mußten daher die Übernahme der Kosten der Lehrbesoldung ablehnen und auf dem derzeitigen Finanzausgleich bestehen. Es ist selbstverständlich, daß dann das Notopfer oder, wie es jetzt heißt, das Bundespräzipium, übernommen werden und in ähnlicher Weise, wie im Vorjahre, auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden mußte. Das Notopfer wurde zwar von 350 auf 400 Millionen erhöht, wovon das Land Niederösterreich 16 Millionen übernehmen mußte. Ich weise hier besonders darauf hin, daß wir natürlich auch dem Bund Zusagen machen mußten dahingehend, daß die Kosten der Lehrbesoldung nichts ins Unermeßliche steigen, sondern daß diese Kosten mit einem Plafond versehen werden. Sie wissen, daß in jedem Lande die Schülerzahl maßgebend für die Zahl der Lehrpersonen ist, die durch den Bund besoldet werden. Werden in einem Lande mehr Lehrpersonen eingestellt, so geht das auf Kosten des Landes. Dabei muß ich sagen, daß die Schülerzahl von 30 für Volksschulen, 20 für Hauptschulen und 15 für Sonderschulen nur für drei Länder in Betracht kommt, und zwar für Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Kärnten liegt fast auf dieser Linie, es hat nur um einige Dutzend Lehrpersonen mehr. Alle anderen Länder liegen bei einem Durchschnitt von 31, 21 und 16, so daß man sagt, es seien jetzt Einsparungen beim Schulwesen erfolgt. Diese Zahlen sprechen viel deutlicher als irgendwelche Entstellungen in einer Zeitung. Unser Schulwesen wird auch in Zukunft so geführt werden können, daß wir es mit jedem anderen Zweig im Schulwesen vergleichen können. Das Finanzministerium muß aber, wenn es die Bezahlung der Lehrer auch in Zukunft übernimmt, die Garantie haben, daß nicht auf seine Kosten ins Unermeßliche Anstellungen von Lehrpersonen vorgenommen werden. Ich möchte das besonders deswegen sagen, weil gerade über diesen Punkt manchmal unrichtige Behauptungen gemacht werden. Es heißt nämlich oft, die westlichen Länder müssen trotz der Schülerzahl von 31, 21 und 16 Beiträge leisten, während die anderen vier genannten Länder bei ihrer Schülerzahl von 30, 20 und 15 keinen Beitrag leisten müssen. Ich möchte aber ganz besonders betonen, daß es ein großer

Unterschied ist, ob wir in einem östlich liegenden oder in einem westlich gelegenen Lande leben. Es ist selbstverständlich, daß sich in den letztgenannten Ländern die Landes- oder die Gemeindeverwaltungen viel leichter arbeiten. Es ist daher sehr schmerzlich zu empfinden, daß manche Länder, die es sich leisten können, die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten erhöhen. Ich bedauere dies deswegen schmerzlich, weil wir solche Gehaltserhöhungen, die in einzelnen westlichen Bundesländern vorgenommen wurden, nicht machen können. Unser Budget ist so angespannt, daß wir eine solche Gehaltserhöhung nur dann durchführen könnten, wenn wir die Zahl der Angestellten oder Beamten verringern.

Ich möchte das auch deshalb sagen, weil dies wieder ein Zeichen dafür ist, wie grundverschieden die Wirtschaftsführung der einzelnen Bundesländer ist. Sie selbst werden sich über diese Verschiedenartigkeit bei den Ertragsanteilen ein Bild machen können. So finden Sie zum Beispiel bei den Ertragsanteilen des Landes Niederösterreich ein Ansteigen der Anteile an der Lohnsummensteuer und ein Absinken der Anteile an der Einkommensteuer. Im Bundesbudget finden Sie aber, daß die Einkommensteuer angestiegen ist, wogegen, wie bereits erwähnt, der Anteil Niederösterreichs an dieser Steuer sinkt. Wenn ich Ihnen nun sage, daß bei der Aufteilung der gemeinsamen Steuern das ganze Geheimnis in der Verteilungsart liegt, so werden Sie das verstehen. Die Lohnsummensteuer zum Beispiel wird bekanntlich nach der Bevölkerungszahl aufgeteilt. Es ist also ganz gleichgültig, ob zum Beispiel Niederösterreich Betriebe besitzt oder nicht, die Lohnsummensteuer zu bezahlen haben. Bei einzelnen Steuern aber, die nach dem Aufkommen aufgeteilt werden, sind wir besonders schwer betroffen, weil wir in unserem Lande Betriebe haben, die gar keine Steuern bezahlen. Es handelt sich da um eine ganze Reihe von Steuern. Darf ich Ihnen die Liste einmal vorlesen? Die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer, der Besatzungskostenbeitrag hierzu, der zur Hälfte für den Bau von Wohnungen verwendet wird, die Vermögenssteuer, der Besatzungskostenbeitrag hierzu, die Vermögensabgabe, die Umsatzsteuer, die eine Säule des Budgets ist. Alle diese Steuern werden von diesen Betrieben nicht bezahlt. Glauben Sie wirklich, daß das spurlos an unserem Lande vorübergeht?

Aber nicht nur diese Bundessteuern, sondern auch die Gemeindesteuern werden nicht bezahlt. Zum Beispiel die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Getränkesteuer, und ich darf auch sagen, die Lohnsummensteuer wird nicht voll abgeführt. Ja, sogar bei den Sozialver-

sicherungsbeiträgen sind ansehnliche Rückstände zu verzeichnen. Es sind dies jene Rückstände, die es unseren Krankenkassen nicht ermöglichen, die Unterstützungsgelder an unsere Kranken sowie die Beiträge an unsere Krankenhäuser zu zahlen.

Wir haben also eine ganze Liste von Steuerverweigerungen in unserem Lande, über die wir uns nur hinweghelfen können, indem wir trachten, an dem Aufkommen der Steuern, die in den anderen Ländern bezahlt werden, nach unserer Bevölkerungszahl beteiligt zu werden. Denn wenn wir von dem Steueraufkommen, das in unserem Lande aufgebracht wird, allein leben müßten, würden wir noch viel, viel schwerer getroffen sein.

Das wollte ich endlich einmal sagen, weil es die Ursache der Schwierigkeiten in unserer Landesverwaltung ist. Deshalb können wir auch nicht einer Steuerhoheit, einer Steuerautonomie, in den Ländern zustimmen, falls eine solche verlangt würde. Denn auf der einen Seite können beinahe alle Steuern erhoben werden, weil in dem betreffenden Lande eben jeder verpflichtet ist, die Steuern zu zahlen. Auf der anderen Seite gibt es aber einen so großen Prozentsatz von Leuten, die sich um die Verpflichtung, Steuern zu zahlen, nicht kümmern und die meinen, sie könnten in diesem Lande tun, was sie wollen, weil sie wissen, daß sie in den gesetzgebenden Körperschaften Leute haben, die diesen Zustand gutheißen. *(Zustimmung bei der Volkspartei und den Sozialisten.)*

Meine sehr Verehrten! Das sind die Schwierigkeiten, mit denen wir kämpfen müssen. Wir müssen trachten, dennoch mit allen diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das ist uns auch bereits gelungen, aber nicht dadurch, daß wir vielleicht die Verpflichtungen, die der Landtag auf sich genommen hat, nicht erfüllt hätten. Im Gegenteil, wir haben über diese Verpflichtungen hinaus dem Landtag ein Nachtragsbudget vorgelegt, das Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, beschlossen haben. Ich erinnere nur an das Nachtragsbudget für die Wohnbauhilfe, ich erinnere an das Nachtragsbudget, das der Finanzausschuß jetzt erst beschlossen und besprochen hat. Das alles sind Verpflichtungen, die Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, übernommen und für die Sie auch die Verantwortung zu tragen haben. Wir haben sie auch restlos erfüllt. Eine Ermächtigung oder einen Weg zu suchen, um diese Verpflichtungen nicht zu erfüllen, die brauchen wir nicht, wiewohl die Mehrheit sie ohne weiteres beschließen könnte. Aber wir sind dafür, daß im Landtag alles besprochen wird, aber auch offen und ehrlich, wie die Verhältnisse sind. In diesem Lande

haben wir mit Schwierigkeiten zu kämpfen, wir müssen daher unseren Mann stellen, auch dann, wenn wir beschimpft und geschmäht werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Darum sage ich Ihnen: Wir werden auch in Zukunft unsere Verpflichtungen erfüllen, und was Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungsparteien, beschließen, das ist verpflichtend für die Regierung, aber auch nur das! Einem Befehl oder einem Zwang von dritter oder anderer Seite werden wir standhalten. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Ruf beim Linksblock: Napoleon!*)

So glaube ich sagen zu dürfen, daß diese Zeit, in der wir leben — es ist eine Zeit des Nachkrieges, eines Krieges, der auf unserem Lande im Gegensatz zu den anderen Ländern am meisten lastet —, von uns so gemeistert werden möge, wie in den vergangenen Jahren. Wollen wir hoffen, daß wir auch in Zukunft die Kraft aufbringen, diese Schwierigkeiten zu meistern. Aber eines muß uns dabei schon heute klar sein: Möge da kommen, was da will, wir werden auf unserem Platze stehen, ganz gleichgültig, wer uns entgegentritt. Für uns kann es nur eines geben: Dieses Land und dieses Volk zu betreuen, es zu vertreten, es zu verteidigen und ihm zu helfen, seine Freiheit zu erringen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Generaldebatte und erteile als erstem Redner Herrn Landesrat G e n n e r das Wort.

**Landesrat GENNER:** Niederösterreich, außer Wien das größte und wichtigste Bundesland, ist ein schwerkgeprüftes Land. Seit vielen Jahren hat die Bevölkerung dieses Landes schwerer als die Bevölkerung anderer Bundesländer Leiden ertragen müssen und es hat diese Leiden seit vielen Jahren mit großer Geduld getragen. Wenn wir die Tatsachen, daß die niederösterreichische Bevölkerung mehr als die Bevölkerung irgendeines anderen Landes den friedlichen Aufbauwillen hat und während des Krieges und der Nachkriegszeit viele Leiden getragen hat, ohne zu murren, als Grundlage für die Gestaltung des Budgets nehmen würden, dann müßten diese Tatsachen im Budget des Landes ihre Widerspiegelung finden. Wir wollen prüfen, ob das der Fall ist.

Niederösterreich hat während des Krieges am meisten gelitten. Niederösterreichs Städte, Betriebe und Wohnungen wurden von amerikanischen Bombern vernichtet. In den letzten Monaten ist auch der Krieg über Niederösterreich gerast und heute noch gibt es Ruinen in den Städten, die davon Zeugnis ablegen, welch schmerzliche Opfer Niederösterreich gebracht hat, und zwar für das ganze Bundesgebiet.

Wie hat nun der Bund diesem größten und wichtigsten Bundesland diese Opfer gedankt? Wie hat nun der Bund diesem großen und wichtigen Bundesland geholfen, nach dem Krieg die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, und wie und mit welcher Intensität haben sich die Vertreter dieses Landes bemüht, ausgehend von dieser Grundtatsache, zu erreichen, daß ihm diese Hilfe zuteil wird? In diesem Hohen Hause ist von den Vertretern aller Parteien schon manches bittere Wort darüber gesprochen worden, wie der Bund seine Verpflichtung gegenüber unserem Lande vernachlässigt hat. Wir erinnern uns alle noch an die Zeit, wo es in diesem Hohen Hause sogenannte „Ernährungsdebatten“ darüber gegeben hat, daß in Niederösterreich Notstandsgebiete waren und in den Industriegebieten Not und Elend geherrscht hat und hierzu festgestellt worden ist, daß die Zuteilungen an Lebensmittel in Niederösterreich nicht einmal dem Rahmen des ohnedies unzulänglichen Kalorienplanes entsprochen haben. Wir erinnern uns weiter noch an die Zeit, wo in diesem Hause festgestellt worden ist, daß Niederösterreich bei allen Zuteilungen an Baustoffen, Rohstoffen, Kohle usw., immer an letzter Stelle gestanden ist. Wir haben auch manchen energischen Protest und sicher auch manchen ernst zu nehmenden Protest gehört. Durchgesetzt hat sich jedoch die Landesregierung und haben sich die Vertreter dieses Landes in diesem Hause bei der Bundesregierung niemals, auch nicht ein einziges Mal! Und nun, Hoher Landtag, die Proteste sind seither verstummt, denn es gibt offenbar Leute, die der Meinung sind, es hat keinen Sinn mehr, in der heutigen Situation dort zu protestieren, wo es notwendig ist, sondern die es vielmehr für notwendig halten, Ablenkungsmanöver zu machen, in ungeheurer hektischer Aufregung von anderen Dingen zu reden und nicht von der tatsächlichen Grundlage auszugehen, von der dieses Budget hätte ausgehen müssen. Sie reden nicht von der langjährig bewußten und planmäßigen Schädigung Niederösterreichs, gegen die noch die frühere Landesregierung unter Reither und gegen die auch der frühere Landesrat Haller gekämpft hat. Der jetzige Finanzreferent, der wohl nur hergeschickt worden ist, um ganz andere Ziele und Zwecke zu verfolgen, hat sich damit abgefunden. Davon wollen wir jetzt reden.

Bei den Beratungen des Voranschlages für 1950 ist sogar noch ein Beschluß gefaßt worden, der den Bund daran erinnert, daß er Verpflichtungen zu erfüllen hat. Im Voranschlag für 1950 war also noch von den Verpflichtungen des Bundes die Rede. Heute ist hiervon nicht mehr die Rede. Man hat sich damit ab-

gefunden, daß der Bund seine Schulden an das Land nicht bezahlt, man hat sich damit abgefunden, daß sich der Bund überall einmischt, sowohl in die Angelegenheiten der Straßen des Landes, als auch überhaupt in alles, was in Niederösterreich geschieht, aber nur um die Aufbaubereitschaft in Niederösterreich nicht zu fördern, sondern um sie zu hemmen und zu verhindern. Das ist die Entwicklung in den letzten Jahren gewesen. Es gibt nicht mehr den formalen Protest oder das Auseinandersetzen mit den Leuten von drüben beim Bund, es gibt dafür nur mehr die Hetze gegen die Besatzungsmacht. Das ist das Werk des Landesrates Müllner und seiner Leute.

Wie steht es nun mit den einzelnen Posten des Budgets? Wie erfüllt das Budget seine Verpflichtungen, die doch bekanntlich nicht nur finanzieller Natur sind? Wo immer man in Niederösterreich herumkommt, in Städten und Dörfern, sieht man, welche große wirtschaftliche Schwierigkeiten es gibt. Nach dem letzten Lohn- und Preispaakt ist die Lebenshaltung der Arbeiter wesentlich verschlechtert worden, die Notlage der Angestellten wächst unheimlich, das weiß jeder von uns. Aber auch die wirtschaftliche Lage der Bauern, die natürlich auch von den Auswirkungen des Lohn- und Preispaktes betroffen werden, wie wir alle wissen — ich nenne hier nur zum Beispiel die kleinen Weinbauer usw. —, ist geradezu verzweifelt. Es ist davon gesprochen worden, daß der Finanzreferent dazu da ist, das Geld herbeizuschaffen, das die anderen auszugeben haben. Bekanntlich ist es so, daß die Länder Ertragsanteile bekommen. Den allergrößten Teil der Steuerlast — darüber werden wir noch einiges sagen — trägt die arbeitende Bevölkerung, tragen vor allem die Arbeiter, die die pünktlichsten Steuerzahler sind und sein müssen. Beim niederösterreichischen Budget wird auf der Ausgabenseite dieser Tatsache jedoch nicht Rechnung getragen. Es gibt überall Posten, die gegenüber dem vorigen Jahre kaum verändert sind und wir werden an Hand der einzelnen Posten noch feststellen, daß nirgends das Bestreben zu finden ist, hier wirklich den Arbeitern oder den Bauern — beim landwirtschaftlichen Kapitel werden wir das noch ausführlich beweisen — zu helfen. Es sind auch die schönen Worte von Brot, Arbeit und Verdienst geprägt worden. Der Herr Landeshauptmann Steinböck hat es in seiner Antrittsrede feierlich als seine wichtigste Aufgabe hingestellt, daß die Arbeitslosigkeit bekämpft und Arbeit geschaffen werden muß. Es tut mir leid, daß der Herr Landeshauptmann krank ist und an den Beratungen nicht teilnehmen kann, weil es natürlich etwas anderes ist, wenn man jemand von Angesicht

zu Angesicht etwas sagen kann. Ich werde mich also darauf beschränken, die politischen Dinge, die man nicht umgehen kann, zu betrachten. Wie sieht es nun mit dem Erfolg im Kampfe um die Beschaffung von Arbeit, Brot und Verdienst und im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit aus? „Zahlen sind bekanntlich entscheidend“ haben wir vor einer Viertelstunde gehört. Österreich hat am 30. November 1949 im gesamten Bundesgebiet eine Gesamtarbeitslosenzahl von 88.354 zu verzeichnen gehabt. Am 30. November 1950 waren es 119.877. Niederösterreich hatte am 30. November 1949 eine Gesamtarbeitslosenzahl von 14.763 und am 30. November 1950 eine solche von 23.438. Das heißt, die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist im ganzen Bundesgebiet um 36%, in Niederösterreich um 59% gestiegen. Im Vorjahre kamen auf einen Arbeitslosen 18 Versicherte. Heuer kommen schon 12 Versicherte auf einen Arbeitslosen.

Im Vorjahre ist der Beschluß gefaßt worden, der Landesregierung die Ermächtigung zu geben, im außerordentlichen Budget einen Betrag von 35 Millionen als Darlehen aufzunehmen. Dieser Betrag ist nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen worden. Man hat ihn nicht verwendet. Aber die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen. Das ist kein Budget zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern das ist ein Budget zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit!

Wir haben auch von der Bekämpfung der Wohnungsnot gehört. Es ist richtig, daß hier ein Betrag eingesetzt wurde, der etwas größer ist, als er im vorigen Jahre war. Ich erlaube mir jedoch, darauf zu verweisen, daß im vorjährigen Budget die Bestimmung aufgenommen war, daß die Kredite, die aufzunehmen sind, um das Defizit im außerordentlichen Budget zu decken, vor allem zur Förderung von Wohnungsbauten zu verwenden sind. Diese Bestimmung fehlt im heurigen Budget. Ich weiß nicht warum. Ich glaube, daß es zweckmäßig wäre, sie wieder aufzunehmen, und ich werde mir erlauben, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Ich will hier nicht darauf eingehen, welchen großen Vorteil der private Wohnungsbau hat. Es ist hier gesagt worden, daß bald die tausendste Wohnung auf diese Weise errichtet werden wird. Als Vergleich hierzu sei angeführt, daß es in Niederösterreich ungefähr 18.000 Wohnungsuchende gibt, die vorgemerkt sind; von den anderen gar nicht zu reden. Ich erlaube mir auch daran zu erinnern, daß gerade in Niederösterreich sehr viele Wohnungen im Krieg zerstört wurden. Ich habe schon gesagt, es sind nicht nur Betriebe, sondern auch Wohnungen von den Bomben ge-

troffen worden. Von diesen Wohnungen ist aber nur ein ganz kleiner Teil wieder aufgebaut worden, weil auch bei den Zuteilungen der Mittel für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wohnungen das Land Niederösterreich an die letzte Stelle gekommen ist, eine Tatsache, von der auch in diesem Hohen Hause schon öfter geredet worden ist.

Es ist auch von den Schulen gesprochen worden. Es gibt nun da merkwürdige Wandlungen. Heute zum Beispiel hat der Herr Finanzreferent gesagt, welch große Freude ihm die Ausgaben für die Schule machen. Vor einiger Zeit aber habe ich einen Erlaß des Herrn Landesamtsdirektors in Händen gehabt, in dem daran erinnert wird, daß jeder Beschluß über eine Ausgabe dem Finanzreferat vorzulegen ist, insbesondere aber Beschlüsse über Ausgaben im Schulwesen. Und ich erinnere mich auch noch ganz genau an die Darlegungen des Herrn Finanzreferenten im Finanzausschuß, mit welchen er mit geradezu breitem Behagen den Standpunkt des Finanzministers vertreten hat, daß man auf dem Gebiete der Schule in Niederösterreich etwas weniger Großzügigkeit walten lassen soll. Das soll auch wieder angeblich so ein ungeheurer Erfolg sein, den wir heuer, so wie im vorigen Jahre, auf dem Gebiete des Schulwesens bei den Verhandlungen mit dem Finanzminister davongetragen haben. Die Sache ist allerdings umgekehrt und nicht so, wie sie der Herr Finanzreferent dargestellt hat. Der Herr Finanzminister stellt nämlich zuerst die Forderung und sagt, wenn ich nicht darauf beharre, daß die Besoldung der Lehrer durch die Länder getragen wird, dann müssen die Länder ein Notopfer tragen und gewisse Beschränkungen bei der Schülerzahl auf sich nehmen. Wir werden darüber noch beim Kapitel Schule sprechen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp hat im Finanzausschuß eine Zahl genannt und nachgewiesen, daß die Gefahr besteht, daß 600 junge Lehrer keinen Posten erhalten können. Ich will in diesem Zusammenhang nur noch darauf verweisen, daß in vielen Gebieten Niederösterreichs, besonders in den Industriegebieten, Wechselunterricht besteht, der für die Fortbildung der Schüler nicht sehr günstig ist und, wie man weiß, auch bei den Eltern mannigfache Sorgen bereitet.

Ein besonderes Augenmerk ist der Gruppe Brücken und Straßen gewidmet worden. Wir haben im außerordentlichen Voranschlag heuer keine Unterteilung mehr in Posten Straßen und in Posten Brücken. Man könnte nun meinen, daß alles in einem Posten vereinigt wäre. Aber wir haben einige Erfahrung vom vorigen Jahre. Es wurde nämlich in dem für den Brückenbau zuständigen Referate fest-

gestellt, daß die Bauvorhaben für Brücken nicht durchgeführt werden können, weil die Eisen- und Stahllieferungen nicht termingemäß eingehalten werden. Warum werden sie nicht eingehalten? Es gab kürzlich in der „New-York Times“ einen Artikel, in dem darauf verwiesen worden ist, daß Westeuropa vielmehr als jemals zuvor Eisen und Stahl braucht und daß das auch eine Richtschnur für Österreich ist. Das heißt, aus Österreich wird Kriegsmaterial nach Westeuropa geliefert. Und deswegen werden die Stahllieferungen, die notwendig sind, um die Brücken in Niederösterreich zu bauen, nicht termingemäß durchgeführt.

Im vorigen Frühjahr sind mit Abgeordneten Konferenzen über den Straßenbau abgehalten worden. Ich zweifle nicht daran, daß es dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kargl wirklich darum zu tun war, Anregungen von Abgeordneten zu erhalten. Aber die Straßen sind nicht besser geworden. Und dann sind wieder Straßenkonferenzen abgehalten worden, und ich werde noch einiges darüber sagen, wie sie sich bei den Bauvorhaben ausgewirkt haben. Mit Konferenzen werden keine Straßen gebaut, auch nicht mit einem ersten Spatenstich. Ich habe da vor mir die „Niederösterreichische Landeskorespondenz“ vom 7. Oktober 1949 liegen. Dieser Zeitpunkt liegt also knapp vor den Wahlen. Da ist ein sehr schöner Bericht zu lesen, geradezu romantisch. Da heißt es: Heute vormittag konnte Landeshauptmannstellvertreter Kargl den ersten Spatenstich für die neue Ortsdurchfahrt der Triester Bundesstraße durch Wiener Neustadt machen. Da wird aufgezählt, wer alles dabei war. *(Zwischenruf rechts: War der Gerner nicht auch dabei?)* Nein, zu so etwas ladet Ihr mich nicht ein *(Heiterkeit)*. Es wird dort geschildert, daß diese Straße 18 m breit sein wird, davon 12 m Fahrbahn und beiderseits Gehwege mit je 3 m. Dann heißt es, der Bau wird sofort in Angriff genommen und Kargl hat mit schönen Worten gesagt, daß auf diese Art und Weise die Wiener-Neustädter Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten bekommen wird und daß er ihr diese von Herzen vergönnt, weil sie im Krieg so viel mitgemacht hat. Was ist nun aus diesem Bau geworden? Ich kann mir vorstellen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie noch berühmter werden könnten, wenn Sie die Straße jetzt bereits eröffnen würden. Dazu ist es aber nie gekommen. Die Straße ist niemals eröffnet worden. Ist es vielleicht auch hier so, daß der Bund etwas versprochen hat, das er dann nicht gehalten hat? Ich glaube, daß es so ist, und daß auch das mit zu den Grundtatsachen gehört, von denen man bei diesem Budget ausgehen muß, statt

hysterische Hetzreden gegen die Besatzungsmacht zu halten. (*Widerspruch rechts. — Abg. Stangler: Sie sind ja ein Hochverräter in diesem Lande. — Abg. Dubovsky: Du bist ein patentierter Tepp! — Erregte Zwischenrufe rechts. — Redner zu Abg. Stangler gewendet*): Sie genügen vielleicht für einen Jugendführer der Volkspartei, für den Landtag sind Sie etwas zu jung! (*Zwischenrufe auf der rechten Seite.*) Hochverräter haben uns vor nicht allzu langer Zeit die Nazi auch genannt, und zwar zu einer Zeit, als es sich manche andere „gerichtet“ haben. (*Abg. Dubovsky: Frag' den Stangler, wo er in dieser Zeit war; er war Soldat für „Führer und das Dritte Reich“.* — *Erregte Erwidern von rechts, die im Lärm untergehen.*)

Wie steht es nun auf anderem Gebiete und wie wirkt sich das Budget bei den Opfern des Krieges, des Faschismus, den Rentnern und den Kranken aus? Wir werden auch noch Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Ich will vorläufig nur von einer Sache sprechen, die der Herr Finanzreferent als einen besonderen Erfolg bezeichnet hat, der übrigens unbestritten ist, nämlich vom Bau des Krankenhauses in Speising. Dieses hat bekanntlich sehr viel Geld gekostet. Man kann nun der Meinung sein, daß dieses Geld nicht immer mit der gebotenen Sorgfalt ausgegeben und verwaltet worden ist, und man kann auch der Meinung sein, daß vielleicht die entscheidende Aufgabe, nämlich die zentrale Erfassung der Tuberkulosen von Niederösterreich und die Zuweisung in die betreffenden Heilanstalten, nicht vollständig erfüllt wird, weil anscheinend mehr Wert darauf gelegt wird, dort Lungentherapie, wenn auch unbestritten in fachlich sehr guter Weise, zu machen. Es gibt aber hier noch andere Dinge, die sehr bezeichnend sind. Wir wissen, daß es nicht gerade zu den Aufgaben der Tuberkulosefürsorge gehört, daß die Amtsräume des Direktors der Anstalt mit besonders teuren Möbeln und Lustern eingerichtet werden, selbst dann nicht, wenn dieser Direktor sein eigener Chef ist; er ist nämlich auch Leiter des Sanitätsreferates und er steht offenbar auf dem Standpunkt: Was dem Landesrat Müllner recht ist, dem Landesrat, Nationalrat und Präsidenten der NEWAG, muß dem Stremnitzer billig sein.

Was ich jetzt sage, ist vielleicht nur eine Kleinigkeit oder es scheint nur eine solche zu sein, aber es ist niemals eine Kleinigkeit, wenn es sich um Schicksal von Menschen handelt.

Auf den Tuberkuloseabteilungen der Spitäler erhalten nämlich die Pflegerinnen und die Bedienerinnen die ihnen gebührende Infektionszulage. Dies trifft allerdings nur in den

anderen Spitälern zu. Die Landesregierung hat erst vor kurzem beschlossen, daß die Pflegerinnen die Infektionszulage — ich glaube das sind 24 S plus 3 S Nachtdienstzulage — erst vom 1. Juli 1950 an erhalten, obwohl sie darauf schon von der Zeit an Anspruch hätten, wo sie Dienst gemacht haben. Für diese Bewilligung ist den Pflegerinnen das Nachtmahl entzogen worden, jedoch vier Wochen vor der Bewilligung der Nachtzulage. Die Bedienerinnen haben die Infektionszulage aber nicht erhalten, sie sind davon ausgeschaltet. Da habe ich nun begonnen herumzufragen, wieso und warum. Ich kann Ihnen sagen, es dauert lange, bis man den Beamten findet, der hierfür zuständig ist, aber ich habe ihn gefunden. Man hat mir mitgeteilt, daß es in den anderen Spitälern auch nicht der Fall ist. Das ist aber nicht wahr. Endlich ist auch dieser Beschluß gefaßt worden. Es ist charakteristisch für den sozialen Geist dieser Landesverwaltung, daß es eines langen Kampfes bedarf, bis eine solche selbstverständliche Forderung erfüllt wird.

Von der Tatsache, daß Niederösterreich durch den Bund immer wieder benachteiligt wird, wird in diesem Budget sehr wenig gesprochen, anscheinend hat man sich damit abgefunden. Der Herr Finanzreferent hat in der Finanzausschußsitzung unter anderem auch erklärt, er habe keine Pascha-Allüren. Mich interessieren seine Allüren und Manieren nicht, aber das interessiert mich, daß man neuerlich Ermächtigungen verlangt, und zwar — sehr von oben herab — und daß man nicht einmal sagt, was sie bedeuten, ja daß man nicht einmal sagt, welche Erfahrungen man mit den bisherigen Ermächtigungen gemacht hat. Nun, ich erlaube mir darzulegen, welche Erfahrungen damit gemacht wurden. Wie wir es vorausgesagt haben, hat die Landesregierung sehr bald, nachdem der Landtag das Budget beschlossen hat, einen Erlaß des Finanzreferenten vorgelegt, mit der Verfügung, daß eine generelle 15%ige Kürzung aller Sachausgaben vorgenommen wird. Natürlich hat der Landtag das beschlossen, allerdings gegen meinen Protest. Was macht das aber auch schon im nö. Landtag aus? (*Zu der Seite der ÖVP gewendet*): Sie sagen: Wir haben die Mehrheit, wenn eine Forderung von den Kommunisten kommt, etwa in Form von Anträgen, wir halten stand, wir lehnen sie ab, auch wenn sie noch so berechtigt ist. Wir haben aus der Vergangenheit gewisse Erfahrungen, wie es da mit dem Standhalten aussieht. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp hat seinerzeit erklärt, er sei mit den Kürzungen unter der Bedingung einverstanden, daß sie rückgängig gemacht werden, wenn wieder genug Geld vorhanden ist. Ich war schon damals

überzeugt, daß nicht finanzielle Gründe für diese Kürzungen maßgebend waren. Später hat es auch der Herr Landesfinanzreferent gegeben, indem er gesagt hat, daß die Steuererträge größer waren, als sie veranschlagt worden sind. Der Herr Finanzreferent hat im Finanzausschuß erklärt, daß die Steuereingänge in diesem Jahre um insgesamt 40 Millionen Schilling größer sind. Ein Abgeordneter hat ausgerechnet, daß sie sogar um 60 Millionen größer seien, ich weiß aber nicht, ob das stimmt. Jedenfalls waren sie höher, als sie im Voranschlag vorgesehen waren. Sind nun mit Rücksicht auf diese höheren Steuereingänge die Kürzungen der Voranschlagskredite, die zweifellos von einschneidender Bedeutung sind, so generell zurückgenommen worden, wie sie beschlossen wurden, oder nicht? Ich glaube, daß dies nicht geschehen ist, und sehen Sie, darauf kommt es an. Es ist nur erklärt worden, daß die Kürzungen dort rückgängig gemacht werden, wo es besonders notwendig war und wo es ein Referat verlangt hat. Aber wer hat das bestimmt? Das hat nämlich nur der Finanzreferent bestimmt. Die Ermächtigung der Landesregierung ist also eine Ermächtigung für den Finanzreferenten. Wie hat sich das nun ausgewirkt? Das hat sich vor allem auf die Wirtschaft verheerend ausgewirkt. Tatsachen sind entscheidend. Es ist ganz klar, wenn für eine Post 100% veranschlagt sind und es werden für diese Post, zum Beispiel für ein Bauvorhaben, nur 85% zur Verfügung gestellt, so bringt das gewisse Schwierigkeiten und Verzögerungen mit sich und es entsteht die Gefahr, daß zum Beispiel das Bauvorhaben überhaupt nicht durchgeführt werden kann. Auf den Straßenbaukonferenzen, die kürzlich abgehalten wurden, haben vor allem die bäuerlichen Abgeordneten sehr offen ihrem Unmut über den Zustand der Straßen Ausdruck gegeben und auch festgestellt, daß oft Bauten, die schon begonnen worden waren, gar nicht durchgeführt, sondern plötzlich eingestellt worden sind. Landeshauptmannstellvertreter Kargl hat gesagt, daß die Firmen daran schuld seien und daß man dafür sorgen werde, daß den Firmen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, die Aufträge entzogen werden bzw. daß sie keine Aufträge mehr erhalten. Ich glaube aber nicht, daß die Firmen schuld sind, sondern schuld daran hat das ganze System. Daß in Niederösterreich keine Straßen gebaut werden, dazu hat nur die Ermächtigung zur Vornahme der Kürzungen der Voranschlagskredite beigetragen. Denn im Sommer, also nach dem Beschluß über diese Kürzungen, war nicht einmal die Hälfte der in Aussicht genommenen Bauvorhaben in Angriff genommen

worden und eine Reihe von Firmen hat selber erklärt, daß sie mit der Arbeit erst beginnen können, wenn sie den Bauauftrag von der Landesregierung erhalten haben. Das ist das Entscheidende. Die Firmen haben die Bauaufträge viel zu spät erhalten, wie zum Beispiel die Firma Radebeule, die Firma Kothmayer, die Firma Stuaug in Wien, die Firma Asdag und noch einige andere. Das ist ein konkretes Beispiel dafür, welcher Schaden durch die „Ermächtigung“ entstanden ist, die die Möglichkeit gegeben hat, zu sagen, bei allen Posten des Voranschlages stehen nicht 100%, sondern nur 85% zur Verfügung, wobei die Gründe für diese Ermächtigung ganz andere sind, als sie uns seinerzeit angegeben wurden. Die Ermächtigung nämlich, das vom Landtag beschlossene Budget umzustößeln, zu verändern, seine Posten zu verändern usw., um sich angeblich Reserven schaffen und eine elastische Finanzpolitik machen zu können, wie Herr Landesrat Müllner gesagt hat, ist in Wirklichkeit eine politische Ermächtigung, und so ist es auch aufgefaßt worden. Die Ermächtigung war also nicht als eine rein finanzielle gedacht, was es natürlich bei einem Budget nicht gibt, sondern sie war als solche gedacht, um auf jedem anderen Verwaltungsgebiete autoritär regieren zu können. Und von dieser Ermächtigung ist auch Gebrauch gemacht worden. Was nützt es schon, wenn man hier aufsteht und fragt, warum wird dem Landtag dies und jenes nicht vorgelegt, warum wird der Landtag nur zweimal im Jahre einberufen? (*Zahlreiche Zwischenrufe.*) Es wird wohl immer gesagt, der Landtag soll mitreden, er kann mitreden, ja aber der Landtag wird nur dazu benützt, die Maskierung für gewisse Pläne abzugeben. Ist der Landtag überhaupt jemals bei allen großen wirtschaftlichen Sorgen und finanziellen Fragen des Landes herangezogen worden? Niemals noch! Er wird immer mehr und mehr ausgeschaltet, er wird immer wieder mißachtet, seine Beschlüsse liegen schon lange irgendwo in einer Tischlade und werden nicht durchgeführt, die Anfragen von Abgeordneten werden nicht beantwortet, und wenn eine Anfrage kommt, warum diese Anfragen nicht beantwortet werden, wird sie wieder nicht beantwortet. Aber das alles ist nur die Folgeerscheinung der „Ermächtigung“.

Diese Ermächtigung hat sich vor allem auf dem Gebiete der Personalpolitik verhängnisvoll ausgewirkt. In den ersten Tagen der Budgetberatung im Finanzausschuß hat man direkt den Eindruck gehabt, da stimmt irgend etwas nicht, es hat direkt nach Obstruktion ausgesehen. Zuerst haben die einen mehr geredet, die anderen gar nichts, dann die einen

etwas weniger und die anderen etwas mehr, und schließlich hat der Fahrdienstleiter oben es doch durchgesetzt, daß der Zug rechtzeitig am Freitag in der Nacht in die Koalitionshalle eingefahren ist. (*Heiterkeit.*) Es ist wahr, bei dieser Personalpolitik, die heute getrieben wird, wird ein niederträchtiger Gesinnungsterror ausgeübt und es erfolgt eine Gesinnungsschnüffelei von der Volkspartei nach amerikanischer Methode. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das geht so weit, daß man feststellt, ob die Eltern eines Angestellten des Landes Kommunisten sind, ob Verwandte von ihm Kommunisten sind, und schließlich richtet sich das selbstverständlich — das könnte auch gar nicht anders sein — auch gegen die sozialistischen Angestellten. Dagegen ist also scheinbar Obstruktion gemacht worden. Den Landesrat Müllner aber, der ja hauptverantwortlich dafür ist, den kümmert das gar nichts, der hat nicht einmal zugehört. Er hat sich gedacht, ihr redet mir gut genug und er wisse, wo er nichts zu sagen braucht und wo er unter Umständen harte Worte gebrauchen kann. Man darf aber nicht glauben, daß er immer so ist wie heute. Ich kenne ihn auch anders. Es gibt auch die Möglichkeit, sachlich mit ihm zu reden, und zwar dann, wenn er etwas braucht! Der Herr Landesrat Müllner weiß genau, wo er stehen bleiben muß, und er kennt den Moment, wo er haltmachen muß.

Ich möchte dazu noch etwas anderes sagen. In der letzten Zeit haben sich auch höhere Beamte der Landesregierung zu Werkzeugen dieses Gesinnungsterrors gemacht. Ich möchte nicht raten, sich auf diesen Fahrweg zu begeben. Ich muß feststellen, daß der weitaus größte Teil der Beamten und Angestellten sich in einer furchtbaren Notlage befindet. Vor Weihnachten hat es eine Unzahl von Ansuchen um Darlehen gegeben, und zwar von Angestellten ohne Unterschied der Partei. Die Notlage dieser Angestellten wird nun dazu ausgenützt, um einen Druck auf sie auszuüben. Natürlich gibt es da und dort Bedienstete, die sich mißbrauchen lassen, um als Werkzeug für diesen Gesinnungsterror zu dienen. Mancher von ihnen ist sogar päpstlicher als der Papst, er glaubt, er muß mehr nach unten drücken, damit er oben besser angesehen ist. Eines Tages werden aber diese Leute von ihren Herren im Stich gelassen werden, das ist sicher, die Schuld dafür liegt aber bei ihnen selbst.

Das Budget, das uns heute vorliegt, zeigt deutlich die Tatsache, daß die östlichen Zonen, wiewohl wir es viel schwerer haben als die Landesverwaltungen der westlichen Zonen, vom Bund ständig benachteiligt werden. Das vorliegende Budget ist nicht ein

Budget des friedlichen Aufbaues, es ist ein Budget der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung der Amerikaner in Niederösterreich. (*Heiterkeit rechts.*) Wenn Sie glauben, daß das eine Sache ist, über die man lachen kann, dann zeigt das nur Ihre Gesinnung. Erst vor einigen Tagen hat ein ausländischer Besucher erklärt, daß Österreich die Brücke nach dem Osten ist. Immer wieder ist von dem neuen Brückenkopf Österreich die Rede gewesen. Nun, offenbar soll Niederösterreich der vorgeschobene Teil dieses Brückenkopfes sein. Wahrscheinlich wird man im Laufe der Budgetdebatte wieder von der Notwendigkeit des Staatsvertrages reden. Es ist wahr, es ist eine dringende Notwendigkeit, daß Österreich den Staatsvertrag erhält, damit der Abzug aller Besatzungstruppen, auch jener, die gleich hinter dem Ballhausplatz ihren Sitz haben, erfolgen kann. Aber glaubt irgend jemand, daß es dazu beiträgt, daß der Staatsvertrag zum Abschluß kommt, wenn der österreichische Außenminister in Amerika einen Vergleich zwischen Österreich und Korea zieht, oder wenn ein anderer österreichischer Staatsmann, auch in einem fremden Lande, erklärte, Österreich habe seinen 38. Breitengrad überschritten? Mit dem Überschreiten ist das überhaupt so eine Sache. Es kommt nämlich darauf an, von welcher Seite man den 38. Breitengrad anschaut, ob vom Norden oder vom Süden her.

Es ist manchmal auch davon gesprochen worden, welch schweren Schaden für die Interessen Österreichs die Kriegshetze in diesem Lande bedeutet. Es ist dies ganz richtig, welchen Standpunkt immer man auch zu den einzelnen Großmächten einnehmen und von welchem Standpunkt aus immer man die Dinge betrachten mag. Aber eine verantwortungsvolle österreichische und niederösterreichische Regierung hat überhaupt keine andere Verpflichtung und Aufgabe, als mit allen Anstrengungen und allen Kräften dafür zu sorgen, daß es nicht zum Objekt der Gegensätze zwischen den Großmächten wird. Das war und ist die einzige Aufgabe, die zu erfüllen war und immer wieder erfüllt werden muß. Manchmal wird gefragt, wo ist denn die Kriegshetze? Lesen wir nur die heutigen Zeitungen, da steht drinnen: Aufrüstung Deutschlands beschlossen! Was das bedeutet, das braucht man nicht näher auszuführen. Aber daraus ersieht man schon, wie auch in Österreich diese Dinge wirklich ausschauen. Es ist daher richtig, wenn ich sage, das ist kein Budget des Friedens, sondern das ist ein Budget nach den Wünschen der Auftraggeber. Wir werden das in jedem einzelnen Posten des Budgets noch nachweisen.

Zuletzt möchte ich noch von einer Sache



reden, die auch sehr bezeichnend und lehrreich ist. Russenhetze gibt es bekanntlich nicht! Es hat die ganzen Jahre aber hindurch die Hetze gegeben, daß nur die Russen die Schuld hätten, daß es in der Frage der Randgemeinden bisher zu keiner Lösung gekommen ist. Dabei hat man überhaupt niemals überprüft, was tatsächlich schuld ist. Man hat nur stur wiederholt: Die Russen sind schuld, die Russen sind schuld, sie haben nicht das Gesetz bestätigt, das die Abtrennung der Randgemeinden vorsieht. Wir werden zur Randgemeindenfrage an sich noch Verschiedenes sagen, jetzt möchte ich nur darauf verweisen, daß vor einiger Zeit in der Tageszeitung festgestellt worden ist, daß es eine konkrete Lösung des Randgemeindenproblems gibt und auch der Minister Helmer hat einige Tage später dieselbe Feststellung gemacht. Die Erfahrungen haben nun gezeigt, wenn man konkrete Vorschläge vorbringt, daß sie auch zu einem Ergebnis führen. Ich bin zwar nicht überzeugt, daß es mit der Russenhetze in dieser Frage vorüber sein wird, aber ich glaube, daß es nützlich war, diese Feststellungen zu machen.

Ermächtigungen sind keine leichte Sache und man soll sie daher nicht leicht nehmen. Es ist gewiß so, daß die Welt in und um Österreich jetzt anders ausschaut als zur Zeit, wo das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 angewendet worden ist. Sie werden und können heute wieder einen solchen Beschluß fassen, da es schon bei den Beratungen im Finanzausschuß so ausgesehen hat, daß der Fahrplan der Koalitionsparteien bereits festgelegt ist. Persönlich berührt uns das wenig, wenn man aber auf eine sachliche Kritik Wert legen will, so gestatten Sie auch mir eine Kritik hierüber. Der Finanzreferent hat nach den Erfahrungen, die wir im Finanzausschuß gemacht haben, von der Geschäftsordnung des Landtages keine Ahnung. Er ist nämlich plötzlich in den Sitzungssaal gekommen und hat, als ihm gesagt wurde, daß zu einer Sache der Abgeordnete Dubovsky und ich gesprochen haben, den Vorsitzenden gebeten, zur Geschäftsordnung sprechen zu dürfen. Er hat dann behauptet, daß nach der Geschäftsordnung nur ein Kommunist sprechen darf, obzwar er doch wissen mußte, daß ein Regierungsmitglied jederzeit ohne besondere Erlaubnis des Vorsitzenden zu einer Sache sprechen kann. Anträge von Kommunisten werden prinzipiell nicht angenommen, sondern abgelehnt, selbst wenn es Anträge sind, die, falls sie von Ihrer Seite gestellt worden wären, als eine soziale Großtat hingestellt würden, wie zum Beispiel der Antrag, daß die Landesregierung prüfen soll, ob und inwieweit die Stipendien für begabte Schüler erhöht werden können.

Aber wir pflegen uns auf solche Dinge einzustellen. Ich erlaube mir daher, dem Hohe Landtag einen Antrag zu unterbreiten. Man könnte zwar die Anträge, die Ermächtigungen vorsehen, einfach streichen, weil es in einem anderen Punkt der Anträge des Finanzausschusses heißt, daß Ausgaben nur soweit gemacht werden dürfen, als die veranschlagte Bedeckung erreicht wird. Aber ich möchte es doch deutlich zum Ausdruck bringen und deshalb folgenden Antrag stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der 3. Absatz im Antrag Punkt 3 soll lauten:

Bis zu diesem Zeitpunkt beschließt der Landtag zur Erzielung dieses Ausgleiches allgemeine, gleichmäßige prozentuelle Kürzungen aller Voranschlagsansätze, soweit es sich nicht um gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen des Landes handelt.

Der Antrag im Punkt 6 soll nach den Worten ‚zugrunde gelegt sind‘ lauten:

Über die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ausgabenkredite einer jeden Gruppe und über die Verwendung der Ausgabenkredite innerhalb einer Gruppe für andere Zwecke, als im Voranschlag vorgesehen ist, beschließt der Landtag.

Antrag Punkt 8 ist zu streichen.“

Außerdem erlaube ich mir noch folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Antrag Punkt 4, Seite XIX, ist zu ergänzen durch den Satz: ‚Von diesen Schulden oder Anleihen hat vorerst ein Betrag von 12 Millionen Schilling zur Deckung des Kredits ‚Für sonstige Wohnbauförderung‘ zu dienen.“

Ich bitte um Annahme dieser Anträge.

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt Herr Abg. WONDRAK.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Wir beraten nun das Budget für das Jahr 1951. Das Budgetrecht des Landtages ist ein Grundrecht. Wir wissen nur zu gut, daß es in einer wirklichen Demokratie notwendig ist, daß jeder Schilling und jeder Groschen nur auf Grund eines Beschlusses des Landtages ausgegeben werden darf.

Der Voranschlag, der uns heute vorliegt, ist zahlenmäßig gesehen und in bezug auf seine formale Gliederung ohne weiteres als einwandfrei zu bezeichnen. Ob jedoch die Art und Weise, wie die verschiedenen Ausgaben und Einnahmen gruppiert sind, richtig ist, darüber kann man sicherlich verschiedener Meinung sein. Aus dem Voranschlag, wie er dem Landtage heute vorliegt, ist zu ersehen, daß im ordentlichen Voranschlag ein Abgang von

25,8 Millionen Schilling vorhanden ist, während im außerordentlichen Voranschlag ein Abgang von mehr als 38 Millionen Schilling ausgewiesen wird, so daß ein Gesamtabgang von rund 64 Millionen im Voranschlag aufscheint.

Wir sind der Meinung, daß die Art, wie diese Zahlen hier ausgewiesen sind, nicht als eine einwandfreie und eine klare Budgetierung genannt werden kann. Wir können es nicht verstehen und halten es für vollkommen überflüssig, daß man die gewaltige Summe von 27 Millionen Schilling vom ordentlichen Voranschlag an den außerordentlichen überweist, um im ordentlichen Voranschlag ebenfalls einen Abgang ausweisen zu können. Dabei ist die Problematik des außerordentlichen Voranschlags ja von Haus aus gegeben. Wenn man den Voranschlag durchblättert, so findet man unter den verschiedenen Posten auch Ausgaben, von denen man mit Fug und Recht annehmen muß, daß sie nicht als außerordentliche Ausgaben bezeichnet werden können. Wenn beispielsweise der Ankauf von Schreibmaschinen, die Instandsetzung von Amtsgebäuden oder verschiedene andere ähnliche Dinge in den einzelnen Unterabschnitten des außerordentlichen Voranschlags aufscheinen, so glauben wir, daß es kaum zu begründen ist, solche Ausgaben in den außerordentlichen Teil des Budgets zu verweisen. Es wäre nach unserer Meinung viel klüger gewesen, wenn man diese Überweisung aus dem ordentlichen auf den außerordentlichen Voranschlag unterlassen hätte und wenn man ganz eindeutig ausgesprochen hätte, daß der ordentliche Voranschlag mit einem Überschub — wenn es auch kein großer ist — abschließt. Es kann aber möglicherweise die Absicht der Finanzverwaltung sein, daß es ihr dadurch, daß sie optisch einen Abgang im ordentlichen Voranschlag nachweist, vielleicht leichter gelingt, die verschiedenen Absichten, die zur Deckung des Abganges im ordentlichen Voranschlag bestehen, durchzusetzen. In den Anträgen zum Voranschlag wird ja im Antrag Nr. 3 eindeutig ausgedrückt, daß man den ausgewiesenen Abgang von Haus aus überhaupt nicht ernst nimmt, sondern daß man durch eventuell sich ergebende neue Einnahmen oder Erhöhung der bestehenden Einnahmen bzw. durch Abstriche bei den Ausgaben einen Ausgleich herbeiführen will, so daß sich dieser Abgang, wie er mit mehr als 25 Millionen Schilling faktisch ausgewiesen ist, bestimmt nicht ergeben wird. Der ganze Aufbau der Anträge läßt vermuten, daß der Herr Finanzreferent gar nicht damit rechnet, daß dieser Abgang im ordentlichen Haushalt des kommenden Jahres auch tatsächlich wirksam wird.

Im außerordentlichen Voranschlag wird natürlich durch diese Transportierung von 27 Millionen Schilling der Abgang wesentlich heruntergedrückt. Aber auch da sind wir der Meinung, daß Dinge, die einmalig sind, also Ausgaben, die für eine längere Bestandzeit gelten, auf dem normalen Weg gedeckt werden sollen, und zwar so, wie man Investitionen sonst zu finanzieren pflegt. Aber dieses Herumjonglieren vom ordentlichen auf den außerordentlichen Voranschlag, um auf beiden Seiten passiv zu erscheinen, halten wir nicht für glücklich. Wir wären vielmehr der Meinung, daß jeder, der diesen Voranschlag zur Hand bekommt und ihn liest, ihn verstehen soll, und daß auch der einfache Mensch im Dorf, wenn er diese Zahlen liest, erkennt, wie es um die Finanzlage des Landes Niederösterreich eigentlich aussieht.

Der Herr Finanzreferent hat in seinen einleitenden Bemerkungen gesagt, daß dieser Voranschlag ein Voranschlag eines Landes ist, das als das schwerstleidende Land des Bundes angesehen werden kann. Nun gut, wenn wir das gelten lassen, so glaube ich, daß es gerade deswegen notwendig wäre, dies der Bevölkerung Niederösterreichs zum Bewußtsein zu bringen, indem wir die einzelnen Budgetziffern so klar und so eindeutig erstellen, daß jeder sich errechnen kann, welche Leistungsfähigkeit auf finanziellem Gebiete dieses Land überhaupt aufbringen muß. Wir hätten es daher, wie gesagt, viel lieber gesehen, wenn im ordentlichen Voranschlag der tatsächliche Überschub ausgewiesen worden wäre, und weiter hätten wir es als wünschenswert angesehen, wenn man den außerordentlichen Voranschlag wirklich nur mit Dingen belastet hätte, die man unbestritten als außerordentliche Ausgaben anerkennen kann.

Wir haben unsere größten Bedenken gegen den Antrag 3, der ausspricht, daß die Landesregierung ermächtigt ist, wenn die gesetzlichen und zwangsläufigen Verpflichtungen des Landes erfüllt sind, nach eigenem Ermessen solange Ausgaben einzusparen, bis eben kein Abgang im ordentlichen Voranschlag vorhanden ist. Man muß sich mit Fug und Recht fragen, ob dabei die hohe Landesregierung immer die glückliche Hand haben wird und gerade dort spart, wo es noch am ehesten vertretbar sein wird, oder ob vielleicht nicht dann doch durch verschiedene Einflüsse bei Ausgaben Ersparnisse gemacht werden, die man vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft dieses Landes nicht rechtfertigen könnte. Diese kautschukartige Form der Budgetierung, Abgänge auszuweisen und sich gleichzeitig schon Mittel parat zu halten, um diesen Voranschlagsabgang von Haus aus unwirksam zu

machen, das ist meines Erachtens keine glückliche Art und wird das Verständnis der Bevölkerung Niederösterreichs für die Art der Budgetierung nicht besonders heben.

Dieser Voranschlag enthält gewaltige Summen, die umgesetzt werden sollen. Es ist schon gesagt worden, daß die Bewilligung eines Budgets eine Vertrauensfrage ist. Herr Landesrat Genner hat gemeint, daß letzten Endes, wenn die Beratungen des Voranschlages zu Ende sein werden, nichts anderes zu konstatieren sein wird, als daß man gemeinsam in die Koalitionshalle — ein schönes und optisch gesehen gutes Wort — einziehen wird. Dürfen wir noch einmal feststellen, daß die Sozialistische Partei ganz eindeutig auf dem Standpunkt steht, daß es sich bei der Art, wie die Landesregierung in Niederösterreich geführt wird, um keine Koalition, um keinen Pakt handelt, sondern daß die Verfassung des Landes Niederösterreich den einzelnen Parteien auf Grund ihrer Stärke das Recht gibt, sich an der Verwaltung des Landes zu beteiligen. Dieses verfassungsmäßige Recht nehmen wir selbstverständlich in Anspruch. Wir müssen bei dieser Gelegenheit aber auch feststellen, daß wir mit der Art und Weise, wie die Landesregierung von der Mehrheit geführt wird, absolut nicht einverstanden sind. Wir versuchen immer wieder, die Mehrheit des Hauses dahin zu bringen, daß sie erkennt, daß die Regierung einer Landesverwaltung einzig und allein von dem Gesichtspunkt aus geführt werden soll, wie man in dieser schweren Zeit die Bevölkerung Niederösterreichs erfolgreich betreuen kann. Wir sind daher durchaus nicht die bedingungslosen Koalitionspartner, sondern vielmehr die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, der Werktätigen dieses Landes, die selbstverständlich an die Landesverwaltung Forderungen zu stellen haben, allerdings mit der Einschränkung, daß wir immer auch den Bereich der Möglichkeiten abzuschätzen versuchen und diese auch berücksichtigen. Ich muß weiter feststellen, daß die Mehrheit dieses Hauses für ein restlos zufriedenstellendes Zusammenarbeiten keine Handhabe bietet und daß vor allem auf dem Gebiete der Personalpolitik Dinge geschehen, von denen wir absolut nicht sagen können, daß hierbei das Landesinteresse an der Spitze ihrer Handlungen steht. Auf dem Gebiete der Personalpolitik bestehen ganz eigentümliche Verhältnisse. So gibt es zum Beispiel ein Präsidium, eine Einrichtung, die nirgends festgelegt ist und von der wir nur wissen, daß ihre Hauptaufgabe darin besteht, die gesamte Personalpolitik vom Standpunkte der ÖVP aus zu führen. Dieses Präsidium hat nichts anderes zu tun, als die parteipolitischen Belange der Mehrheit zu wahren.

Wir können über diese Art und Weise nur lächeln, denn die Geschichte lehrt uns doch, daß gerade politisch sehr gut durchgesiebte Beamtenkörper im entscheidenden Moment immer wieder versagt haben. Sie waren nämlich schon längst, wenn es heiß geworden ist, bei den anderen, bevor sich die Situation vollkommen gewendet hat. Das haben wir schon mehrmals erlebt, so besonders im Jahre 1938, wo ganze Abteilungen natürlich sofort den Beweis ihrer Illegalität erbracht haben, obwohl bereits in den vorangegangenen vier Jahren keine anderen als geeichte Christlich-soziale in diese Landesregierung aufgenommen worden sind. Wir sind davon überzeugt, daß die letzte Entscheidung in diesem Lande nicht von den wenigen tausenden Landesangestellten herbeigeführt werden wird, sondern daß die Entscheidung in diesem Lande von der großen Masse der niederösterreichischen Bevölkerung fallen wird und daß das Urteil dieser Volksmassen allein dafür ausschlaggebend sein wird, was in diesem Hause in Zukunft geschehen wird. Je mehr Sie (*zu der Seite der ÖVP gewendet*) durch Ihre Einseitigkeit in der Personalpolitik den Beweis erbringen, daß Sie in völliger Verkennung der wirklichen Bedürfnisse dieses Landes aus Ihrem elementaren Parteibedürfnis Personalpolitik machen und hierbei die einfachsten Mitbestimmungsrechte der anderen Gruppen mißachten, desto mehr können Sie überzeugt sein, daß Sie mehr Gegner im Lande bekommen, als Sie durch Ihre Art der Unterbringung von Beamten auf Posten an Freunden gewinnen können. Diese Tatsache müssen wir immer wieder feststellen und gerade bei den Budgetverhandlungen werden wir sie entschieden aussprechen. Sie tun — davon sind wir überzeugt — dem Lande Niederösterreich damit nichts Gutes und wenn wir spöttisch sein wollten, könnten wir sogar noch sagen, daß Sie damit nicht einmal Ihrer eigenen Partei etwas Gutes tun.

Wir haben schon während der Verhandlungen des Budgets im Finanzausschuß gesehen, daß hier ganz eigentümliche Auffassungen vertreten sind. Im Laufe der Ausschußverhandlungen wurde aufgezeigt, daß im Budget des Landes eine Post ist, die mit den bestehenden Gesetzen in direktem Widerspruch steht. Es ist dies die 3-Millionen-Post, die für die Landes-Landwirtschaftskammer in das Budget eingesetzt ist. Wir Sozialisten und auch Herr Landesrat Genner haben bereits aufgezeigt, daß wir der Meinung sind, daß diese Post nicht zurecht besteht und daß wir mit Recht begehren können, daß den klaren gesetzlichen Vorschriften über die Förderung der Landwirtschaft mit Landesgeldern durch die Landwirtschaftskammer absolut entspro-

chen werden muß. Wir waren der naiven Meinung, daß es auch für die ÖVP eine selbstverständliche Sache sein wird, daß sie die gesetzlichen Bestimmungen ohne weiteres wahren und ebenfalls begehren wird, daß diese Budgetpost, so wie es im Gesetz steht, in Zukunft nur erstellt werden darf, wenn die Landes-Landwirtschaftskammer die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt. Wir haben aber die traurige Enttäuschung erlebt, daß die ÖVP sich über diese Dinge einfach hinwegsetzt und alle Kniffe versucht hat, um nachweisen zu können, daß in kurzer Zeit das Gesetz bindend erfüllt sein wird und daß man bis dahin nicht die Mittel verweigern kann, weil man damit etwas machen würde, was als Härte empfunden werden könnte. Ich glaube, es sollte Aufgabe der Mehrheit sein, dafür zu sorgen, daß sie zur Gesetzestreue, auf die sie immer so gerne hinweist, auch dann steht, wenn es eine Institution betrifft, die sie als ihre eigene ansieht. Es ist auch ins Treffen geführt worden, daß wir die Mittel der Landwirtschaft nicht gönnen und daß wir mit unserem Verlangen die Aufgaben, welche die Landwirtschaftskammer als Nachfolgerin des Landeskulturates zu erfüllen hat, beeinträchtigen und schmälern würden. Davon war natürlich keine Rede, denn wir haben nichts anderes verlangt, als daß man dem Gesetz Genüge tut. Wenn man von Demokratie spricht und häufig beteuert, daß einem nichts anderes mehr am Herzen liegt als die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, dann wäre es wohl selbstverständlich gewesen, daß man sich auch um diese Sache herum nicht gedrückt hätte. Der zuständige Referent, Herr Landesrat Waltner, hätte eben von Haus aus erklären müssen, daß er sich restlos auf den Boden des Gesetzes stellt. So haben wir aber die Dinge ganz anders erlebt und es ist gewiß sehr bedauerlich, daß wir sie hier im offenen Hause kritisieren müssen.

Wenn wir den Voranschlag einer Überprüfung unterziehen, ob er den Bedürfnissen des niederösterreichischen Volkes auch wirklich und restlos entspricht und ob er den Nöten des Volkes, so weit sie die Landesregierung beeinflussen kann, auch wirklich gerecht wird, so kommen wir dabei zu ganz sonderbaren Erkenntnissen.

Der Herr Landesrat Müllner hat die einzelnen Kapitel aufgezählt und erklärt, wie er sie versteht, das heißt, wie er sie in bezug auf ihre Einflußnahme auf den Voranschlag wertet. Ich möchte dazu folgendes sagen. Wir Sozialisten sind der Überzeugung, daß zwar die gesetzlichen Verpflichtungen, die das Land zwangsläufig zu erfüllen hat, in diesem Vor-

anschlag im großen und ganzen erfüllt werden. Aber wird sind auch davon überzeugt, daß man doch zu wenig den Dingen Rechnung getragen hat, nach denen das Volk am allermeisten verlangt.

Sehen wir uns beispielsweise das Problem der Wohnungsnot an. Ich glaube nicht, daß irgend jemand in Niederösterreich darüber befriedigt ist, wenn heute gesagt wurde, daß es möglich sein werde, in kurzer Zeit den Bau der tausendsten Wohnung zu fördern. Die Art dieser Förderung ist an und für sich schon bezeichnend und wir sind der Meinung, daß die „Vielheit der Förderung“ — um wieder mit den Worten des Herrn Finanzreferenten zu sprechen — durchaus nicht immer zweckentsprechend ist und daß damit dem unbedingt notwendigen Bedürfnis und der Absicht der ganzen Wohnbauförderung, nämlich die Wohnungsnot zu beseitigen, nicht entsprochen wird. Wir müssen leider feststellen, daß schon jetzt die Kredite mit einer gewissen Leichtfertigkeit vergeben und die Förderungsbeiträge an Leute gegeben werden, von denen wir überzeugt sind, daß sie sich das Bauen selbst leisten können. Auf diese Weise wird kein einziger Wohnungsloser von den Wohnungsämtern aufgesaugt, sondern diese Art der Wohnbauförderung wird von den betreffenden Bewerbern wahrscheinlich nur dazu benützt werden, um sich ihr eigenes, ohnedies schon bequemes Wohnen noch bequemer zu machen. Das halten wir für eine Vergeudung von öffentlichen Mitteln. Angesichts des Umstandes, daß heute die Wohnungsnot einen ungeheuer wichtigen Faktor darstellt, sollte man gerade auf diesem Gebiete mit größter Sachlichkeit und Gewissenhaftigkeit ans Werk gehen. Daß die Mittel, über die das Land Niederösterreich verfügt, beschränkt sind, gebe ich ohne weiteres zu. 14½ Millionen Schilling — das sind viel weniger, als wir im Jahre 1950 gehabt haben — werden natürlich nur ausreichen, die Wohnungsnot nur ganz wenig zu lindern; denn vergessen Sie nicht, daß die Baukosten im Laufe des heurigen Jahres neuerlich gewaltig gestiegen sind und daß daher mit diesen 14½ Millionen faktisch nur sehr wenig geleistet werden kann. Die Hoffnung des Herrn Finanzreferenten, daß es wahrscheinlich irgendwie möglich sein werde, weitere Kredite für das Finanzjahr 1950/51 aufzutreiben, um weitere Mittel dem Wohnbau zur Verfügung zu stellen, reicht meines Erachtens nicht aus. Die vielen tausenden Wohnungsuchenden in diesem Lande empfinden es als ein selbstverständliches Recht, daß ihnen die Gesellschaft zu einer Wohnung verhilft, und gegen diese elementare Forderung der breiten Schichten der Bevölkerung kann sich niemand stellen, wenn er nicht die heute ohne-

dies so problematische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Gefahr bringen will.

Meines Erachtens ist das Wohnbauproblem eine Frage, der eine ganz große Bedeutung zukommt, ja neben der Frage der Vollbeschäftigung vielleicht die größte Bedeutung. Ob es möglich sein wird, mit einem Betrag von 14½ Millionen dieser bedeutungsvollen Frage gerecht zu werden, das möchte ich sehr bezweifeln. Es wäre meines Erachtens nach sehr notwendig, daß sich der Finanzreferent ernstlich den Kopf darüber zerbricht, ob er es nicht durch eine ganz großzügige Erfassung aller Mittel auf weite Sicht hinaus ermöglichen könnte, diesen Menschen doch zu einer Wohnung zu verhelfen. Das Land muß hier einspringen, wenn die Gemeinden allein das nicht zuwege bringen.

Es wurde heute schon von mehreren Seiten darauf verwiesen, daß das Land Niederösterreich vom Bund wiederholt stiefmütterlich behandelt worden ist. Es wäre daher heute schon zeitgemäß, wenn man dafür Sorge trägt, daß das Land Niederösterreich bei den Zuweisungen von Mitteln, die der Bund für die Wohnbauförderung des Jahres 1951 zur Verfügung stellt, in höherem Maße, als das bisher geschehen ist, bedacht wird, damit in diesem Lande auf dem Gebiete des Wohnungsbaues eine merkliche Erleichterung eintritt. Die nahezu 20.000 Wohnungsuchenden im Lande Niederösterreich sind bei weitem nicht alle, die dringend eine Wohnung brauchen. Gehen Sie doch von Stadt zu Stadt in die Hinterhöfe und gehen Sie in die Dörfer hinaus, auf Gutshöfe und dorthin, wo Inwohner wohnen, und Sie werden feststellen, daß heute noch viele zehntausende Familien in einer geradezu oft unmenschlichen und unwürdigen Art wohnen müssen; und diese, die so wohnen, sind unter diesen nahezu 20.000, die keine Wohnung haben, nicht erfaßt. Über diese 20.000 hinaus gäbe es also noch sehr, sehr viele, die genau so dringend eine Wohnung brauchen wie die, die heute überhaupt nur als Untermieter bei einer anderen Familie untergebracht sind.

Das soziale Wohnungsproblem ist heute auf der Tagesordnung. Es kann mit politischem Abscheu oder Schrecken vor einer neuen Idee, die sich da durchzusetzen beginnt, nicht bekämpft werden. Der soziale Wohnungsbau wird sich durchsetzen müssen, denn nur wirklich er allein gibt den Ärmsten der Armen die Möglichkeit, zu einer Wohnung zu kommen. Ich weiß schon, daß die anderen Dinge durchaus nicht abzulehnen sind, wie die Unterstützung des privaten Wohnungsbaues, insoweit es sich um Einfamilienhäuser oder um Siedler handelt, von mir aus auch Wohnungseigentumsbau, wenn er wirklich etwas Zweck-

dienliches als Ergebnis hat. Aber die Allermäßigsten sind weder imstande zu siedeln, noch sich am Wohnungseigentumsbau zu beteiligen. Und ich glaube, die Gebietskörperschaft, hier das Land Niederösterreich, hätte die Verpflichtung, gerade diesen Menschen zuerst und vor allem zu helfen. Da kommen Sie über den sozialen Wohnungsbau nicht hinweg, von mir aus, wenn Ihnen das Wort sozial nicht paßt, lassen Sie es weg, aber Wohnungen für diese Ärmsten im Lande müssen geschaffen werden, und zwar mit Mietzinsen, die für sie erträglich sind, weil ja heute die Einkommensverhältnisse noch weit, weit zurückstehen, als daß man von Goldmietzinsen, dem letzten Traum der Hausherrn, noch reden könnte.

Der Wohnungsbau ist also für Niederösterreich eine wichtige Sache. Verschärft worden ist diese Notlage durch die großen Zerstörungen, die auf dem Sektor der Wohnhäuser in Niederösterreich entstanden sind, und durch den Umstand, daß der Wiederaufbau in Niederösterreich nur besonders zaghaft und langsam vorwärtsschreitet. Die Mittel, die bisher ausgegeben worden sind, sind nicht in dem Maße für Niederösterreich geflossen, als wir das Recht gehabt hätten, sie in Anspruch zu nehmen. Ich bitte daher den Herrn Finanzreferenten sehr, dafür Sorge zu tragen, daß die Mittel des Bundes, soweit sie im nächsten Jahre für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden, auch so fließen, daß in Niederösterreich auch tatsächlich eine Milderung der Wohnungsnot eintritt.

Dazu kommt, daß wir ja auch eine zweite große Verpflichtung übernehmen müssen, wenigstens teilweise mitzuhelfen, die Vollbeschäftigung zu sichern. Die Arbeitslosenziffern sind in den letzten Wochen beängstigend angestiegen. Gewiß, sie sind teilweise saisonbedingt, weil eben jetzt alle Arbeiten langsam eingestellt werden müssen.

Es fragt sich aber, ob es wirklich nur lauter solche Arbeitslose sind, die in saisonbedingten Betrieben arbeiten; es hat vielmehr den Anschein, daß auch auf vielen anderen Gebieten ein Nachlassen der Beschäftigung Platz greift. Daher ist es notwendig, daß wir die Zeit der Arbeitslosigkeit für die Arbeiterschaft verkürzen und schon jetzt in den Wintermonaten alle Vorbereitungen treffen, damit zu Beginn des neuen Jahres — sagen wir anfangs März — sofort die Arbeitslosen wieder in Beschäftigung gebracht werden können. Da muß man sich natürlich schon jetzt daranmachen, damit die vorgesehenen Projekte dann auch wirklich durchgeführt werden können. Vor kurzem haben wir von einem Winterbeschäftigungs-, von einem Winterbauprogramm gehört. Ich schaue aber vergebens aus und finde in Nieder-

österreich kaum etwas, von dem man sagen könnte, daß es ein wirksames Mittel wäre, um größere Arbeitermassen beschäftigen zu können. Wenn also diese Sache schon fehlgeschlagen ist, so ist es eben jetzt unsere Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß wir schon zeitlich im Frühjahr, wenn es die Witterungsverhältnisse zulassen, mit den Bauarbeiten beginnen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl hat bei einer anderen Gelegenheit sich geäußert, daß er schon am 1. Jänner mit den Straßenbauarbeiten beginnen wird. Nun am 1. Jänner wird es voraussichtlich gefroren sein und sehr viel Schnee liegen; da wird es also gut sein, zunächst den Schnee von den Straßen wegzuräumen. Wenn er aber seine Mitteilung so gemeint hat, daß am 1. Jänner, also von dem Tag an, wo die für diesen Zweck im Voranschlag vorgesehenen Mittel zur Verfügung stehen, die Vorarbeiten getroffen werden, dann bin ich mit seinen Ausführungen einverstanden, denn dann wird auch etwas Zweckmäßiges geleistet werden können. Es darf nämlich dabei nicht übersehen werden, daß in den letzten Jahren und auch heuer, man könnte viele Beispiele davon anführen, es Sommer und Frühherbst werden wird, bis bestimmte Arbeiten tatsächlich durchgeführt werden. Ich kann momentan nicht untersuchen, ob das auf mangelnde Planung oder auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die notwendigen Geldmittel nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden konnten. Jedenfalls hört man immer und sieht es auch praktisch, daß meistens bereits der Mai im Lande ist, ehe mit den Arbeiten begonnen wird und daß man von Glück reden kann, wenn endlich im August mit voller Kraft gearbeitet wird. Hier wäre es sehr wünschenswert, wenn man die stillen Wintermonate zu den Vorarbeiten benutzen würde, damit dann die Arbeitslosen möglichst rasch und rechtzeitig bei den Arbeiten eingesetzt werden können.

Eine zweite Frage, die für uns von Bedeutung ist, ist die Stellung der Gemeinden Niederösterreichs zum Lande. Herr Landesrat Müller hat in seinen Ausführungen bei der Einleitung des Budgets heute eine Bemerkung gemacht, die jeden, der die Kommunalverwaltung kennt, mehr als überrascht hat. Er hat nämlich gemeint, daß die Verhandlungen mit dem Bund so gestanden sind, daß das Land verschiedene Verpflichtungen wohl übernehmen wollte, aber diese vom Lande übernommenen Verpflichtungen dann auf die Gemeinden abwälzen werde. Darf ich bei dieser Gelegenheit erklären, daß eine so einfache Art und Weise, neue Verpflichtungen des Landes einfach auf die Gemeinden abzuwälzen, absolut unmöglich ist! Ich glaube, daß jeder, der die großen

Schwierigkeiten der Kommunalverwaltung kennt, dies nicht zugeben kann. Wenn die Anteile der Gebietskörperschaften an den gemeinsamen Abgaben diskutiert werden, dann darf man nicht immer einfach sagen, den Gemeinden soll man noch mehr Lasten auferlegen, als sie schon bisher haben. Ich glaube, daß dieser bequeme Weg, die Gemeinden, die den geringsten Widerstand darstellen, einfach mit Ausgaben zu überlasten, damit sich Bund und Länder auf einer Linie treffen, die für beide günstig und gut ist, auf keinen Fall besritten werden kann. Unsere Gemeinden sind ohnehin schon durch das ihnen auferlegte Notopfer sehr hart getroffen. Man hört wohl diesen Namen nicht gern und hat daher dafür einen anderen gewählt, nämlich das Bundespräzipuum. Dieses ist aber in Wirklichkeit nur die Fortsetzung des Notopfers und bringt den Gemeinden bei ihren Einnahmen harte Ausfälle. Es gibt bereits heute schon viele Gemeinden, die von den Ertragsanteilen praktisch keinen Groschen erhalten. Wenn alle Abzüge, beginnend beim Notopfer über die Landesumlage, Fürsorgebeträge, Schulklassenabgabe — heuer kommt dazu noch der 10%ige Abzug von der Gewerbe- und Grundsteuer —, zusammenaddiert werden, dann kommt Null heraus oder die Gemeinden bekommen einen so lächerlich geringen Betrag, mit dem sie überhaupt nichts anfangen können. Ich habe erst vorigen Sonntag Gelegenheit gehabt, einige Voranschläge größerer niederösterreichischer Gemeinden durchzusehen; dabei mußte ich feststellen, daß diese Gemeindeverwaltungen ganz mit Recht sagen, man soll ihnen alles das lassen, was sie an Steuern bekommen, dann könnten sie damit etwas ganz anderes leisten, als es ihnen heute möglich ist. Ich glaube daher, daß man gar nicht daran denken und davon überhaupt nicht sprechen sollte, daß es vielleicht möglich sein wird, den Gemeinden im Überwälzungsverfahren neue Opfer aufzulasten, denn die Gemeinden haben ohnehin schon große Sorgen bei ihrer Verwaltung.

Wir haben uns in den letzten Tagen auch damit beschäftigt, was die Städte tun sollen, die ein eigenes Krankenhaus führen. Die Bemühungen, das große Defizit der Krankenhäuser auf eine breitere Basis aufzuteilen, sind bisher ganz umsonst gewesen. Es ist und bleibt dabei, daß die Gemeinden — wenigstens bis zum Jahre 1950 — den ganzen Betriebsabgang aus eigenen Mitteln bezahlen müssen. Das ist gewiß ein schreiendes Unrecht, denn wir wissen ja alle, daß in den Städten, in denen sich das Krankenhaus befindet, höchstens ein Drittel der Patienten aus der betreffenden Stadt stammt, während die überwiegende Mehrzahl der Patienten aus den umliegenden Gemeinden

zuströmt, die aber zu den Abgängen des Krankenhauses nichts beizutragen haben. Wir hören wohl jetzt, daß es im Jahre 1951 besser gemacht werden soll, indem nämlich wenigstens ein Teil des Abganges bei der Berechnung der Ertragsanteile Berücksichtigung finden soll. Ich kenne den Gesetzestext noch nicht, denn man ist vorläufig nur auf Berichte und Zeitungsnachrichten angewiesen. Es steht jedenfalls fest, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß, denn dieses Fortwursteln, dieses ständige Aufhalsen eines großen, wahrscheinlich bleibenden Defizites auf einzelne Gemeinden kann nicht mehr länger gerechtfertigt werden. Herr Landesrat Müllner hat gemeint, daß die Landesverwaltung in der Zukunft nicht daran denken kann, auch nur einen Teil dieses Betriebsabganges zu übernehmen. Wir könnten da gleich in Erinnerung bringen, daß es schon früher eine Gesetzbestimmung gegeben hat, wonach das Land verpflichtet gewesen ist, von dem einwandfrei festgestellten Betriebsabgang der Krankenhäuser drei Achtel zu tragen. Ich weiß nicht, ob es glücklich ist, wenn das Land auf seinem Standpunkt stehen bleibt, denn ich bin der bestimmten Meinung, daß man den wenigsten Städten Niederösterreichs zumuten kann, daß sie allein diese Opfer tragen. Es wird daher unbedingt notwendig sein, daß man hier zu einer entsprechenden Regelung kommt. Es mag hier mehrere Möglichkeiten geben, eines steht aber fest: den Gemeinden, die ein Krankenhaus führen, kann man gewiß nicht zumuten, daß sie auf die Dauer die Abgänge ganz allein bezahlen. Will man vielleicht den armen Teufeln, die krank sind und daher ein Krankenhaus aufsuchen müssen, das Leben noch härter gestalten, indem sich die eine oder andere Krankenanstalt so weit einschränkt, daß man von einer vollwertigen Hilfe überhaupt nicht mehr reden kann? Soweit darf man die Dinge gewiß nicht auf die Spitze treiben und ich halte es daher für sehr zweckmäßig, diese Sorgen von den Schultern der Gemeinden wegzubringen.

Wenn seitens des Herrn Finanzreferenten angekündigt wird, daß das Land für den Ausbau der Krankenhäuser in Zukunft keinen Zinsendienst mehr übernehmen wird, sondern daß es sich darauf beschränken wird, einmalige Subventionen zu geben, so ist hierzu zu sagen, daß dies natürlich nur dann zweckmäßig sein wird, wenn man hierbei planvoll vorgeht. Man darf zum Beispiel die Sache nicht so einseitig machen, daß man nur an Neubauten denkt, sondern man muß bedenken, daß es Spitäler im Lande gibt, die nicht mehr vergrößert werden brauchen, die aber wichtige und unumgänglich notwendige, ich möchte fast sagen unaufschieb-

bare Umbauten oder Umgestaltungen machen müssen, deren Kosten beim besten Willen in den Voranschlägen der Spitäler und auch in den eigenen Budgets der Gemeinden nicht untergebracht werden können. Es wäre daher zweckmäßig, daß die Mittel, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden, auch für solche Vorhaben bereitgestellt werden, damit die bestehenden, oft sehr alten Krankenhäuser modernisiert werden können. Dann erst werden sie den heutigen hygienischen Bedürfnissen restlos entsprechen. Wenn das geschieht und nicht vielleicht gar zu kleine und unbedeutende Beträge zur Verfügung gestellt werden, dann kann man sich damit einverstanden erklären, wenn der Herr Finanzreferent vorschlägt oder beabsichtigt, in Zukunft diesen Weg zu gehen.

Wir haben noch ein anderes Kapitel, das uns viele Sorgen bereitet, das ist die Frage der Schule. Nun die Frage der Bezahlung der Lehrergehälter ist ja eine Frage, die von den verschiedensten Warten aus betrachtet werden kann. Wir haben heute einige Zahlenspiele gehört, wie sich das in den verschiedenen Ländern des Bundes auswirkt. Das gebe ich ohne weiteres zu; aber unberührt neben diesen großen Sorgen der Länder bleibt immer noch die Sorge der Gemeinden, für diese Schulen vorzusorgen. Die Schulhäuser sind heute, wie das Bauen überhaupt, eine sehr kostspielige Angelegenheit, und es ist heute unbestritten, daß es sehr viele Gemeinden gibt, die nicht in der Lage sind, ihre Schule so auszugestalten, wie es die Kinder dieses Landes nach dem Krieg und nach den Entbehrungen, die sie erlitten, unbedingt beanspruchen können. Gewiß, es geschieht in diesem Lande unendlich viel. Mir ist vor kurzem gesagt worden, daß in den Jahren von 1918 bis 1938 in ganz Niederösterreich nur zwei Schulen gebaut worden sind und daß von 1945 bis heuer 40 Schulen teilweise neu gebaut wurden und teilweise in Bau sind. Hier wirkt sich vor allem segensreich der Landesschulbaufonds aus, und es ist gewiß eine große kulturelle Leistung, wenn seit Beendigung des Krieges 40 Schulen gebaut wurden oder in Bau sind, wo wir doch wissen, daß in den ersten drei Jahren wegen Mangels an Baustoffen auf dem Gebiete überhaupt fast nichts unternommen werden konnte. Aber mit den Schulen, die jetzt in Bau sind, ist die Schulnot noch lange nicht behoben. Es gibt Schulen — ich verweise da auf meine Stadt —, wo von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends unterrichtet wird. Das ist schlecht, das macht bei den Kindern den halben Lehrerfolg zunichte. Das ist für die Eltern, vor allem für die Mütter, die in Arbeit stehen, eine Aufgabe, von der sie nicht wissen, wie sie sie lösen sollen.

Wenn diese Schulklassen immer voll sind, ist das natürlich auch vom hygienischen Standpunkt mehr als abzulehnen. Ja, es gibt sogar Klassen, die als Wanderklassen bezeichnet werden, die alle Stunden oder zwei Stunden in einem anderen Klassenzimmer sitzen und dort ihren Unterricht abhalten. Ich bin kein Lehrer, aber wir haben ja genug Lehrer im Hohen Hause, und die werden mir zugeben, daß diese Form der Führung des Unterrichtes nicht zweckmäßig ist, daß vieles an Konzentration bei den Schülern verlorengeht und dadurch der Unterrichtserfolg oft sehr in Frage gestellt wird.

Was ich damit sagen will, ist, daß das Land Niederösterreich den Bau von Schulen mit viel höheren Beträgen fördern müsse, als sie im Voranschlag enthalten sind. Denn ich bin der Meinung, daß es ganz ausgeschlossen ist, auf diesem Gebiete etwa zu sparen. Neben der Ausbildung der Schüler ist ja auch die gesundheitliche Seite zu beachten. Wenn wir Schulklassen haben, also Räume, in denen die Kinder nur drei, vier oder fünf Stunden hindurch sitzen müssen, was vom gesundheitlichen Standpunkt und auch nach jeder Richtung hin einwandfrei ist, so werden wir viele andere Ausgaben, die wir für kranke Kinder aufwenden müssen, in Zukunft ersparen können.

Ich würde daher sehr bitten, so sehr wir die Leistungen des Landes Niederösterreich auf diesem Gebiete anerkennen, daß man sich bemüht, den Ausbau der Schulen noch mehr zu fördern, als das bisher der Fall gewesen ist.

Es muß bei dieser Gelegenheit leider auch gesagt werden, daß es in Niederösterreich Schulen gibt, die sich einer besonderen Gunst der Landesverwaltung erfreuen. Ich denke da an die bäuerlichen Berufsschulen. Ich habe mir erlaubt, aus dem vorgelegten Budget Zahlen herauszuschreiben und sie mit der Schüleranzahl zu vergleichen, welche schon im Vorjahre sehr niedrig war und die heuer nach den Berichten, wie ich sie heute wieder gehört habe, noch niedriger sein soll. Ich konnte daraus entnehmen, daß in einem Fall ein einziger Schüler dem Lande auf mehr als 19.000 S zu stehen kommt. Das, glaube ich, ist absolut unrentabel und kann auch gegenüber den Steuerträgern nicht vertreten werden. Hier wäre doch eine Einsicht und eine Umkehr notwendig. Legen Sie das, bitte, nicht so aus, als ob ich gegen die bäuerlichen Fortbildungsschulen oder überhaupt gegen das bäuerliche Fachschulwesen eingestellt wäre. Davon kann keine Rede sein. Ich weiß genau, daß die erste Voraussetzung zu einer wirksamen Hebung der landwirtschaftlichen Produktion die individuelle Ausbildung der bäuerlichen Jugend auf allen Gebieten des Lebens und im besonderen in den

Fachfragen der Landwirtschaft ist. Aber ich weiß nicht, ob die ganze Schulorganisation, beginnend vom Unterrichtsplan, so beschaffen ist, daß die aufgewendeten Mittel auch wirklich den Effekt auslösen, den wir mit Recht erwarten können. Die bäuerliche Berufsausbildung hoch in Ehren, sie soll meinerwegen gesteigert werden, ja sie soll soweit gesteigert werden, daß sie den heutigen, ganz geänderten landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen auch voll und ganz entspricht. Aber ich glaube, sie muß doch so geführt werden, daß nicht so ein krasses Mißverhältnis entsteht, wie ich es vorhin genannt habe. Hier glaube ich, müßte man von Grund auf das ganze Problem erfassen, man müßte versuchen und sich genau überlegen, wie diese Dinge, die da geschaffen wurden, auszunützen sind, daß sie zu einem vollen Erfolg führen. Ich glaube, die Fehler beginnen nicht nur beim Unterrichtsplan, sondern sie liegen auch darin, wie und wo man diese landwirtschaftlichen Schulen führt. Ich glaube, daß hier schwere Fehler unterlaufen sind und daß man doch nicht immer die Ausbildung der bäuerlichen Jugend im Auge hat, sondern daß verschiedene lokale Wünsche und Bestrebungen maßgebend sind, wo eine Schule geführt wird.

Ich möchte auf diese Dinge nur aufmerksam machen, weil es meiner Meinung nach sehr zweckmäßig und notwendig wäre, auf diesem Gebiete nach dem Rechten zu sehen.

Die einzelnen Kapitel des Voranschlages, die ich jetzt nur auszugsweise wiedergegeben habe, würden noch Gelegenheit geben, sehr verschiedene Auffassungen zu vertreten. Wir nehmen aber an, daß wirklich der Versuch unternommen worden ist, die vorhandenen Mittel so auszugeben, wie es, wenigstens im großen und ganzen, den Bedürfnissen des Landes entspricht. Mit welchen Mitteln dies voll und ganz erreicht wird, ist aber Auffassungssache. Es ist Sache der Mehrheit, das Budget so zu gestalten, wie sie es für zweckmäßig hält. Wir stellen jedoch die selbstverständliche Forderung, daß die Wünsche der arbeitenden Menschen, die wirklich den größten Teil aller Landeseinnahmen aufbringen, entsprechend berücksichtigt werden, daß man diesen Menschen hilft, und zwar dort, wo sie nicht imstande sind, sich selbst zu helfen. Es muß dies aber auch in einer Form geschehen, daß die Bevölkerung des Landes spürt, daß sich der Landtag Niederösterreich, von dem man im Lande draußen oft eine ganz eigentümliche Meinung hat, wirklich ernstlich vorgenommen hat, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, damit dem Lande Niederösterreich gedient ist. Die im Budget gestellten Anträge sind ebenfalls meines Erachtens nach vom Standpunkt einer



demokratischen Verwaltung durchaus nicht zu begrüßen. Ich weiß nicht, warum man sich so darauf versteift, daß man der Landesregierung verschiedene Ermächtigungen gibt. Ich glaube vielmehr, die ganze Landesverwaltung und Gesetzgebung, aber auch das Ansehen des Landtages würden auf ein wesentlich höheres Niveau gebracht werden, wenn notwendige Veränderungen im Laufe des Jahres nicht im stillen Kämmerlein der Landesregierung, sondern vom Landtage selbst beschlossen werden würden. Wenn die Dinge in aller Öffentlichkeit aufgezeigt, besprochen und natürlich auch vom zuständigen Referat begründet würden, hätte der Landtag Gelegenheit, bei nachgewiesener Notwendigkeit den Anträgen der Referenten zuzustimmen. Sich aber am 31. Dezember für ein ganzes Jahr eine Reihe von Ermächtigungen geben zu lassen, halte ich absolut nicht für glücklich und glaube auch, daß dieses Vorgehen im Interesse einer streng überprüften Landesverwaltung nicht zweckmäßig ist.

Die Form der Bestimmung des Punktes 3, wie man Abgänge des ordentlichen Voranschlages deckt, ist wirklich so, daß man sich fragen muß, ob es überhaupt zweckmäßig ist, an einzelnen Abschnitten oder Unterabschnitten festzuhalten. Wenn man dann weiter liest, daß eine gegenseitige Deckungsfähigkeit durch einfache Beschlüsse der Landesregierung hergestellt werden kann, dann kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß man das auch einfacher machen könnte, nämlich so: Wir haben im Budget insgesamt neun Gruppen; geben wir also jeder Gruppe so und so viel und schenken wir der Landesregierung das Vertrauen, daß sie die vorgesehenen Beträge auch richtig aufteilen und verwenden wird. Die bisherige Entwicklung hat aber dazu geführt, daß man im Budget eine Reihe von Ermächtigungen vorsieht. Man liest da wiederholt: Die Landesregierung wird ermächtigt usw. Ich glaube, ich habe mich nicht verzählt, aber in dem Beschlusantrag sind nicht weniger als vier solche Ermächtigungen enthalten.

Die Lösung der niederösterreichischen Probleme durch den nö. Landtag ist die wichtigste Aufgabe, die er zu erfüllen hat. Wir haben ja in erster Linie das Landesinteresse restlos wahrzunehmen. Wenn wir auch dem Bund das geben müssen, was des Bundes ist, und wenn wir auch nicht in einseitige Länderkrämerei verfallen wollen, so glauben wir doch, daß seitens der Landesregierung mehr als bisher versucht werden muß, für das Land Niederösterreich von dem, was im Gesamten einkommt, mehr zu bekommen, als das bisher der Fall gewesen ist. Herr Landesrat Müllner hat

es nämlich so dargestellt, daß wir heute die Kostgänger an dem Steueraufkommen der anderen Bundesländer sind. Das zeigt die ganze Armut unseres Landes, das zeigt aber auch, daß wir mit einer besonderen Gewissenhaftigkeit nichts, aber schon gar nichts ausgeben dürfen, was wir nicht unbedingt notwendig brauchen. Wir müssen weiter trachten, daß die Bundesregierung es endlich versteht, daß dieses Land, das auf die wichtigsten Bestandteile seiner Wirtschaft heute verzichten muß und daher seine Wirtschaft der gesamten österreichischen Wirtschaft nicht dienstbar machen kann, nicht das Aschenbrödel unter den österreichischen Bundesländern sein darf. Aus diesem Grunde vertreten wir die Auffassung, daß in dieser Beziehung noch viel geschehen muß. Wir sind weiter auch der Meinung, daß wir als niederösterreichischer Landtag die Verpflichtung haben, alles aufzuzeigen, was dem Auf- und Ausbau des Landes Niederösterreich dienlich ist.

Das uns heute vorliegende Budget ist ein Budget der Armut, das kann man ruhig sagen, es gibt nur überall einen Tropfen auf viele heiße Steine, die es in diesem Lande gibt. Wir müssen aber meiner Meinung nach dem niederösterreichischen Volke zeigen, daß wir wenigstens guten Willens sind. Unsere Arbeit wird von der Bevölkerung nur dann anerkannt werden, wenn wir alles tun, was in unseren Kräften steht und wenn wir in strenger Objektivität stets nur die Landesinteressen im Auge behalten. Wir müssen daher alles zurückstellen, was von der Bevölkerung nicht verstanden werden könnte. Die Menschen wollen ja sehen, daß von uns wirklich etwas geleistet wird, weil sie wissen, daß es nur dann, wenn alle Kräfte im Lande angespannt werden, möglich sein wird, aus dem Notstand herauszukommen. Wir können wohl noch keine selbständige Politik machen, denn wir haben keinen Staatsvertrag, wir haben noch die Besatzung im Lande und haben daher verschiedene wirtschaftliche Schwierigkeiten; das niederösterreichische Volk will aber leben und die Lebensbedingungen müssen eben wir schaffen. Die Bevölkerung fragt nicht, warum das so ist. Das niederösterreichische Volk hat das Recht, von der Landesregierung die notwendigen Lebensbedingungen zu fordern und der Landtag muß alles tun, um diese berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen.

So liegt nun der Voranschlag vor uns. Es sind zwei große Bücher, deren Inhalt wir jetzt durchberaten, und es muß dann die Aufgabe der Landesverwaltung sein, sie mit pulsierendem Leben zu erfüllen. Hoffen wir, daß dieser Voranschlag der letzte ist, der uns in diesem Notstand trifft, damit wir der niederöster-

reichischen Bevölkerung endlich sagen können, daß für sie die Zeit des Leidens vorbei ist und daß es uns gelungen ist, nunmehr für das Volk hier im nö. Landtag in Zukunft besser zu sorgen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT: Als nächstem Redner zur Generaldebatte erteile ich dem Herrn Abgeordneten Z a c h das Wort.

Abg. Prof. ZACH: Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Landtages von Niederösterreich! Wir stehen am Ende des Jahres 1950 und gleichzeitig vor dem Ende der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Was diese erste Hälfte des 20. Jahrhunderts unserem Volke und Vaterlande gebracht hat, ist zutiefst in die Herzen, ich möchte fast sagen, auch in die Gesichter unserer Bevölkerung, die diese beiden Weltkriege mitgemacht hat, eingegraben. Diese Tatsache müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir in objektiver Weise zu diesem Voranschlag Stellung nehmen wollen. Es muß uns immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden, was alles hinter uns liegt. Ich habe schon einmal den Vergleich gemacht, daß nicht nur unser Land Niederösterreich, sondern unser gesamtes Vaterland einem bis auf die Grundmauern ausgebrannten Bauernhof gleicht, in dem das Vieh erstickt, die Maschinen verbrannt sind und die Bauersleute darangehen müssen, wieder ganz von vorne anzufangen und sich eine neue Wirtschaft aufzubauen. Denn es ist ja wirklich so, daß Kriegs- und Nachkriegszeit besonders unserem engeren Heimatland so tiefe Wunden geschlagen haben, daß zweier Generationen Arbeit nicht imstande wäre, diese Wunden zum Heilen zu bringen. Und wir schicken uns an oder stellen uns zumindest so, als dürften wir innerhalb von fünf Jahren in der Lage sein, diese Schäden gutzumachen. Ja, es wäre wirklich wünschenswert, weil unser Volk so viel erduldet hat. Aber hier könnten nur Wunder helfen. Und an Wunder will ja unsere Zeit nicht mehr glauben. Warum will man aber gerade in wirtschaftlicher Beziehung an Wunder glauben? Da scheint mir ein Widerspruch zu sein.

Ich will es vermeiden, Zahlen, die schon zwei- oder dreimal genannt wurden, zu wiederholen, ich will nur in großen Zügen zum Voranschlag Stellung nehmen. Da wurde kritisiert und die Frage aufgeworfen, warum vom ordentlichen Voranschlag 27,5 Millionen Schilling in den außerordentlichen übergeführt wurden und warum man trachtet, in beiden Voranschlägen einen Abgang zu konstruieren. Ich stelle die Gegenfrage: Hätte sich ein kleinerer oder größerer Abgang ergeben, wenn man nur einen einheitlichen Voranschlag ge-

macht hätte und in diesen die gleichen Beträge eingesetzt hätte? Ich glaube, daß sich in diesem Falle der Herr Finanzreferent viel leichter getan hätte, weil er dann von diesem einen Voranschlag, vom jetzigen ordentlichen und außerordentlichen, 15% hätte sperren lassen können, damit eben der Abgang nicht über den Rahmen des Möglichen hinausgeht. Was heißt, der Abgang geht über den Rahmen des Möglichen hinaus? Das hieße, daß wir uns jetzt in den Kopf setzen würden, soviel Schulden zu machen, daß wir in einigen Jahren nichts mehr anderes tun könnten, als Tilgungsraten und Zinsen für Darlehen zu zahlen. Das wäre eben — wie der Herr Finanzreferent ganz richtig gesagt hat — ein Sprengen des Voranschlages. Aber ich frage, was würde der Hohe Landtag sagen, wenn die Landesregierung bzw. das Finanzreferat die Vorsichtsmaßnahme nicht treffen würde, die Voranschlagskredite im Ausmaß der besagten Prozente zu sperren? Da würde dann wahrscheinlich ein Redner um den anderen aufstehen und sagen: Du, Landesregierung, du Finanzreferent, hast die pflichtgemäße Obsorge vernachlässigt, du hast zugesehen, wie das Land in eine Situation hineinschlittert, daß das Land jetzt Darlehen aufnehmen muß, wo man nicht einmal weiß, ob diese Gelder bei der jetzigen angespannten Kreditlage überhaupt zu bekommen sind. Wir müssen daher gerechterweise sagen, wir sind froh, daß diese Vorsichtsmaßnahmen in den Voranschlag eingebaut sind.

Der Herr Finanzreferent hat auch von einem notwendigen Abbau gesprochen und tief bedauert, daß das sein mußte. Aber wir können auch hier sagen, daß alle zuständigen Stellen alles aufgeboten haben, um die beim Lande Niederösterreich überzählig gewordenen Beamten in einen anderen Beruf überzuführen. Und da habe ich darauf gewartet, daß zumindest eine Anerkennung hierfür den zuständigen Stellen gezollt wird. Aber kein Wort davon. Und es scheint wirklich so, als würde man darauf aus sein, nur negative Kritik üben zu wollen. Kritik ist sicherlich ein Heilmittel, das anerkennen wir, aber mit einer Kritik müssen immer wieder positive Vorschläge verbunden sein. Denn es gibt für eine öffentliche Verwaltung kein besseres Mittel als eine Kritik. Wenn nun Herr Landesrat Genner gesagt hat, das Land Niederösterreich braucht nichts notwendiger als einen friedlichen Aufbau, dann sind wir hundertprozentig mit ihm eines Sinnes. Wir unterstreichen das. Ich glaube nicht, daß jemand unter uns ist, der diesen friedlichen Aufbau gestört hat oder auch nur die Absicht hat, ihn zu stören. Ich bin immer erschüttert, wenn ich das Wort „Hetze“

höre, besonders dann, wenn noch ein Wort davorgestellt wird. Ich bin aber auch der Meinung, daß gerade solche Reden, die angeblich dem niederösterreichischen Volke dienen sollen, dazu angetan sind, dem niederösterreichischen Volke den größten Schaden zuzufügen. *(Zustimmung bei der Volkspartei.)* Denn der Vorwurf der Hetze wird ja nicht nur gegen die Vertreter in diesem Hause, sondern gegen das ganze Volk erhoben, daher müssen wir fragen: Ist es wirklich die Absicht gewisser Herren, vom Frieden zu reden und damit eine Hetze selbst führen, die sie anderen vorwerfen? Ich habe es nicht glauben können; aber da in allen fünf Budgetberatungen, die wir in diesem Hohen Hause nach dem zweiten Weltkrieg abgeführt haben, die gleiche Walze gelaufen ist, müssen wir eben zur Überzeugung kommen, daß dies Absicht ist, daß man eben nicht will, daß unser Volk und unsere Wirtschaft zur Ruhe kommen und der Wiederaufbau in einer Weise fortschreitet, daß unser Volk damit zufrieden sein kann. Aber wir sind großzügig genug und sagen, auch diese Kritik hat noch einen Wert, weil wir davon überzeugt sind, daß unser Volk dadurch aufgerüttelt wird, allerdings in einer anderen Richtung, als es die Redner beabsichtigen.

Wenn nun gesagt wurde, daß früher noch Proteste gegen die Benachteiligung Niederösterreichs hier vorgebracht wurden, jetzt aber nicht, so sagen wir, die Kämpfe um die richtige Einschätzung Niederösterreichs und seine richtige Behandlung gehen weiter. Es ist eine Naturnotwendigkeit, daß in der Demokratie verschiedene Körperschaften, die alle für sich das Beste wollen, darum ringen müssen, daß der andere Teil zu seinem Recht kommt. Auch uns wäre es lieber, wenn der Wiederaufbau Sache des Bundes wäre. Da könnten alle Herren, die hier versammelt sind, durch ihre Parteivertreter mitkämpfen, daß der Bund den Wiederaufbau übernimmt. Aber ich muß sagen, ich habe vergeblich darauf gewartet, das im Parlament zu hören. Es kämpft eben auch der Bund und der Finanzminister des Bundes darum, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen.

Es ist schmerzlich, daß viele Wünsche der Beamtenschaft nicht erfüllt worden sind, und es ist auch richtig, was der Herr Landesrat Genner sagt, daß das 4. Lohn- und Preisabkommen für die Arbeiter keinen Vorteil gebracht hat, aber auch keinen Vorteil für die Beamten und Angestellten, und er hat dann auch noch dazu gesagt, daß es auch für die Bauern keinen Vorteil bedeute. Wir wissen aber, daß auch der Berufsgruppe der Selbständigen dieses 4. Lohn- und Preisabkommen nichts Gutes gebracht hat. *(Abg. Dubovsky:*

*Wozu haben wir dann die Krot g'fress'n?)*

Die Krot haben wir gefressen, damit wir diesbezüglich langsam zur Einsicht kommen. Ich weiß schon, daß es unpopulär ist, aber wenn sich die Vertreter des Volkes nur darauf einstellen, das zu sagen, was augenblicklich populär ist, dann wird sich das nicht gerade günstig für unser Volk auswirken. Es ist unbestreitbar, daß alle Stände seit dem Jahre 1948 über die Verhältnisse gelebt haben. Es ist absolut richtig, daß die Hauptlast der Steuern die arbeitende Bevölkerung trägt. Wo aber wären denn die vielen Hunderttausende von Nichtarbeitern in Österreich? Ich wäre dankbar, wenn ich nur ein einziges Mal von den Rednern hören würde, wieviel Nichtarbeiter wir in Österreich haben. Produziert wird eben nur durch Arbeit und nur durch Arbeit werden die Produzierenden in die Lage versetzt, Steuern zu zahlen; es gibt keinen Staat auf der ganzen Welt, wo nicht die Arbeitenden — und da schließe ich alle ein — nicht die Hauptlast der Steuern tragen würden. Schauen Sie nach Osten, Westen, Norden oder Süden, überall ist der gleiche Zustand, weil eben nur durch Arbeit Wiederaufbau geleistet werden kann. Wir dürfen uns aber nicht allein auf den Wiederaufbau beschränken, sondern wir müssen uns auf allen Gebieten vervollkommen und verbessern, und zwar in einem noch besseren Ausmaß als vor dem Krieg, also zu einer Zeit, wo unsere Industrie und unsere gesamte Wirtschaft auf Hochtouren gelaufen ist. Damals ist nicht so viel geschaffen worden — wenn man durch die Straßen Wiens geht, sieht man das ganz deutlich —, als in den letztvergangenen fünf Jahren.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages, wir müssen uns bemühen, ganz gleich, ob von der heißesten Sonne oder von der größten Kälte geplagt, den harten, steinigen Weg zu gehen, um den Menschen in Österreich einen Ausblick zu gewähren. Unsere Aufgabe muß es sein, bei den Budgetberatungen nicht nur all das zu sagen, was noch nicht in Ordnung ist, sondern auch das zu sagen, was schon geschehen ist. Da kann aber ohne Überhebung festgestellt werden — das sagen nicht nur wir, sondern die ganze Welt hat das bereits festgestellt —, daß dieses Österreich auch in der Zeit, wo an Wunder nicht geglaubt wird, in seinem Aufbau ein Wunder vollbracht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denken wir nur daran, daß gerade die Arbeiterschaft in den Großstädten in den Jahren 1945 bis 1947 in der Früh mit leerem Magen zur Arbeit gegangen ist, ohne zu murren, weil sie gesagt hat, wir müssen durch, sonst geht die Gesamtheit zugrunde. Warum aber ist das möglich gewesen? Weil sie an

unsere Zukunft geglaubt hat! Diesen Glauben müssen wir unserer Bevölkerung vorleben und vorzeigen, dann wird dieses Volk den Weg weitergehen.

Wenn nun der Herr Landesrat Genner von einer Kriegsrüstung in Österreich spricht, dann sind wir schon mehr als erstaunt darüber. Vielleicht ist in Österreich ein kriegerischer Geist vorhanden, aber dann nur in dem Sinne, daß wir uns herauskämpfen wollen aus diesem Jammertal, um bald auf eigenen Füßen stehen zu können. Dieser Geist ist vorhanden und lebt im ganzen Volke, das sich sagt: Allen Hindernissen und Schwierigkeiten zum Trotz wollen wir durchhalten und uns durchkämpfen, bis die Freiheit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zur Gänze gegeben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Jawohl, dieser Geist ist da, und gottlob daß er nach fünf Jahren Drangsal und Knechtung noch vorhanden ist, ja, daß er noch gewachsen ist! Von Hetze aber wollen wir nichts wissen, weil das nicht nur Unvernunft, sondern Verbrechen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich will mich absichtlich über diesen Gegenstand nicht noch verbreitern, obwohl es wirklich verlockend wäre.

Wenn der Landesrat Genner behauptet, der Landtag würde im Jahre nur zweimal einberufen, dann wundere ich mich, denn er ist immer ziemlich rege bei der Sache und ich kann nicht annehmen, daß er während der anderen Sitzungen geschlafen hat oder daß er alle Sitzungen, wo positive Arbeit geleistet wurde, als keine Sitzungen bezeichnet, sondern nur diejenigen, wo eben darauf losgeschimpft, darauf losgehetzt und darauf losgenörgelt wurde. Da muß ich sagen, er hat recht, weil gewöhnlich nur einige Sitzungen im Jahre sind, wo ganz besonders vom Leder gezogen wird. Wenn er weiter sagt, Österreich ist ein Brückenkopf, dann sagt er uns absolut nichts Neues. Wir wissen, daß sich in diesem Österreich die Weltmächte getroffen haben und daß wir zu unserem Leidwesen diesen Brückenkopf abgeben müssen. Welche Erleichterung würde aber für diesen Brückenkopf eintreten, wenn nach Westen und nach Osten abgerüstet und diese Überbelastung des Brückenkopfes endlich aufhören würde! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn er weiter behauptet, statt Brücken hat man Brückenköpfe errichtet, so muß ich ihm sagen, daß dem ganz anders ist. Wir haben in Niederösterreich von Landes wegen heuer 40 Eisenbetonbrücken, 3 Behelfsbrücken und 2 Dauerbrücken mit einem Kostenbetrag von zusammen 4 Millionen Schilling gebaut. Von Bundes wegen wurden 9 Eisenbetonbrücken fertiggebaut und 13 sind noch in Bau. Das sind also insgesamt 67 Brücken, außer der Tullner Donaubrücke, die heuer gebaut bzw.

in Bau genommen wurden. Jetzt frage ich Sie, meine sehr verehrten Herren, nennen Sie mir ein Jahr in der Vorkriegszeit, in welchem so viele Brücken gebaut wurden! Ich bin schon deswegen dem Herrn Landesrat Genner dankbar, daß er solche Dinge behauptet, weil wir dadurch dazu veranlaßt werden, das, was tatsächlich geschehen ist, ins rechte Licht zu rücken. Er hat uns direkt aufgefordert, seine Behauptungen durch schlagende Beweise zu widerlegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Landesrat Genner hat auch gesagt, die Regierung habe dafür zu sorgen, daß Österreich nicht zum Objekt in der Weltpolitik werde. Nun, Jokele, geh du voran, du hast die größeren Stiefel an, müßte man sagen. Warum sagt uns Herr Landesrat Genner nicht, wie wir zum Subjekt der Politik werden könnten? Wenn er uns dieses Allheilmittel sagen könnte, wären wir ihm wirklich noch mehr dankbar, als wir es jetzt schon in diesen kleinen Dingen sind. Dieses kleine Österreich, von vier Besatzungsmächten besetzt, soll zum Subjekt der Politik werden! Vielleicht stellt sich das der Herr Landesrat so vor, daß wir wirklich handeln sollten, damit er die Möglichkeit hätte, zuzuschlagen. Nein, Herr Landesrat Genner, wir werden nicht zu diesem handelnden Subjekt, das Sie sich wünschen, sondern wir werden weiter mit Ruhe und Gelassenheit, aber in Festigkeit unser hartes Los so lange tragen, bis endlich der Zeitpunkt gekommen ist, wo uns die vollständige Freiheit wird.

Wenn nun der Herr Präsident Wondrak besonders Beschwerde über die Aufstellung des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlags geführt hat, so bin ich schon in meinen einleitenden Worten darauf zurückgekommen. Aber ich muß doch noch dazu sagen, daß ja dieser Voranschlag nicht von unserer Partei allein eingebracht wurde. Dieser Voranschlag wurde von der gesamten Landesregierung eingebracht, und zwar, wie ich unterrichtet bin, so, daß eben nach langwierigen Verhandlungen eine Mittellinie gefunden wurde. Wenn Schwierigkeiten gemacht worden wären, daß man so budgetiert, dann hätte man auch die andere Form wählen können, weil sich sachlich überhaupt nichts geändert hätte. Es ist richtig, daß in diesem Voranschlag ganz gewaltige Summen umgesetzt werden; freuen wir uns darüber, weil ja diese Beträge zum Großteil Arbeitsbeschaffung bedeuten.

Wenn nun von der Personalpolitik von beiden verehrlichen Vorrednern soviel gesprochen wurde, so können wir darauf nur sagen, ja, wie schaut es denn mit der Personalpolitik überall dort aus, wo die Sozialisten in der Mehrheit sind, zum Beispiel bei der Gemeinde Wien oder in den größeren Städten Nieder-

österreichs? Ja, dort haben wir nicht nur ein eigenes Personalreferat, wie zum Beispiel bei der Gemeinde Wien, sondern sogar einen amtsführenden Stadtrat, der sich nur mit Personalfragen beschäftigt. Nun, was sich da tut, das ist uns ja allen ganz genau bekannt. Und wer so durch Jahre hindurch das harte Brot der Minderheit gegessen hat, der weiß auch, was sich in den Städten Niederösterreichs tut, in denen die Herren Sozialisten die Mehrheit haben. Einmal hat ein Vertreter der Mehrheit bei Personalverhandlungen — es war ein jüngerer Herr — gesagt, was er sich denkt. Er hat nämlich gesagt: Wir pfeifen auf die Mehrheit, wenn nicht die gesamte Beamtenschaft nach unserer Richtung ausgerichtet ist, nützt uns das nichts. Ich sage Ihnen, da stimme ich mit Herrn Abg. Wondrak überein, daß eine solche Politik nicht glücklich ist. Deswegen hüten wir uns davor, eine solche Politik in Niederösterreich zu führen. In Niederösterreich werden alle diese Fragen in den verschiedenen Beratungskörpern ganz genau durchberaten; daß es da Meinungsverschiedenheiten gibt, ist uns nicht verwunderlich. Denn die gibt es eben überall, wo zwei verschiedene Meinungen sich treffen. Wenn man von einer Terroreinstellung der ÖVP hier im Lande spricht, dann sagt man das entweder nach außen hin oder man hat sich nicht die Mühe genommen, die Verhältnisse genau zu studieren. Wir wissen auch, daß die letzte Entscheidung nicht die Abgeordneten und nicht die Beamten haben, sondern daß darüber über kurz oder lang einmal das Volk die entsprechende Entscheidung fällen wird. Aber wir sagen mit gutem Gewissen, wir fürchten uns nicht! Gerade die letzten Wahlen, die Nachwahlen, die in verschiedenen niederösterreichischen Gemeinden stattgefunden haben, haben uns davon überzeugt, daß wir über diese Dinge wirklich nicht besorgt zu sein brauchen. Ich glaube, es wäre viel besser, wenn mehr nach anderen Dingen, die uns sehr gefährlich erscheinen, gesehen würde; denn es tut sich hüben und drüben im stillen so manches, und es wäre hoch an der Zeit, wenn wir gerade dorthin unseren Blick und unsere Stoßkraft lenken würden. Aber dazu haben wir uns leider noch nicht mit vereinten Kräften aufgeschwungen.

Wenn nun vom Herrn Präsidenten Wondrak das Wohnungsproblem einer sehr gründlichen Erörterung unterzogen wurde, so stimmen wir mit ihm darin überein, daß das Wohnungsproblem — er hat dabei die Worte angefügt: „neben der Vollbeschäftigung“ — das Lebensproblem unserer Wirtschaft ist. Nein, das brauchen wir gar nicht mehr zu sagen, weil die richtige Lösung des Wohnungsproblems automatisch die Vollbeschäftigung nach sich

zieht. Daher geht es nur um diese eine Frage. Wir freuen uns auch, daß er weiter gesagt hat, es sollen alle Formen versucht werden, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Wenn er darauf hinweist, daß wir in Niederösterreich 18.000 wohnungslose Familien haben, dann sage ich ihm: Nachschauen, wie es in Wien trotz der großen Wohnbautätigkeit nicht nur der Gemeinde, sondern auch des Bundes noch immer ausschaut. Da haben wir nicht die gleiche Zahl oder die Zahl, die der Bevölkerung beider Länder angemessen ist, sondern ein Vielfaches von Wohnungsuchenden.

Ich habe mir folgende Zahlen erhoben: Wir haben in Niederösterreich im heurigen Jahre durch Privatinitiative bereits 693 Wohnungen gebaut. Dazu war ein Aufwand an öffentlichen Mitteln von durchschnittlich 15.250 S pro Wohnung notwendig. Bei den Gemeinden wurden 304 Wohnungen gebaut, wobei ein Aufwand von mehr als dem Dreifachen notwendig war, weil eben lauter öffentliche Mittel eingesetzt wurden. Die grundlegende Frage muß daher sein: Durch welche Form erreichen wir die größtmögliche Wohnungsanzahl? Wenn wir hier das Bestmögliche erreichen können, dann wird auch der Wunsch des Herrn Präsidenten Wondrak sehr bald in Erfüllung gehen, daß auch der Ärmste zu einer Wohnung kommt. Ich weiß schon, daß diese Leute nicht privat bauen und sich auch nicht siedlungsmäßig an einem Bau beteiligen können, aber aus den sogenannten Mieterschutzwohnungen kommen sie heraus, wenn sie sich auf diese Weise eine Wohnung beschaffen. Das ist statistisch einwandfrei nachzuweisen. Wir müssen daher trachten, alle Mittel mobil zu machen, sowohl alle geldlichen als auch alle arbeitsmäßigen, um rasch und möglichst billig Wohnungen bauen zu können. Wenn sich Herr Präsident Wondrak beschwert, das Land Niederösterreich habe dafür zu wenig aufgewendet, dann frage ich, seit wann hat denn das Land Niederösterreich in seiner Verwaltung die Erbauung von Wohnungen als eine Selbstverständlichkeit betrachtet? Ja, ist es denn Aufgabe des Landes, Wohnungen zu bauen? Früher war das in erster Linie Aufgabe des Privaten und schließlich auch der Gemeinden. Aber im Lande Niederösterreich ist dennoch der Anfang gemacht worden, es war das erste Land, das sich dafür interessiert hat, daß möglichst viele Wohnungen gebaut werden. Es ist wohl richtig, daß immer noch zu wenig Wohnungen gebaut werden, das sehe ich ein. Aber woher sollen wir die Mittel nehmen? Präsident Wondrak sagt in einem Atemzug, die Gemeinde ist nicht in der Lage, diese Wohnbauten durchzuführen, obwohl nach dem Gesetz in erster Linie die

Gemeinden dazu berufen wären, den sozialen Wohnungsbau durchzuführen. Weil die Gemeinden es aber nicht können, so soll das Land helfen. Das Land allein kann es aber auch nicht, daher muß der Bund mithelfen. Es wird die Aufgabe eines anderen Herrn unserer Partei sein, nachzuweisen, wieviel Wohnungen insgesamt heuer in Niederösterreich gebaut wurden. Wenn wir bedenken, was in den letzten Monaten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues in Niederösterreich geleistet wurde und welche großen Beträge vom Bund und vom Land hierzu zur Verfügung gestellt wurden, so kann man doch nicht sagen, daß die zuständigen Stellen nichts tun, um die Wohnungsnot zu beheben. Es ist richtig, daß beim Wohnungsbau eine gewisse Großzügigkeit notwendig ist, und der Herr Präsident Wondrak kann versichert sein, daß wir jeden Weg mitgehen und jeden Vorschlag annehmen werden, der geeignet ist, auf schnellste Weise möglichst viele Wohnungen erstehen zu lassen. Jeder positive Vorschlag wird von unserer Partei aufgegriffen werden.

Es ist weiter gesagt worden, daß das Land noch zu wenig für die Schulbauten macht. Ja, meine sehr verehrten Herren, soll denn das Land jetzt allein alle Schulen bauen? Nach dem Gesetz — und gerade Herr Präsident Wondrak war es, der forderte, daß die Gesetze hundertprozentig befolgt werden — heißt es eindeutig, daß die Gemeinden verpflichtet sind, die Schulbauten zu errichten. Da wir wissen, daß die Gemeinden allein es nicht machen können, ist der Schulbaufonds in Niederösterreich gegründet worden. Dafür nun, daß wir freiwillig mithelfen, die Schulbauten der Gemeinderäte zu subventionieren, bekommen wir noch eine auf das Dach. So kann und darf man Beweise nicht führen. Wir müssen uns doch endlich dazu aufraffen, daß wir in allen Dingen der Wahrheit allein die Ehre zollen. Aber noch nicht genug damit! Präsident Wondrak geht noch weiter und sagt, auch die Krankenhäuser müssen vom Lande erbaut oder instand gesetzt werden. Ja, meine sehr verehrten Frauen und Herren, es ist richtig, daß die Angelegenheit der Deckung der Betriebsabgänge der Krankenhäuser noch nicht geregelt ist. Auch wir sind mit diesem Zustand unzufrieden und hoffen, daß sich bald ein Weg finden wird, um diese Angelegenheit zu regeln. Aber wenn ein Krankenhaus um jeden Preis seinen Betrieb allein führen will, so muß es auch allein für die Kosten aufkommen, oder es kann einen gerechten Ausgleich nur in dem Sinne geben: Wer mitzahlt, bestimmt auch mit, aber es darf nicht so sein, daß der eine herrscht und der andere zahlt! Diesen Zustand machen wir nicht mehr mit. Das Land hat

für Bauten von Krankenhäusern, außer den Landeskrankenhäusern, schon große Lasten auf sich genommen. Darüber wird mit ganz genauen Zahlen bei dem zuständigen Kapitel gesprochen werden. Das Land wendet also freiwillig großzügig Mittel für Dinge auf, die nach dem Gesetz nicht dem Lande zugehören. Es ist daher nicht gerecht, wenn man solche Kritik übt und es ist wirklich hoch an der Zeit, daß wir uns alle mitsammen bemühen, nur die Wirklichkeit zu sehen.

Über das Kapitel „Bäuerliche Berufsschulen“ zu sprechen, dazu fühle ich mich nicht zuständig. Es wird von einem Herrn aus der Landwirtschaft zu dieser Frage Stellung genommen werden. Das eine möchte ich aber hierzu nur sagen, man soll auch da mit der Kritik zurückhaltend sein, denn es gibt eine Anstalt auf einem anderen Verwaltungsgebiet in Niederösterreich, in der die Betreuung der Insassen im Monat 1000 S kostet. (*Abg. Wondrak: Das ist ja kein nachahmenswertes Beispiel!*) Gewiß nicht, aber es ist eben aus der Not der Zeit herausgewachsen. Ich bin der Meinung, man soll Sachen nicht in die Debatte werfen, ohne gleich die Begründung hierzu zu sagen.

Wenn weiter gesagt wird, es solle alles getan werden, damit das Land Niederösterreich zu seinem Recht kommt, so frage ich: Wer von uns will das nicht? Es ist aber immer so auf der Welt, daß dem Schwächsten gewöhnlich noch genommen wird und den anderen noch gegeben wird. Leider ist das so! Wenn aber diejenigen, die auch dazu berufen wären, mitzuhelfen, bei den entsprechenden Stellen des Landes das Recht zu erkämpfen, aus parteiischen oder anderen Gründen sich darauf einstellen, den großen Bruder zu holen, dann dürfen sie sich später über die Benachteiligung des Landes nicht beschweren. Wenn es heißt, wir sind Kostgänger der anderen Bundesländer, so ist das sehr traurig. Wer aber glaubt denn, daß die vielen Betriebe, die von Niederösterreich abgewandert sind, auch in normalen Zeiten abgewandert wären? Ist daran auch die ÖVP schuld? (*Zwischenruf beim Linksblock: Was hat die Landesregierung dagegen gemacht?*) Die Landesregierung hat alles aufgeboten, aber diejenigen, die zuständig gewesen wären, die Abwanderung dieser Betriebe zu verhindern, haben nichts getan. Die Betriebe haben sich eben gesagt, sie können sich nicht dreimal einrichten, zweimal haben sie es ohnehin schon getan. Das sind nun einmal Tatsachen. Niemand ist begeistert, sich neu einzurichten, wenn er nicht weiß, ob er das Neue übermorgen noch besitzt. Das ist eine Tatsache, die traurig ist und die wir unbedingt feststellen müssen.

Wenn zum Schluß gesagt wurde, es wäre wünschenswert, daß der Staatsvertrag ehe baldigst komme, dann sage ich, es schiene mir am besten, wenn wir in Österreich jetzt einmal aufhören würden, darüber zu sprechen. Vielleicht schafft das Schweigen über diesen Gegenstand in unserem Lande die richtige Grundstimmung. Mir kommt das so vor, als wenn man ein Kind von einer Weihnacht auf die andere vertröstet und sagt: Kind, paß auf, bei den nächsten Weihnachten wirst du das und das kriegen. Würde das dazu beitragen, das Kind zu beruhigen oder in eine fröhlichere Stimmung zu versetzen? Nein! Unglaube, Verbitterung und noch ärgere Dinge würden in diesem Kinderherz aufkommen, und so geht es auch unserem Volk. Es wäre daher hoch an der Zeit zu sagen: Schreibt nichts mehr darüber, wir sprechen nicht mehr darüber, weil es nur dazu dient, uns unzufrieden zu machen, wenn man das Zuckerl immer nur hinhält und wieder wegzieht. Alle aber, die so viel darüber reden, daß eine falsche Politik in dieser Beziehung in Österreich gemacht wird, werden gebeten, mitzuhelfen, damit endlich die einzig notwendige Unterschrift für den Staatsvertrag erbracht wird. Und das gesamte österreichische Volk wird ihnen, ich will nicht sagen ewigen, aber dauernden Dank wissen. Darum geht es, meine sehr verehrten Herren des Hohen Landtages, daß wir uns wirklich einmal ehrlich sagen, wie wir uns hier verhalten sollen. Dann wird dieser ruhige, gelassene Sinn, den der Herr Landesrat Genner hier so sehr vermißt, in unser Land einziehen und wird uns selber auch so richtig beherrschen. Dann, glaube ich, wird die ganze Welt zur Einsicht kommen, daß dieses österreichische Volk im Ertragen einer von den größten Mächten aufgezwungenen Last so gehärtet und gestählt wurde, daß nichts mehr dieses Volk niederzwingen kann. Und das erhoffen wir uns vom Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Möge die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts das gutmachen, was die erste Hälfte in so grauenhafter Weise an unserem Volke gesündigt hat. Dann werden wir wirklich in den paar Jahren, die wir noch zu leben haben, sagen können, der Beginn wurde im ersten Jahre gemacht, dadurch, daß das österreichische Volk den Schwur geleistet hat, wir wollen aushalten in Not und Gefahr, bis der Weg in die Freiheit für unser Volk und Vaterland gefunden wurde. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident ENDL: Als nächstem Redner zur Generaldebatte erteile ich dem Abg. W e n g e r das Wort.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Ich möchte vorwegnehmen, daß der Voranschlag für das

Jahr 1951 in bezug auf seinen Aufbau verdient, gelobt zu werden. Dieses Lob wollen wir ihm auch uneingeschränkt zuteil werden lassen. Dieser Voranschlag enthält eine Reihe von Posten, die jeder Kritik standhalten können. Erfahrene Mandatare haben am Zustandekommen dieses Voranschlages mitgewirkt, und es leuchtet sicher aus dem ganzen Voranschlag ein großes Fachwissen, dem wir unsere Bewunderung sicher zollen können. Wir stehen auch nicht an, zu erklären, daß wir letzten Endes diesem Voranschlag unsere Zustimmung geben. Wir tragen soviel Pflichtbewußtsein in uns, daß wir uns darüber klar sind, daß die Arbeiten, zu denen das Land seine Zustimmung zu geben hat, unter allen Umständen fortzuführen sind, und daß Arbeiten durchgeführt werden, die die Beschäftigung in unserem Lande gewährleisten und damit der arbeitenden Bevölkerung ein halbweg auskömmliches Leben sichern.

Aber wir müssen im Zusammenhang damit feststellen, daß es verschiedene Dinge gibt, die wir, wenn wir sie von unserem weltanschaulichen Standpunkt aus betrachten, nicht unbesprochen hinnehmen wollen und können. Wir stellen vorerst noch einmal fest, daß unserer Meinung nach die arbeitende Bevölkerung unseres Landes auch bei diesem Budget nicht gebührend berücksichtigt ist.

Wenn nun hier versucht wurde, eine Definition des Begriffes „Arbeitende“ zu geben, so sind wir uns darüber klar, daß selbstverständlich auch die Besitzenden arbeiten. Sie arbeiten wohl selbst auch mit, aber aus dem Grunde, weil sie ja letzten Endes ihren Besitz vermehren wollen. Aber wenn wir von Arbeitenden reden, dann meinen wir jene, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und die gewissermaßen von der Hand in den Mund leben, also keinen Besitz haben, keine Ersparnisse ansammeln können, weil ihnen einfach die Voraussetzungen dazu fehlen. Ihr Lohn, ihr Gehalt reicht gerade aus, um die fäglichen Bedürfnisse notdürftigst zu befriedigen. Von einer Möglichkeit, irgendwelche Reichtümer oder Besitztümer anzusammeln, kann bei dieser Kategorie von Menschen keine Rede sein. Wir sind uns also darüber klar, daß die Besitzenden, die einen erklecklichen Teil der österreichischen Bevölkerung ausmachen, vom Wert, den sie aus der Arbeitskraft der arbeitenden Menschen schöpfen, ein sehr gutes Leben führen. Diese arbeitenden Menschen aber zahlen Steuern, und wahrscheinlich den größten Teil der Steuern in Form der Lohnsteuer, die ihnen abgezogen wird, ohne daß sie dagegen etwas sagen können. Demgegenüber besteht bei den Besitzenden der Unterschied, daß sie die Möglichkeit haben, ein Steuer-

bekennnis zu legen und die Steuer nach den Gegebenheiten zu zahlen, die sie selber beurteilen. Sie sind es letzten Endes auch, die die Ware „Arbeitskraft“ täglich auf dem Markt kaufen und für diese Ware nur den alten Preis zahlen, so daß sie davon weitaus besser leben können als die Arbeitenden, von denen wir sprechen. Ich will damit nur eine Definition geben, damit keine Unklarheit darüber entsteht, was wir unter Arbeitenden verstehen. (*Rufe bei der ÖVP: Das ist falsch!*)

Man sollte meinen, daß man es in Österreich auch gehört hat, daß gerade diese arbeitenden Menschen in unserem Lande und fast ausschließlich die sozialistischen Arbeiter und Angestellten es waren, die dazu beigetragen haben, daß in den kritischen Tagen des Oktober 1950 die Ruhe und Ordnung in Österreich wieder hergestellt wurde. Es ist eine Frage, ob wir heute noch das Budget hier beraten könnten, wenn jene Elemente die Oberhand bekommen hätten, die in den ersten Oktobertagen des Jahres 1950 versucht haben, ausgehend von einer begreiflichen Unzufriedenheit der arbeitenden Menschen, einen politischen Umsturz in unserem Lande herbeizuführen.

Wer nun meinen sollte, daß man daraus die Folgerungen gezogen hätte, der irrt. Es ist noch immer so, daß man nicht erkennt, daß in Wahrheit die arbeitenden Menschen, die ich eben definiert habe, die Stützen des Staates sind. Noch immer ist man der Meinung, daß ausschließlich die Besitzenden die Stützen des Staates wären und daß in erster Linie ihren Bedürfnissen bei der Erstellung des Budgets sowie in allen anderen Dingen Rechnung zu tragen wäre. Ob das klug ist — ich zweifle daran. Wir sind der Meinung, wenn man fortfährt, in dieser Weise Politik zu machen, daß es einem dann so ergehen könnte, wie jenem Tier in der Fabel, nämlich dem Affen. Entschuldigen Sie diesen Vergleich. Man sagt nämlich: Wie fängt man einen Affen? Ganz einfach in der Weise, daß man in eine Flasche etwas Reis hineingibt; der Affe greift in die Flasche, und dann kann man ihn ruhig fangen, denn bevor er die Hand aufmachen würde, um den Reis fallen zu lassen, eher wartet er so lange, bis er gefangen werden kann. Ähnlich geht es den Besitzenden, aber nicht nur in unserem Lande, sondern wahrscheinlich in der ganzen Welt. Bevor sie auf die Idee kämen, auf einen Teil ihres Profites zugunsten der arbeitenden Menschen zu verzichten, eher lassen sie die Ereignisse einer Katastrophe entgegentreiben und wundern sich dann, wenn diese Katastrophe auch tatsächlich eintritt.

Ein Beweis dafür, daß eine solche Politik nur die Interessen der Besitzenden vertritt, ist eine im Budget vielumstrittene Frage, nämlich

die Frage der Personalpolitik im Lande Niederösterreich. Ich will nicht sagen, daß in bezug auf diese Personalpolitik die Erstellungen im Budget unrichtig sind. Wenn man die Zahlenreihen addiert, dann stimmen sie selbstverständlich, auch in der Endsumme. Es gibt aber in der Personalpolitik auch Dinge, die wir nicht verstehen. Herr Abg. Zach meinte hierzu, eine solche Politik wollen wir nicht machen. Dazu kann ich nur sagen, daß ich der Meinung bin, Herr Abg. Zach wäre ein unschuldsvoller Engel, wenn er davon wirklich nicht wüßte, daß im Lande Niederösterreich, ja oftmals auf fast brutale Weise, parteipolitische Personalpolitik betrieben wird. Wir könnten mit Dutzenden von Beweisen aufwarten, daß hier im Lande wirklich eine einseitige Personalpolitik betrieben wird. Wir glauben nicht, daß wir derartigen Dingen dauernd zusehen können, ohne dagegen in aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Es besteht wohl ein Dienstpostenplan, wir wissen aber, daß bei der Besetzung der Dienstposten keineswegs in erster Linie auf die Einsatzbereitschaft, auf die Einsatzfähigkeit und auf die dienstliche Qualität Rücksicht genommen wird. Alle diese Erfordernisse sind mehr oder weniger eine Nebensache, denn die Hauptsache ist, wie wir immer sehen müssen, die politische Einstellung desjenigen, der für irgendeinen Dienstposten oder für eine Neuaufnahme oder für eine personaltechnische Maßnahme in Betracht kommt. Wir haben wohl das Staatsgrundgesetz, das jedem Staatsbürger, selbstverständlich auch dem Angestellten irgendeiner öffentlichen Körperschaft, die politische Betätigung weitestgehend gewährleistet. Wir wissen sehr gut, daß Sie (*zur Seite der ÖVP gewendet*) den Betreffenden zwar nicht irgendwie zur Verantwortung ziehen oder ihn einsperren oder sonst in seiner Freiheit behindern, aber Pragmatisierungen, Beförderungen usw. lassen uns erkennen, daß dabei alle die Menschen benachteiligt werden, die sich erlauben, eine andere als die hier geltende politische Meinung zu haben. Wenn hingegen ein Abbau vorzunehmen ist, dann müssen wir allerdings feststellen, daß dabei gerade die Bediensteten, die eine „andere“ politische Meinung haben, bevorzugt werden. Von den Neuaufnahmen will ich überhaupt nicht reden. Bei diesen kommt es nämlich in den allerseltensten Fällen vor, daß ein Mensch, der eine andere politische Gesinnung hat, überhaupt jemals in Betracht gezogen wird.

Wir sind also der Auffassung, daß eine solche Personalpolitik schlecht ist. Sie werden zwar durch sie imstande sein, Ihnen gehorsame Diener in der Beamtschaft heranzuziehen, die Ihren Willen erfüllen und die sich nach



außen hin auch als politische Anhänger Ihrer Partei bekennen. Ich glaube aber kaum, daß man auf diese Art und Weise ein aufrechtes Beamtentum heranbilden kann, das seinen Verpflichtungen gegenüber der gesamten Bevölkerung auch wirklich restlos nachkommen wird. Sie würden auf diese Weise ganz gut und ohne weiteres imstande sein, mit der Zeit eine Angestelltenschaft zusammenzubringen, die einer Kongregation gleicht, ob aber bei einer solchen Beamtenschaft auch die notwendige Moral vorhanden sein wird, ist eine andere Frage. Jeder, der um seine Anstellung oder für die Existenz seiner Person oder seiner Familie bangt, wird sich, um sich hier zu halten, nach außenhin wohl zu einer bestimmten politischen Meinung bekennen, ganz gleich, wie er in seinem Inneren wirklich denkt.

Wir verstehen es, daß Sie als Mehrheit hier Wert darauf legen, daß die Mehrheit der Landesangestellten aus Menschen besteht, die Ihrer politischen Richtung nahestehen. Die Methoden aber, wie Sie diesen Zustand erreichen wollen, können wir nicht akzeptieren und auch nicht guthießen. Ich erinnere nur daran, daß es noch gar nicht lange her ist, daß in Niederösterreich ein etwas schmerzhafter Abbau durchgeführt werden mußte, zu dem wir aus unserem Verantwortungsbewußtsein heraus auch unsere Zustimmung gegeben haben. Wir waren nämlich der Meinung, daß auf Grund der vorliegenden Berichte der Landesämter und Behörden dieser Abbau absolut notwendig gewesen ist. Wir verstehen aber diese Maßnahme, der wir unsere Zustimmung gegeben haben, nicht mehr, wenn wir nachher feststellen müssen, daß nach dem Abbau wieder Neuaufnahmen getätigt wurden, durch welche wieder nahezu die gleiche Anzahl von Angestellten erreicht wurde, als vor dem Abbau. Das ist eine Maßnahme, für die Sie uns die notwendige Aufklärung werden geben müssen. Eine Erklärung finden wir wohl in dem Umstand, daß alle die jetzt Neuaufgenommenen Ihrer politischen Richtung angehören. Es wurde also auf diese Weise eine förmliche Säuberung durchgeführt. Wenn Sie diese Form der Personalpolitik fortsetzen wollen, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß wir einer solchen Form der Personalpolitik unseren schärfsten Kampf ansagen.

Wir halten Ihnen weiter vor Augen, daß Sie sich damit eine Methode zurechtlegen, die uns lebhaft an einen anderen Dienstgeber erinnert, nämlich an die USIA-Betriebe im Lande Niederösterreich, bei denen ebenfalls derartige Praktiken zu sehen sind. Dort wird ebenfalls ein Abbau durchgeführt und nachher erfolgen wieder Neuaufnahmen, aber nicht mehr derjenigen, die schon früher in den Betrieben waren,

sondern es kommen eben nur diejenigen Leute daran, von denen man meint, daß sie einer bestimmten politischen Propaganda leichter zugänglich sind als die, welche früher angestellt waren.

Wir sind uns natürlich darüber vollkommen klar, daß wir in diesen Betrieben dagegen nichts unternehmen können; wir nehmen es lediglich als eine Praxis eines fremden Landes zur Kenntnis, die aber für uns als Österreicher durchaus nicht nachahmenswert ist. Im Lande Niederösterreich aber, wo auch wir etwas mizureden haben, erwarten wir, daß die Personalpolitik nach demokratischen Grundsätzen gemacht wird, damit wir sie akzeptieren können.

Auch zum Kapitel „Schule“ ist unserseits einiges zu sagen. Im Jahre 1952 werden wir nämlich einen Engpaß in der Versorgung der Jugendlichen mit Arbeitsplätzen und Lehrstellen haben. Wir wissen, daß vom Jahre 1952 ansteigend bis 1955 auf Grund der seinerzeitigen Propaganda des Hitler-Regimes eine ungeheuer große Zahl von Jugendlichen aus der Schule entlassen wird, die natürlich den Arbeitsmarkt stark bevölkern werden. Bisher sind aber noch keine Vorsorgen getroffen worden, um diese Jugendlichen dann auch unterbringen zu können. Es ist bisher nichts vorgekehrt, obwohl wir uns darüber im klaren sein müssen, daß die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur eine Gefahr für die Jugendlichen selbst, sondern auch eine eminente Gefahr für unsere gesamte Gesellschaft darstellt. Dem jugendlichen Arbeitslosen wird und muß auch zum Bewußtsein kommen, daß er ein überflüssiges Glied der menschlichen Gesellschaft ist. Er wird auch insofern eine Gefahr für die Gesellschaft, als sich sein Charakter sicherlich nicht so formen wird, daß er späterhin ein nützliches Glied unserer Gesellschaft werden könnte. Das Nichtstun wird dem jugendlichen Menschen zweifellos seinen Stempel aufprägen, und das wird sich später unheilvoll im Gesellschaftsleben unseres österreichischen Volkes auswirken.

Was soll also nun gemacht werden? Die Meister erklären uns, daß sie nicht in der Lage sind, so viele Jugendliche als Lehrlinge aufzunehmen. Sie erklären uns, daß sie auch deshalb nicht imstande sind, die notwendige Anzahl von Jugendlichen aufzunehmen, weil sie auf Grund der Jugendschutzbestimmungen die Beschäftigung von Lehrlingen heute einfach als eine unrentable Angelegenheit betrachten. Kraft ihrer kapitalistischen Grundsätze betrachten sie die Lehrlingshaltung nur vom Gesichtspunkt des Profits und nicht vom Gesichtspunkt der Heranbildung einer hochqualifizierten Facharbeiterschaft in Österreich. Aus diesem Grunde glauben wir, daß der Aus-

bau von Lehrwerkstätten in starkem, ja in stärkstem Maße betrieben werden müßte. Ich verstehe nicht, warum man sich dagegen wehrt; man müßte doch endlich einmal einsehen, daß es sonderbar ist, daß man im 20. Jahrhundert, also in einer kulturell fortschrittlichen Zeit, es als etwas Selbstverständliches und Natürliches betrachtet, die Heranbildung des Akademikernachwuchses der Ob- sorge des Staates, die Heranbildung des notwendigen Facharbeiternachwuchses hingegen, der ebenso notwendig und wichtig ist, dem Zufall und der Gutwilligkeit von privaten Meistern zu überlassen, und daß man darüber hinaus sagt, es werde sich schon irgendwie und irgendwo einmal eine Möglichkeit finden, wobei man aber die Möglichkeit der Errichtung von Lehrwerkstätten ausschließt, weil dies ein Abgehen von den bisherigen Wirtschaftsgrundsätzen des Bürgertums bedeuten würde. Wir müssen erkennen, daß Österreich nicht nur wegen seiner hochkultivierten Akademiker in der Welt berühmt war und ist, sondern auch wegen seiner hochqualifizierten Facharbeiterschaft. Wir wollen diese hohe Qualifikation für die Zukunft nicht in Gefahr bringen und daher richte ich die Bitte an Sie, diesen Notwendigkeiten in weitestgehendem Maße Rechnung zu tragen. Wir werden uns vorbehalten, dazu noch entsprechende Anträge zu stellen.

Wir sind auch der Meinung, daß die ungeheuer hohen Kosten für Jugendliche in Erziehungsanstalten sicherlich bedeutend reduziert werden könnten, wenn dafür vorgesorgt wäre, daß die Jugendlichen sofort nach ihrer Schulentlassung irgendeine Möglichkeit finden könnten, sich einem Beruf zuzuwenden oder in eine Lehre einzutreten, um nur für ernste und für keine schlechten Gedanken Zeit zu haben.

Auch was die Fürsorge betrifft, sind wir der Meinung, daß Verschiedenes änderungsbedürftig ist. Die Krankenanstalten sind notleidend. Wir wissen, daß der Bund zur Finanzierung der Landes- bzw. Gemeindekrankenanstalten nichts beiträgt. Es besteht die Gefahr, daß, um aus dieser Not herauszukommen, verschiedene Kosten auf die Krankenkassen überwältzt werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine starke Überwälzung von Belastungen auf die Krankenkassen bedeuten würde, daß diese Krankenkassen ihre Leistungen für die arbeitende Bevölkerung einschränken müßten. Ich glaube nicht, daß es den Anforderungen des modernen, des 20. Jahrhunderts entsprechen würde, wenn die Krankenkassen das Ausmaß der Betreuung ihrer Mitglieder wieder herabsetzen müßten und die Betreuung dürftiger gestalten würden. Diese Möglichkeit ist unter allen Umständen zu vermeiden. Aber wir

müssen dazu beitragen, indem wir den Bund energisch auffordern, seinen Verpflichtungen gegenüber diesen Krankenanstalten entsprechend nachzukommen.

Ein besonderes Kapitel, Hohes Haus, bildet unserer Meinung nach das Kapitel „Bauwesen“, insbesondere deshalb, weil durch diesen Verwaltungszweig die Arbeitsbeschaffung im Lande Niederösterreich am besten gewährleistet wird. Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl hat versprochen, daß sofort mit den notwendigen Arbeiten begonnen wird. Aber da erinnern wir uns an das vergangene Jahr, in dem durch verschiedene technische Umänderungen unglaublich lange Verzögerungen eingetreten sind. Man kann dafür diese oder jene Erklärung geben, Tatsache ist aber, daß viele Menschen arbeitslos und mit ihren Familien notleidend geworden sind und vergeblich auf den Beginn der Arbeiten gewartet haben. Das läßt sich mit Entschuldigungen nicht aus der Welt schaffen.

Wir wollen also vermeiden, daß in diesem Winter im Lande Niederösterreich wieder eine starke Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt, denn wir kennen den kapitalistischen Grundsatz, der dahin geht, daß eine gewisse Anzahl, womöglich ein Heer von Arbeitslosen für die Wirtschaft sehr gut und nützlich sei, weil dies auf die Gestaltung der Löhne und der Kollektivverträge irgendwie Rückwirkungen hat. Wir lehnen es ab, eine solche Entwicklung zu begünstigen oder uns an ihr mitschuldig zu machen. Wir lehnen es ab, weil diese Dinge, so wie verschiedene andere, nicht mehr in das 20. Jahrhundert hineinpassen.

Auch zum Kapitel „Bäuerliche Fachschulen“ einige Worte. Es ist selbstverständlich, daß wir mit den alten Produktionsmethoden in der Landwirtschaft Schluß machen müssen und daß es daher notwendig ist, den neuen Erfahrungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft Eingang zu verschaffen. Aber wir sehen, daß auch hier nur ein einseitiger Standpunkt bezogen wird. Wir verweisen darauf, daß die Kleinbauernschaft im Lande Niederösterreich brennend daran interessiert ist, daß für sie Stationen mit landwirtschaftlichen Maschinen errichtet werden, daß ihr also diese Maschinen zugänglich gemacht werden, ohne daß sie dabei in Abhängigkeit zum Großbauern gerät oder dem Großbauern dafür zu irgendeiner Gegenleistung verpflichtet wird. Bisher sehen wir in dieser Frage keinen Fortschritt.

Auch bei der Errichtung von Schulen sollte mehr auf die Zweckmäßigkeit Bedacht genommen werden. Wir müssen mehr darauf sehen, daß jede einzelne Schulklasse stärker frequentiert wird, als daß eine große Anzahl von Schulen errichtet wird, bei denen die

Frequenz alles zu wünschen übrig läßt, weil nur acht bis zehn Frequentanten vorhanden sind und man sich daher fragen muß, wo die Rentabilität einer solchen Schule liegt. Wir sind also keineswegs der Meinung, daß es vorteilhaft war, in Krems und gleich daneben in Langenlois eine landwirtschaftliche Schule zu errichten, weil unserer Meinung nach beide Schulen, ebenso wie verschiedene andere, unter dem Mangel an Frequentanten leiden werden.

Ein besonderes Kapitel, über das heute schon viel gesprochen wurde, ist der Wohnhausbau. Wir, die sozialistische Fraktion im nö. Landtag, sind unter allen Umständen für den sozialen Wohnhausbau. Sie aber sind dagegen. Ich begreife es, daß Sie dagegen sind, denn der soziale Wohnhausbau würde selbstverständlich an den Grundfesten des Kapitalismus, der kapitalistischen Ordnung rütteln. (Abg. Zach: *Die Privaten sollen bauen!*) Aber ich glaube, wir können uns in dieser Beziehung beruhigen. Der Fortschritt ist nun einmal etwas so Natürliches, daß er durch einen augenblicklichen Widerstand Ihrerseits sicherlich nicht aufgehalten werden kann. Es hat eine Zeit gegeben, in der die Post und die Eisenbahnen in privaten Händen waren. Heute hält man es für etwas Selbstverständliches, daß alle diese Institutionen bereits verstaatlicht worden sind und daß im Jahre 1945 sogar eine der wichtigsten und bedeutendsten Schlüsselindustrien der Verstaatlichung zugeführt wurde. Wir glauben also, daß heute der Wohnhausbau ebenso in irgendeiner Form verstaatlicht werden soll. Der Herr Abg. Zach hat gemeint, daß die Privaten bauen sollen. Ich glaube hingegen, daß das Bauen nach privaten Grundsätzen nicht mehr in unser Jahrhundert paßt, denn Sie fragen sich, ob diese Bauten rentabel sind und ob Sie nach Fertigstellung und Besiedelung aus diesen Häusern entsprechende Gewinne ziehen können. Wenn Sie sich aber errechnen, daß das nicht möglich ist, dann unterlassen Sie das Bauen einfach. Wir glauben, daß es des 20. Jahrhunderts unwürdig ist, wenn die Schaffung von Wohnraum weiterhin der privaten Spekulation überantwortet wird. Beim Privatbau wird auch nicht gefragt, ob er der Volksgesundheit dient, ob man darin hygienisch und gesund leben kann, sondern im Vordergrund des Interesses steht unverrückbar die Frage: Was kann ich aus diesem Hause an Profit herausholen?

Ich bin also der Meinung, daß das Wohnhaus, der Wohnraum, im 20. Jahrhundert kein kapitalistisches Profitobjekt mehr sein darf. Sie propagieren bei der Bevölkerung auch die Eigentumswohnungen in den schönsten Farben. Wir müssen nochmals feststellen, daß die

arbeitenden Menschen keine solchen Ersparnisse haben, die sie instand setzen würden, sich eine so schön propagierte Eigentumswohnung anzuschaffen. Der arbeitende Mensch muß täglich seine Arbeitskraft verkaufen, nur um leben zu können. Alles, was der Arbeiter mit der Arbeitsleistung seiner Hände und seines Geistes verdient, muß in Zukunft zum sozialen Wohnungsbau verwendet werden. Wenn Sie sich noch so gegen diesen Fortschritt stellen, er wird sich zwangsläufig ergeben und dahin führen, daß die Wohnungsnot behoben werden kann. Erst dann werden nicht mehr so entwürdigende Wohnungsverhältnisse herrschen, wie sie heute in Niederösterreich gang und gäbe sind.

Wir sind also der Meinung, daß der niederösterreichischen Bevölkerung die Wohnkultur zugänglich gemacht werden soll. Zu dieser ist es aber notwendig, daß Sie Ihre alten Vorurteile über Bord werfen. Wir geben zu, daß das bürgerliche Leben bequemer ist, wenn man auf eine Zahl solcher Leute blicken kann, denen es nicht so gut geht. Die arbeitende Bevölkerung fordert aber auch in dieser Beziehung ihren berechtigten Platz im Staate. Es ist meiner Meinung nach sonderbar, daß Sie so sehr an den bürgerlichen Vorrechten hängen und damit den Fortschritt hemmen. Bewußt nehmen Sie die Gefahr gerne auf sich, in die Hölle zu kommen, nur um Ihren Grundsätzen treu zu bleiben. Wir müssen uns aber bemühen, die höhere Kultur, die Sie als selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, auch den anderen zugänglich zu machen.

Wenn ich abschließend noch etwas zum Budget sagen darf, so schließe ich mich nicht den Worten und den guten oder schlechten Witzen des Herrn Landesrates Genner an, der gemeint hat, daß das Budget ein solches der amerikanischen Kriegsrüstung wäre. Wir sagen dazu, daß dieses Budget nach unserer Meinung ein Budget der bürgerlichen Vorrechte ist.

Wir appellieren an Sie, den Weg zu gehen, der es möglich macht, dieses Budget zu einem Budget der Gleichberechtigung aller Bevölkerungskreise im Lande Niederösterreich zu gestalten.

Ich möchte auf einen Satz hinweisen, den unser Nationalrat Böhm geprägt hat und der in der Presse, insbesondere in der Presse der kommunistischen Fraktion, kritisiert worden ist. Er heißt: Ich rufe Ihnen zu, daß wir alle zusammen auf einem gemeinsamen Ast sitzen und daher alle dafür zu sorgen haben, daß dieser Ast nicht bricht; denn wenn er bricht, fallen selbstverständlich auch wir! Sie müssen daher zur Kenntnis nehmen, daß auch Sie fallen würden. Das Fazit wäre für die gesamte

niederösterreichische Bevölkerung und darüber hinaus für die gesamte österreichische Bevölkerung ein großes Unglück.

Ich appelliere noch einmal an Sie, schaffen Sie mit uns ein Budget der Gleichberechtigung für die Bevölkerung Niederösterreichs, und wir erreichen damit eine neue Etappe auf dem Wege zu unserer wirklichen Befreiung. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

2. PRÄSIDENT: Als nächstem Redner zur Generaldebatte erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. HIRMANN das Wort.

Abg. Ing. HIRMANN: Hoher Landtag! Das ordentliche und das außerordentliche Budget für das Jahr 1951 umfassen eine Summe von 423 Millionen Schilling. Diese Ziffer zeigt uns, wie ungeheuer die Anspannung der Mittel dieses Landes ist, um jene Aufgaben zu erfüllen, die wir als notwendig bezeichnen müssen. Allzu leicht vergißt man dabei, daß alle diese Gelder nur dann aufgebracht werden können, wenn sie von der Wirtschaft, von der Produktion erarbeitet werden. Es ist richtig, daß ein wesentlicher Anteil des Steueraufkommens auf die Lohnsteuer entfällt; er beträgt 70 Millionen Schilling, während von der Umsatzsteuer für das Land 94 Millionen Schilling hereinkommen. Der Arbeitgeber ist aber nur dann in der Lage, die Lohn- und Umsatzsteuer zu begleichen, wenn die Wirtschaft arbeiten kann. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist das Budget bemüht, soweit als möglich die Produktion und die Wirtschaft zu fördern. Daß das Bauwesen als ganz besonders wichtiger Produktionszweig mit den beträchtlichsten Mitteln bedacht wird, ist erfreulich, ob es sich nun um den Straßen-, Brücken- oder Wohnungsbau handelt. Hier sind allerdings die Meinungen über die Art der Durchführung geteilt, über die Notwendigkeit des Wohnungsbaues als solchen gibt es aber nur eine Meinung. Für den Außenstehenden mag es interessant sein, daß sich die Art des Wohnhausbaues geändert hat. Wir sehen nämlich jetzt nicht nur die großen Häuserblocks, sondern auch eine Auflösung, eine Verkleinerung der Bauobjekte, was durch den Baufortschritt und durch die neuen Bauweisen, aber auch dadurch bedingt ist, daß es die Menschen vorziehen, nicht mehr in Riesenwohnblocks zu leben, sondern auch teilzuhaben an der freien Natur. Daß der Wohnhausbau im großen in der Stadt pro Wohneinheit vielleicht billiger kommt, mag umstritten sein. Es ist dies nur eine Rechnungssache. Unzweifelhaft aber ist, daß der Wohnhausbau draußen auf dem flachen Lande, in den Kleinstädten, besser funktionieren wird, wenn die private Bautätigkeit gefördert wird.

Dies aus dem Grunde, weil der private Bauherr auf dem flachen Lande seine Arbeitskraft einsetzen kann und damit wesentlich dazu beiträgt, daß der Bau verbilligt wird. Wir haben immer wieder die Beweise, daß mit 15.000 bis 20.000 S Landeskredit ein Bau mit einem Kostenaufwand von 60.000 bis 70.000 S erstellt werden kann; das ist ungefähr die Summe, die heute ein bescheidenes Einfamilienhaus erfordert.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Bau von Schulen, ob es nun gewerbliche oder landwirtschaftliche sind, zählen. Wenn es auch den Anschein hat, daß damit der Landwirtschaft oder dem Gewerbe ein Geschenk gemacht wird, so vergessen Sie nicht, daß davon zunächst die Bauindustrie profitiert; die Millionen, die hier umgesetzt werden, fließen in ungezählte Kanäle. Wir wissen, wie viele gewerbliche und industrielle Betriebe von der Bauindustrie und dem Baugewerbe befruchtet werden. Die Sorge um einen zu geringen Besuch landwirtschaftlicher Schulen teile ich mit Ihnen nicht. Es mag im Augenblick für dieses und vielleicht auch für das nächste Jahr den Anschein haben, als ob die Landwirtschaft kein Interesse hätte, ihre Jugend in diese Schulen zu schicken. Es gibt viele Gründe dafür, die es im Augenblick verhindern, daß die Bauernsöhne und -töchter in diese Schule geschickt werden. Darüber zu sprechen wird später noch Zeit sein. Aber ich bin überzeugt, daß in den kommenden Jahren, wenn diese Schulen bestehen — und es ist dies ja eine Voraussetzung —, mehr als genug bäuerliche Jugend in diese Schulen strömen wird.

Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, daß wir noch immer kein Gesetz über die landwirtschaftlichen Pflichtschulen beschließen konnten. Noch immer war es nicht möglich, den Besuch der bäuerlichen Fortbildungsschulen zur Pflicht zu machen. All das, was jetzt geschieht, geschieht auf freiwilliger Grundlage. Der Beweis dafür aber, was ich vorhin behauptet habe, nämlich daß mir nicht bange darum ist, daß in den kommenden Jahren genug, ja mehr als genug Schüler diese Schulen besuchen werden, liegt darin, daß unsere derzeitigen Fortbildungskurse draußen auf dem flachen Lande überfüllt sind, daß wir gar nicht genug Fachlehrer, Fachlehrerinnen und Gastlehrer haben, um all die Bauernsöhne, Bauerntöchter und auch Landarbeiter und Landarbeiterinnen, die sich für Winterkurse melden, unterrichten zu können. Winterkurse deswegen, weil der Winter die einzige Zeit ist, in dem die Landwirtschaft eine kleine Ruhepause hat.

Zur Förderung der Arbeit, zur Arbeitsbeschaffung, trägt ja auch sehr wesentlich der

mit verhältnismäßig hohen Mitteln bedachte Ausbau der Entwässerungen, Bewässerungen und schließlich der Kommissierungen bei. Es mag für den Augenblick so scheinen, als ob dies alles ein Geschenk wäre, das sofort wirksam wird. Man muß aber bedenken, daß jede Kommissierung für den davon Betroffenen für eine ganze Reihe von Jahren schwerste Arbeit bedeutet, um die zusammengelegten Felder unter die Kultur zu bringen, was für ihn ja notwendig ist, weil er von seiner Wirtschaft leben können muß. Auch die Entwässerungen bedürfen noch Jahre hindurch viel Arbeit, um den Kulturzustand des Bodens zu erreichen, der zu einer Höchstproduktion notwendig ist.

Alle diese Nacharbeiten müssen aber gefördert werden und das ist die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaftskammer. Ich stimme Ihrer Kritik (*zur Seite der Sozialisten gewendet*) vollständig zu, wenn Sie verlangen, daß die Landwirtschaftskammer dem Gesetz entsprechend ihren Voranschlag einzubringen hat. Soviel mir bekannt ist, ist dies bereits geschehen und Herr Landesrat Waltner wird zur gegebenen Zeit darüber sprechen. Wenn Sie aber, wie es im Finanzausschuß angedeutet wurde, ein Junktim zwischen der Vorlage des Budgets der Landwirtschaftskammer für das kommende Jahr und der Bewilligung der Mittel für die Förderung der Landwirtschaft treffen wollen, so ist dies meiner Meinung nach fehl am Platze. Denn der Voranschlag wird nachgeholt und Sie werden die Rechenschaft der Landwirtschaftskammer zur Kenntnis nehmen können. Eine Zurückhaltung der Mittel aber würde eine Hemmung der Landwirtschaft bedeuten, die auch Sie nicht verantworten können. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*)

Es ist vom Standpunkt der Wirtschaft betrüblich, daß, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Spitäler alle notleidend geworden sind. Noch mehr betrüblich aber ist es vom Standpunkt der Landwirtschaft aus. Denn gerade für sie bedeutet es eine Notwendigkeit, daß in der nächsten Umgebung, in der Bezirksstadt, leistungsfähige Spitäler sind, weil sie keine Möglichkeit hat, ihre Kranken in die Spitäler der Großstadt zu bringen. Hier Mittel und Wege zu finden, um einen Ausgleich zu schaffen, ist gewiß eine notwendige, aber auch dankbare Aufgabe. Ob das aber so einfach geht, daß man sagt, der Bund soll zahlen, das bezweifle ich. Denn der Bund zahlt das wieder nicht selbst, sondern wenn er etwas zahlen soll, dann muß er es ja zuerst wo hernehmen, das heißt, es müssen neue Steuern aufgebracht werden, und dazu muß schließlich wieder die Wirtschaft beitragen.

Wenn mein sehr geehrter Herr Vorredner,

der, wie mir scheint, in der Auslegung des Begriffes „Kapital“ durch Karl Marx fast genau so gut bewandert ist wie in der Bibel, darauf hinweist, daß der Mehrwert immer von den bösen Kapitalisten zu Lasten der Arbeiter abgeschöpft wird, die sich nicht einmal das notwendige tägliche Brot erarbeiten können, so muß ich sagen, ich hätte mir von einem führenden Funktionär der Gewerkschaft eigentlich etwas anderes erwartet. Er gibt damit den Gewerkschaften wahrlich ein schlechtes Zeugnis. Ich habe über die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften eine andere Meinung, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer in der Wirtschaft steht, wer für einen Betrieb verantwortlich ist, ob das nun ein kleiner oder ein größerer Betrieb, ein bäuerlicher oder ein Gewerbebetrieb ist, der weiß, in welcher Situation heute unsere Wirtschaft steht. Er weiß, wie würgend die Kreditnot ist, wie schwer es ist, die notwendigen Mittel zur Fortführung des Betriebes aufzubringen, eines Betriebes, hinter dem nicht die Staatskassen stehen, wie dies zum Beispiel bei den großen und gewiß sehr leistungsfähigen Unternehmungen der Bundesbahnen der Fall ist. Es ist nicht mehr so, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Industrielle, der Gewerbebetreibende oder der Landwirt ganz einfach kalkulieren kann und daß ihm die Preise ohne weiteres gezahlt werden. Schließlich ist es doch auch nicht mehr so wie mit dem Affen und mit der Flasche. Es ist nur bedauerlich, daß unser Afrikaforscher Zwilling, der jetzt für Schönbrunn Affen holt, von dieser Geschichte noch gar nichts weiß. Vielleicht hätte er dann schon zwei Affen gefangen, wo er erst einen gefangen hat. (*Heiterkeit.*)

Obwohl die Schwierigkeiten sehr groß sind — alle meine Herren Vorredner haben ja gebührend darauf hingewiesen —, sehen wir — wer durch dieses Land zieht und nicht mit Blindheit geschlagen ist, der sieht es auch —, welch unbändiger Aufbauwille die ganze Bevölkerung beherrscht. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Gewiß, es gibt noch manches zu tun. Es gibt wohl Ruinen, aber es gibt noch mehr wiederaufgebaute Häuser und es gibt noch viele Dinge, die geschaffen und vollbracht worden sind. Arm sind die Menschen, die im eigenen Lande nur das Schlechte, das Unterlassene sehen, und nicht die Leistungen. Sie muß man wahrlich bedauern. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Sieht man denn nicht, was sich alles gebessert hat? Sieht man nicht, daß, um nur von einem Beispiel zu sprechen, die Züge wieder verkehren, daß an Stelle der Bretter Fensterscheiben vorhanden sind? Sieht man denn nicht, wenn man in den fahrplanmäßig verkehrenden Zügen durch die Fenster

hinausschaut, daß der Boden bearbeitet ist, sieht man nicht oder weiß man nicht, daß jetzt unter der weißen Schneedecke die grüne Saat ruht? Wenn man uns nur Ruhe gewährt, um unserer Arbeit nachgehen zu können, so wissen wir, daß aus dieser grünenden Saat Brot erstehen wird für alle. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

2. PRÄSIDENT: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Staffa das Wort.

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Ich möchte auf einige Ausführungen meiner Herren Vordner eingehen. Der Herr Abg. Zach hat damit begonnen, uns zu beweisen, daß Österreich und insbesondere Niederösterreich ein armes Land ist und daß sich diese Tatsache in unserem Voranschlag widerspiegeln muß und daß man daher auf wirtschaftlichem Gebiete, wie er gesagt hat, keine Wunder erwarten darf. Geschätzte Herren! Wir sind auch der Meinung, daß Österreich ein armes Land geworden ist. Wir sind auch der Meinung, daß man auf wirtschaftlichem Gebiete keine Wunder zu erwarten hat und wir sind ebenfalls der Meinung des geschätzten Herrn Abg. Hirnmann, daß man alles das, was man haben will und haben muß, sich erarbeiten muß. Wir glauben aber, wenn in diesem Lande etwas erspart und erarbeitet werden muß, wenn in diesem Lande Opfer gebracht werden müssen, daß diese von allen Schichten des Volkes nach ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden müssen. Wir können und werden es nie verstehen und werden uns immer dagegen wehren, daß man versucht, die Opfer, die der Wiederaufbau erfordert, in erster Linie auf die Schultern der arbeitenden Menschen in diesem Staate abzuwälzen. Das ist der Unterschied, der zwischen Ihnen und uns besteht. Wenn der Herr Abg. Hirnmann glaubt, uns vorwerfen zu müssen, daß wir marxistische Vorträge halten, so kann ich ihm sagen, daß wir uns in der Bibel genau so gut auskennen wie in den Büchern von Karl Marx. Ich muß ihm aber auch sagen, wir kennen uns vielleicht in der Bibel besser aus, als sich die andere Seite in den Büchern des Karl Marx auskennt. Es war wirklich die Höhe, als wir vom Herrn Abg. Hirnmann hören mußten — er hat das noch mit einer Handbewegung unterstrichen —, daß in Österreich der Kapitalismus abgeschafft wurde. Wenn man dem Abg. Hirnmann zugehört hat, mußte man den Eindruck gewinnen, in Österreich gibt es keinen Kapitalismus mehr. Das ist so ähnlich, als wenn man einstens irgendwo den Kapitalismus abgeschafft hat, um dann einige zehn Jahre später im Laufe einer Währungsreform die Kapitalisten die Lasten dieser Währungsreform bezahlen zu lassen. So ähnlich haben Sie das praktiziert.

Sie glaubten uns hier klarmachen zu können, daß in Österreich niemand mehr von der Hand der Arbeit anderer Menschen lebt, daß hier in Österreich nur mehr der existieren kann, der wirklich arbeitet. Auch der Abgeordnete Zach hat in das gleiche Horn gestoßen und erklärt, man soll ihm jene zeigen, die in Österreich vom Nichtstun leben. Ich halte Sie nicht für so naiv, daß Sie der Meinung sind, es gibt in Österreich nur mehr arbeitende Menschen. O nein, meine Herren, es gibt schon noch welche, die von der Arbeit der anderen leben. Um so mehr ist ihre Einstellung zu urteilen. *(Zwischenruf rechts: Die Gewerkschaftsfunktionäre!)* Die Gewerkschaftsfunktionäre sitzen auch in Ihren Reihen, also leben auch diese von der Händearbeit der anderen! Wir wissen schon, daß die Gewerkschaft jene Organisation ist, die Sie am meisten fürchten, weil Sie Grund dazu haben. Wenn es in Österreich keinen Kapitalismus mehr gibt, weiß ich nicht, warum Sie die Gewerkschaft fürchten. Sie beweisen schon durch den Zwischenruf, daß es eine ganze Reihe von Kapitalisten gibt.

Der Herr Abg. Hirnmann hat aber noch eine weitere schöne Entdeckung gemacht. Bis vor kurzem konnte man noch hören, im Staate sollen eigentlich jene führen und entscheiden, die die Steuern bezahlen. Vor nicht allzu langer Zeit war die Meinung anders. Es gibt noch Menschen, die sich daran erinnern, daß man sogar das Wahlrecht von dem Betrag der bezahlten Steuern abhängig gemacht hat. Auf einmal stellt sich heraus, daß den Großteil der Steuern nicht mehr die Besitzenden, sondern die Nichtbesitzenden aufbringen. *(Zwischenrufe des Abg. Stangler.)* Herr Abg. Stangler, ich möchte Sie bitten, wenn Sie irgendwelche witzige Bemerkungen machen, erkundigen Sie sich einmal bei Ihren Schülern, wie das gewertet wird, wenn man während des Unterrichtes schwätzt. Jetzt entdeckt man auf einmal, daß die Mehrzahl der Steuern von der arbeitenden Masse aufgebracht wird. Eine Anerkennung diesbezüglich ist ja schön und gut. Die Steuern werden ja tatsächlich von den Arbeitern bezahlt, und zwar in der Form von Lohn- und Umsatzsteuern. Nach Ihren Ausführungen, Herr Abg. Hirnmann, liegen die Dinge aber so, daß, wenn der brave Unternehmer die Arbeiter nicht beschäftigen würde, die Arbeiter auch keine Steuern bezahlen könnten. Tatsächlich aber ist es umgekehrt! Wenn nämlich die Arbeiter nicht arbeiten würden, könnte der Unternehmer keine Profite machen! *(Zwischenrufe rechts.)* Warum regen Sie sich auf? Sie können sich ruhig zum Wort melden, ich warte auf Ihre Worte, denn dann habe ich wieder neuen Stoff.

Es ist von der Wohnbautätigkeit gesprochen

worden, ein Beweis dafür, daß das Problem des Wohnungsbaues und der Wohnungsbeschaffung wirklich das brennendste Problem in unserem Lande geworden ist, aber nicht nur in unserem Lande, sondern darüber hinaus noch in einer Reihe anderer Länder in Europa. Nun wollen Sie uns hier beweisen, daß die private Bautätigkeit eine weitaus billigere sei, daß überhaupt nur die private Bautätigkeit zum Ziele führe. Ich erinnere mich sogar, daß der Herr Abg. Zach anlässlich der Beratung des Nachtragskredites für die Wohnbauförderung erklärt hat: 30 Jahre haben die Gemeinden Zeit gehabt, die Wohnungsnot aus der Welt zu schaffen. Geschätzte Anwesende! Bis zum Jahre 1918 hat es überhaupt nur die private Wohnbautätigkeit gegeben, bis dahin hat weder die Gemeinde Wien, noch sonst irgendeine andere Gemeinde Wohnungen gebaut. Damals, bis zum Jahre 1918, hätte die private Bautätigkeit beweisen können, was sie leisten kann. Sie hat es auch bewiesen! Sie hat nämlich ungesunde, schmutzige Hinterhofgebäude mit unzulänglichen Wohnungen und vor allem viel zu wenig Wohnungen gebaut. Das ist der Erfolg der privaten Bautätigkeit bis 1918.

Abg. Zach hat auch eine Neuentdeckung gemacht. Ich muß sagen, ich habe heute das Gefühl, mich in einem Kreis von Entdeckern zu befinden. Abg. Zach hat nämlich erklärt, Niederösterreich habe mit dem sozialen Wohnungsbau begonnen. Sie haben scheinbar die Jahre von 1920 bis 1934 nicht in Österreich verbracht und wahrscheinlich auch seither noch nicht gehört, daß man schon lange, ehe es in Niederösterreich irgend jemandem eingefallen wäre, aus Landesmitteln den sozialen Wohnungsbau zu fördern, bereits in Wien den sozialen Wohnungsbau ganz energisch betrieben hat. Also ich möchte schon bitten, wenn man Entdeckungen macht, dann soll man wenigstens wirkliche Entdeckungen machen.

Aber ich möchte mich auch noch mit einigen anderen Ausführungen beschäftigen. Der Herr Abg. Zach hat flehentlich gebeten, daß man sich endlich finden soll, daß die beiden Regierungsparteien endlich zu einem gemeinsamen Standpunkt kommen und alles tun, damit in einer anständigen Zusammenarbeit das Wohl des Landes und die Interessen der Gesamtbevölkerung gewahrt werden können. Nun, geschätztes Hohes Haus, wir sind nicht diejenigen, an denen die Zusammenarbeit scheitert! In dem gleichen Augenblick, in dem der Herr Abg. Zach von uns den Geist der Zusammenarbeit fordert, in dem gleichen Augenblick verteidigt der gleiche Abg. Zach die Personalpolitik, die hier in diesem Hause von seiten der Mehrheit betrieben wird. Wenn Sie glauben,

daß wir bereit sind, auf die Dauer mit Ihnen zusammenzuarbeiten, mit Ihnen die Verantwortung des Landes zu tragen, aber nicht wert sind, daß ein einziger Sozialist in den Landesdienst eingestellt werden kann, dann werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie Ihren Standpunkt revidieren müssen.

Die Personalpolitik ist überhaupt ein ziemlich wunder Punkt. Und nun sagt der Herr Abg. Zach, Sie (*zur Seite der Volkspartei gewendet*) machen in Niederösterreich nichts anderes, als angeblich bei der Gemeinde Wien und in einigen anderen größeren Städten getan wird. Herr Abg. Zach, vielleicht darf ich Sie ganz bescheiden an die Personalpolitik in Wiener Neustadt während der Jahre 1934 bis 1938 erinnern. Damals war der Herr Abgeordnete Zach eingesetzt und nicht gewählter Bürgermeister. Vielleicht erinnert sich der Abg. Zach, der heute so viel von Demokratie zu sprechen beliebt, als damaliger autoritärer Bürgermeister, wie damals jeder Mann und jede Frau, die im Geruche waren, Sozialisten zu sein, unbarmherzig aus dem Gemeindedienst entlassen wurden. Vielleicht erinnern wir uns auch noch daran, daß das gleiche in Wien von dem damals eingesetzten autoritären Bürgermeister Schmitz betrieben wurde, und vielleicht erinnern wir uns auch daran, daß die gleiche Personalpolitik vor 1918 im ganzen Reich betrieben wurde. Was Sie ärgert, ist ja nur die Tatsache, daß seit 1918 in der Gemeinde Wien auch Sozialisten in den Gemeindedienst eingestellt werden. (*Raj bei der ÖVP: Auch oder nur?*) Denn einmal hat es geheißt, Sozialisten können zwar Nationalräte oder Reichsratsabgeordnete werden, aber im Gemeindedienst haben Sie nichts zu suchen. Vielleicht blättern Sie in den Erinnerungen unseres ehemaligen Bürgermeisters Lueger nach, und Sie werden dort diese schönen Aussprüche finden. Berufen Sie sich also nicht auf die Personalpolitik der Gemeinde Wien. Sie haben diese Personalpolitik, lange bevor es eine rote Gemeinde Wien gegeben hat, betrieben und Sie haben aus Wut darüber, daß diese Personalpolitik im Jahre 1918 zu Ende war, bis 1934 immer wieder vom roten Terror geschrieben und von 1934 bis 1938 einen Terrorakt nach dem anderen gesetzt. Und Sie machen es heute in Niederösterreich, wo Sie noch stark genug sind, immer und immer wieder. Das ist eine Tatsache, die wir uns auf die Dauer nicht bieten lassen werden. Das ist eine Tatsache, gegen die wir uns zur Wehr setzen werden, solange es Sozialisten in diesem Hause geben wird. Wenn Sie von Zusammenarbeit reden, dann muß diese Zusammenarbeit auf alle Gebiete übergreifen, dann muß sie auch auf dem Gebiete der Personalpolitik zum Ausdruck

kommen. Solange Sie auf dem Standpunkt stehen, Sozialisten haben im niederösterreichischen Landesdienst nichts zu suchen, solange werden Sie mit einer Zusammenarbeit, so wie Sie sie sich vorstellen, nicht rechnen dürfen.

Es hat aber auch noch einige andere schöne Ausführungen bei den geschätzten Vorrednern gegeben. Der Herr Abg. Zach hat beispielsweise erklärt, er sei zwar auch für eine Kritik, aber nur für eine positive. Ich kann beim besten Willen nicht finden, wo der Herr Abgeordnete Wondrak eine unpositive Kritik geübt hätte. Er stellt im übrigen fest, daß der Voranschlag von beiden Parteien ausgearbeitet wurde. Nun gestatten Sie auch dazu eine einfache Feststellung.

Der Voranschlag wurde von dem Finanzreferenten, der wahrlich nicht im Verdacht steht, Sozialist zu sein, ausgearbeitet und vorgelegt. Die beiden Parteien, die hier die Regierung führen, bilden keine Koalitionsregierung, sondern das, was hier in Niederösterreich besteht, ist eine auf Grund verfassungsgesetzlicher Bestimmung gebildete Proporzregierung, eine Regierung, an deren Teilnahme die Parteien auf Grund ihrer Stärke ganz einfach ein Recht besitzen. Das hat noch lange nichts mit einem gemeinsamen Voranschlag zu tun. Sie sind die Mehrheit und für diesen Voranschlag verantwortlich und sonst niemand auf der Welt. (*Heiterkeit bei der Volkspartei.*) Nehmen Sie das zur Kenntnis! Wenn Sie glauben, wir tragen die Verantwortung mit Ihnen und Sie allein machen die Personalpolitik, dann haben Sie sich geirrt, meine sehr Geschätzten! (*Abgeordneter Zach: Genau so wie in Wien!*)

Der Abg. Zach hat auch erklärt, daß er eigentlich froh ist, daß das Budget in der Form erstellt wurde, wie es der Finanzreferent getan hat, nämlich daß man 27,5 Millionen aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Voranschlag überweist und man daher auf beiden Seiten ein Defizit herausbringt. Er sagte, er sei froh darüber, denn sonst würde die Sperre auch für den außerordentlichen Voranschlag gelten. Ich muß schon sagen, es ist eine eigentümliche Budgetierung, wenn ich auf der einen Seite etwas wegnehme und es auf der anderen Seite hinzugebe, um ein künstliches Defizit herbeizuführen. Ich stehe auf dem Standpunkt, man soll offen sprechen, und wenn Sie von einer Sperre reden, dann glaube ich, gibt es keinen einzigen Abgeordneten hier in diesem Hohen Hause, der heute davon überzeugt wäre, daß die Sperre notwendig sei, weil der Finanzreferent selber nicht glaubt, daß er nicht mehr einnehmen werde, als er im Voranschlag vorgesehen hat. So wie er im Vorjahre viel mehr Einnahmen verzeichnen und über das Defizit hinaus noch ein Nachtrags-

budget bewilligen konnte, so werden wir auch im nächsten Jahre eine Sperre nicht notwendig haben. Wir sind heute schon davon überzeugt und der Finanzreferent ebenso, daß wir weit aus mehr Einnahmen haben werden, als es der Herr Finanzreferent vorsichtigerweise angenommen hat. Er hat ja so vorsichtig budgetiert, um die notwendigen Erklärungen jederzeit bei der Hand zu haben. (*Ruf bei der ÖVP: Ist das etwas Schlechtes?*)

Der Herr Abg. Zach ist auch der Meinung, daß nach dem Gesetz die Gemeinden verpflichtet sind, für den Wohnhausbau vorzusorgen. Herr Abg. Zach, dieses Gesetz, das die Gemeinden hierzu ausschließlich verpflichtet, müßten Sie uns erst nennen, es gibt keines. Es gibt nirgends ein Gesetz, das ausspricht, daß ausschließlich die Gemeinden zum Wohnungsbau verpflichtet sind. (*Abg. Zach: Für Schulbauten!*) Er hat anschließend gleich erklärt, daß die Gemeinden auch für den Schulbau und zur Ausgestaltung der Krankenhäuser gesetzlich verpflichtet sind. Dazu möchte ich folgendes sagen: Für den Schulbau trifft es zu, dazu sind nach dem Gesetz tatsächlich die Gemeinden verpflichtet. Für die Krankenhäuser trifft das nicht zu, sondern es hat wohl einmal ein Gesetz gegeben, das in seinen §§ 48 und 49 ausgesprochen hat, daß zum Ausbau und zur Deckung des Defizites der Krankenhäuser zu drei Achtel der Bund, zu drei Achtel das Land und zu zwei Achtel die betreffende Gemeinde beizutragen hat. Aber selbst wenn es wahr wäre, geschätzter Herr Abg. Zach, wer könnte uns daran hindern, ein Gesetz, das den Gemeinden Erleichterungen bringen soll, zu schaffen, wenn ein solches fehlen würde? Wer könnte uns daran hindern, die Verpflichtung des Landes zum Bau von Schulen gemeinsam mit den Gemeinden zu übernehmen? Niemand! Wir wären dazu berechtigt und wir wären dazu in der Lage. (*Zwischenrufe bei der Volkspartei.*)

Aber wenn der Herr Abg. Zach auf die Einhaltung der Gesetze so erpicht ist, dann erinnere ich mich daran, daß vor noch gar nicht langer Zeit, erst vor einigen Tagen, hier in diesem Hause, und zwar von der Mehrheit des Hauses ein Antrag abgelehnt wurde, der die Landesregierung aufgefordert hat, die Einhaltung des Gesetzes von seiten der Landwirtschaftskammern zu verlangen. Warum haben Sie da nicht für die Einhaltung des Gesetzes gesprochen? Es freut mich sehr, daß der Herr Abg. Hirmann erklärt hat, der Voranschlag von seiten der Landwirtschaftskammer sei angeblich schon eingetroffen und der Herr Landesrat Waltner wird uns zur gegebenen Zeit berichten. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Solange wir den



Rechnungsabschluß und den Voranschlag nicht gesehen haben, solange werden wir daran nicht glauben. Fünf Jahre sind vergangen und noch nie ist ein solcher Rechnungsabschluß oder ein solcher Voranschlag vorgelegt worden. Jetzt glauben wir nicht mehr daran und Sie werden uns erst den Beweis liefern müssen, ob der Herr Abg. Hirrmann nicht zu viel versprochen hat, wenn er erklärte, der Rechnungsabschluß sei bereits eingelangt. Sie können sicher sein, daß wir alles versuchen werden, um der Landwirtschaftskammer jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie braucht, aber erst dann, bis sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen ist.

So leicht, wie der Herr Abg. Hirrmann sich das vorstellt, ist das nicht, der sagt, wenn wir Sozialisten der Landwirtschaftskammer die Mittel verweigern, dann bedeutet das eine Schädigung der Landwirtschaft. Die Schädigung der Landwirtschaft zu verhindern oder zu vermeiden, das haben Sie in der Hand. Veranlassen Sie also die Landwirtschaftskammer, daß sie morgen den Rechnungsabschluß und den Voranschlag vorlegt und wir werden ihr übermorgen die Mittel bewilligen, damit sie nicht geschädigt wird. Wenn Sie aber glauben, eine Nachlässigkeit der Landwirtschaftskammer damit decken zu können, daß Sie sagen, wenn wir Sozialisten jetzt die Landwirtschaftskammer zur Einhaltung des Gesetzes zwingen, dann bedeute dies eine Schädigung der Landwirtschaft, so ist das eine billige Ausflucht, die nur die Unanständigkeit der Landwirtschaftskammer decken soll. Wir werden dafür sorgen, daß die Bauernschaft erfährt, warum diese Mittel nicht rechtzeitig überwiesen wurden. So einfach, wie sich das der Abg. Hirrmann vorstellt, werden wir es wahrscheinlich nicht machen.

Nun möchte ich noch einiges zum Budget selbst sagen. Es freut mich sehr, daß wieder einmal Gelegenheit ist, zur Landesverwaltung im allgemeinen Stellung zu nehmen. Diese Gelegenheit müßte eigentlich öfter sein als einmal im Jahre. Wir müssen hier neuerlich feststellen, daß es uns sehr verwundert, daß man den Landtag von seiten der Mehrheit in einer Art und Weise behandelt, die alles andere als demokratisch zu nennen ist. Ich erinnere daran, daß eine Reihe von Anfragen an den Herrn Landeshauptmann seit Monaten nicht beantwortet ist. Wenn ich daran denke, daß wir zum Beispiel heuer anläßlich der Budgetberatungen für 1950 einstimmig beschlossen haben, daß dem Kontrollamt das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werde, damit dieses seine Kontrolltätigkeit wirklich ausführen kann und dieser einstimmige Beschluß des Hohen Hauses bis heute noch nicht ver-

wirklicht ist, wenn ich weiter daran denke, daß man erst eine Anfrage stellen mußte, warum Anfragen nicht beantwortet werden, und die ebenfalls noch nicht beantwortet ist, dann muß ich schon sagen: Das ist der Geist, der von 1934 bis 1938 in diesem Hause geherrscht hat und der noch immer in einer Anzahl von Ihnen, die die Angehörigen der Mehrheit bilden, vorhanden ist. Wohlgermerkt, nicht in allen! Es gibt auch unter den Abgeordneten der Volkspartei Demokraten, sie sind nur leider nicht in der Lage, sich gegenüber den anderen durchzusetzen. Aber bei einer Reihe von Abgeordneten der Volkspartei ist Demokratie nur so viel wert, so lange sie gehalten werden muß, und ihr Standpunkt ist wahrscheinlich der: Demokratie absolut, solange sie mir Gutes tut! Wenn Sie Ihnen einmal nicht mehr gut tut, wenn Sie einmal zu Ihrem Nachteil ausschlagen könnte, haben Sie für die Demokratie nichts mehr übrig, dann interessiert Sie auch das Hohe Haus nicht mehr, dann machen Sie, was Ihnen beliebt.

Wenn ich schon bei der Behandlung dieses Hauses durch die Mehrheit bin, dann erinnere ich auch daran, daß zur Jahreswende aus Anlaß der Budgetberatung und aus Anlaß der Eröffnung dieses Hauses nach den Wahlen des Oktober 1949 eine Reihe von Versprechungen gemacht wurde. Sie machen uns hier Vorwürfe, daß wir durch die Forderung nach Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtung durch die Landwirtschaftskammer die Landwirtschaft schädigen. Der Herr Landeshauptmann hat eine Reihe von landwirtschaftlichen Gesetzen, die alle für die Landwirtschaft äußerst dringend und wichtig gewesen sind, versprochen. Ich will Ihnen nur einige nennen: das Kommasationsgesetz, das Meliorationsgesetz, das Fischereigesetz, das Tierzuchtförderungsgesetz und noch einige andere. Von den versprochenen landwirtschaftlichen Gesetzen wurde bisher nur das Tierzuchtförderungsgesetz vorgelegt und beschlossen. Alle übrigen Vorlagen haben bisher den Weg in das Haus nicht gefunden und der Herr Landeshauptmann oder wer sonst zuständig ist, hat scheinbar die damals gegebenen Versprechungen wiederum vergessen oder ist aus Überbürdung mit anderweitigen Arbeiten nicht dazugekommen, diese versprochenen Gesetze vorzulegen und damit sein gegebenes Wort einzulösen.

Es gibt aber in der Landesverwaltung noch einige andere recht unangenehme Dinge. Wenn ich hier nur kurz auf die Behandlung der Staatsbürgerschaftsansuchen zurückkomme, dann muß ich sagen, daß uns der schleppende Gang bei der Erledigung dieser Ansuchen wahrlich etwas verwundert. Wir haben schon Verständnis dafür, daß man bei Einbürge-

rungsansuchen vorsichtig sein muß, daß man jedes Ansuchen genau unter die Lupe nehmen muß, daß man genau untersuchen muß, ob der Betreffende würdig ist, ein österreichischer Staatsbürger zu werden oder nicht. Aber was soll man dazu sagen, wenn Ansuchen aus dem Jahre 1947 und 1948 am Ende des Jahres 1950 noch immer einer Erledigung harren, aber nicht deswegen, weil die Akten nicht komplett sind oder die Untersuchung noch nicht abgeschlossen oder noch etwas zu überprüfen ist, obwohl in den drei Jahren hierzu wahrlich genügend Zeit gewesen wäre, sondern deswegen, weil die Akten ganz einfach in keine Regierungssitzung kommen und nicht entschieden werden. Es gibt eine ganze Reihe von Akten, ja Hunderte von Akten, die vollständig abgeschlossen und entscheidungsreif sind. Ich werde mir erlauben, Ihnen einige Beispiele zu nennen:

Eine Szurowics Stephanie, geboren am 19. Februar 1925, ist seit ihrer Geburt in Österreich. Der Akt liegt unter der Zahl Nr. 4027/50. Sie müssen wissen, daß jedes Jahr die Aktzahl geändert wird und sich an das betreffende Jahr anschließt. Er ist bereits längst entscheidungsreif und abgeschlossen, er ist bereits auf der Liste 127 seit Mai 1950 aufgetragen. Wenn die Herren Abgeordneten nicht wissen sollten, was eine Liste ist, so will ich Ihnen das erklären. Alle entscheidungsreifen Ansuchen werden auf eine Liste aufgetragen, diese Listen werden fortlaufend nummeriert und nun kommt es nur noch darauf an, ob sie vom Landeshauptmann aufgerufen und in die Landesregierungssitzung zur Entscheidung gebracht werden. Dieser Akt steht auf der Liste 127 seit Mai 1950. Wenn Sie glauben, daß er seither aufgerufen und entschieden wurde, dann sind Sie im Irrtum.

Ein Bründl Karl hat angesucht Ende 1947. Die Aktenzahl ist 3747/49, Liste 74, seit April 1949 entscheidungsreif. Wenn Sie glauben, daß er schon die Sitzung passiert hat, sind Sie natürlich im Irrtum.

Dagegen möchte ich gerne wissen, von welchen Erwägungen aus überhaupt die Akten zur Entscheidung in den Sitzungen aufgerufen werden. Ich nenne hier einen Klune Rudolf Friedrich samt Frau. Der Mann ist seit 1945 in Österreich, hat am 7. Mai 1949 um die Staatsbürgerschaft angesucht und hat sie bereits am 14. November 1949 erhalten. Sie sehen, es geht also auch in einem schnelleren Tempo, wenn irgend jemand die Sache betreibt, dem der Herr Landeshauptmann wahrscheinlich ein willigeres Ohr leiht als manchem anderen. Aber man fragt sich hier, von welchem Gesichtspunkt aus werden die Akten einer Entscheidung zugeführt? Sagen Sie mir

nicht, der eine braucht eine längere, der andere eine kürzere Prüfungszeit. Alle Akten, die ich hier nenne, sind abgeschlossen und entscheidungsreif; trotzdem ist der Akt aus 1947 noch in keiner Sitzung gewesen, obwohl er seit April vorigen Jahres entscheidungsreif ist und der andere Akt ist im Mai 1949 anhängig gemacht worden und wurde im November 1949 schon erledigt.

Walchshofer Ernst, angesucht 1948, Aktenzahl 5741/50, vorher Aktenzahl 6421/49 und vorher 3975/48. Der Akt ist also seit 1948 anhängig. Er ist ein Listenakt, der nicht zur Entscheidung kommt, weil er nicht aufgerufen wird und in keine Landesregierungssitzung kommt.

Chayer Karl aus Wiener Neustadt, Zahl Nr. 469/50, angesucht 1948. Der Akt wird nicht entschieden, er ist auf Liste 134 eingetragen.

Ein Beyer Rudolf, geboren 1905, Aktenzahl 941/50, ebenfalls ein Akt, der nicht in die Regierungssitzung kommen kann.

Ich könnte die Liste noch lange fortsetzen, aber ich will Ihnen nur noch einen einzigen Fall nennen. Eine Bertha Müller, Aktenzahl Nr. 1198/46, mittlerweile hat sich die Aktenzahl auf 1886/50 abgeändert, aber der Akt ist seit 1946 anhängig. Er ist längst entscheidungsreif, er wird aber in keine Landesregierungssitzung gebracht und daher auch nicht entschieden.

Nun, geschätztes Hohes Haus, so kann man eine Verwaltung nicht führen. Wenn die Staatsbürger Vertrauen in eine Verwaltung haben sollen, dann müssen sie das Gefühl haben, daß es, unbekümmert wer immer es sei, ganz einfach selbstverständlich ist, daß die betreffenden Akten, wie sie einlaufen und entscheidungsreif werden, auch einer Erledigung zugeführt werden. Es ist unverständlich, daß ganz einfache Dinge, die erst 1949/50 anhängig werden, innerhalb kurzer Frist entschieden werden, während andere Fälle aus 1946 noch immer nicht entschieden werden. Sagen Sie uns, warum diese Entscheidungen nicht getroffen werden, sagen Sie uns, von welchem Gesichtspunkt aus diese Aufrufungen erfolgen, und sagen Sie uns auch, warum keine Erledigungen erfolgen, wenn nicht ein Abgeordneter dieses Hohen Hauses irgendwohin intervenieren geht. Aber abgesehen davon, daß diese Erledigungsart, wie ich sie Ihnen jetzt geschildert habe, hier eingerissen ist, kommt noch dazu, daß nicht einmal in dieser Art erledigt wird, wenn sich nicht ein Abgeordneter dieses Hohen Hauses um ein solches Ansuchen annimmt und wenn er nicht von Tür zu Tür geht und versucht, diesen Akt überhaupt einer Entscheidung zuzuführen. Ohne Intervention eines Abgeord-

neten dieses Hauses ist schon seit langem keine Staatsbürgerschaft in Niederösterreich gewährt worden. Muß das sein? Es ist doch nicht Aufgabe der Abgeordneten, durch ihre Intervention irgendwelche Akten einer Erledigung zuzuführen, sondern es ist eine selbstverständliche Aufgabe der Landesregierung, alle anhängigen Akten automatisch, ohne Intervention, so wie sie anfallen, einer Erledigung zuzuführen und Entscheidungen zu treffen.

Wenn ich nun einige dieser köstlichen Dinge aus der Landesregierung gesagt habe, dann möchte ich mich auch noch kurz mit der Personalpolitik beschäftigen. Aus den Worten des Herrn Berichterstatters war zu entnehmen, daß 395 Angestellte abgebaut wurden und daß 398 Angestellte mehr eingestellt wurden; das heißt, es ist ein Plus von drei Angestellten vorhanden, obwohl ein Abbau von 395 Personen vorgenommen wurde. Im Finanzausschuß hat man uns gesagt, daß dieses Plus jetzt nur deshalb vorhanden ist, weil das die Ziffern des Dienstpostenplanes sind. Die Zahl, die hier angegeben wurde, sei nur die Zahl der Angestellten, die der Dienstpostenplan vorsieht; in Wahrheit seien viel weniger Angestellte vorhanden, so daß kein Plus herauskommt. Sagen Sie uns doch endlich die wahren Ziffern! Wieviel Beamte und Angestellte sind überhaupt beim Lande Niederösterreich angestellt? Wir wissen es nicht. Sie betreiben eine Personalpolitik, von der kein Mensch weiß, ob es hier einen Abbau gegeben hat oder ob Leute eingestellt wurden. Es ist für uns unverständlich, warum Sie 395 Angestellte abbauen, wenn Sie dann 398 wieder einstellen. Sie müssen also zugeben, daß Sie buchstäblich nur, wie Abg. Genner sagte, eine Säuberungsaktion durchgeführt haben, daß der Abbau keinen anderen Zweck gehabt hat, als Ihre parteipolitische Stellung hier in diesem Hause zu verstärken und zu festigen! Wollen Sie auf die Dauer eine solche Personalpolitik betreiben oder wollen Sie nicht endlich mit offenen Karten spielen und sagen, wieviel Angestellte und Beamte Sie in Wirklichkeit haben? Oder glauben Sie, daß in diesem Hause nur die Angehörigen Ihrer Partei das Recht haben, das zu erfahren?

Ich möchte auch noch einiges zu der Versorgungskasse sagen. Die Versorgungskasse, die die Aufgabe hat oder, besser gesagt, hätte, einen Ausgleich der Pensionslasten bei den Gemeinden vorzunehmen und für die Pensionen der in den Ruhestand versetzten Angestellten zu sorgen, ist in einer schwierigen finanziellen Situation. Aus den Ausführungen des Hofrates Dr. Holzfeind im Finanzausschuß konnten wir entnehmen, wie schwierig bereits die Situation geworden ist. Wir mußten

dort zur Kenntnis nehmen, daß die Pensionskasse nicht mehr in der Lage gewesen wäre, die notwendigen Pensionen und Ruhegelder für den Monat Dezember 1950 und Jänner 1951 zur Auszahlung zu bringen, wenn nicht von seiten der Gemeinden Vorauszahlungen geleistet worden wären. Es ist also wahr, daß diese Versorgungskasse dringendst einer Reform bedarf und daß ihr so rasch als möglich Mittel zugeführt werden, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Aber was wir nicht verstehen, ist, daß seit fünf Jahren diese Versorgungskasse autoritär geführt wird, ohne jede Kontrolle, ohne daß jemand irgendeine Möglichkeit hätte, in diese Versorgungskasse Einsicht zu nehmen. Nur ab und zu erfährt man einmal, was mit dieser Versorgungskasse überhaupt los ist. Wir verlangen daher, daß dieser Versorgungskasse bzw. ihrem öffentlichen Verwalter irgendein Beirat zur Seite gestellt wird, der die Möglichkeit hat, Einblick in diese Dinge zu nehmen, damit diesem autoritären Kurs, der da eingerissen ist, endlich, nach mehr als fünf Jahren, ein Ende gemacht wird. Wir hoffen, daß wir sehr bald einen Gesetzentwurf über die Versorgungskasse hier im Hause vorgelegt bekommen werden. Wir hoffen, daß dieser Zustand nicht länger dauern wird, denn wir wären sonst nicht in der Lage, die Zustimmung zu geben, daß der Versorgungskasse aus Landesmitteln 3 Millionen zur Verfügung gestellt werden, ohne daß wir wissen, was in der Versorgungskasse vorgeht. Wir wollen also, daß diese kontrolllose Wirtschaft dort ein Ende nimmt und ein Beirat geschaffen wird, solange bis durch ein eigenes Gesetz die notwendigen Körperschaften geschaffen sind, die diese Kasse dann zu führen haben werden.

Es wird auch sehr viel davon gesprochen, daß Österreich und Niederösterreich ein Kulturland ist und daß hier sehr viel Verständnis für die Kunst aufgebracht wird. Wenn wir uns die Voranschlagsziffern ansehen, so muß ich sagen, allzu kunstfreudig dürfte der Finanzreferent in Niederösterreich nicht sein. Im Jahre 1949 waren für das Kapitel „Kunstpflge“ noch 1 Million Schilling vorgesehen. Im Jahre 1950 waren es nur mehr 920.000 S und im Jahre 1951 werden es nur mehr ganze 870.000 S sein, die wir für die Kulturpflege noch zur Verfügung stellen. Sie können mir sagen, wir müssen überall sparen. Es wird noch im Laufe der Spezialdebatte möglich sein, Sie auf jene Gebiete aufmerksam zu machen, wo man sparen kann! Auch wir sind für das Sparen, wir glauben nur, daß wir am richtigen Platze sparen müssen. Wenn Sie mir entgegenhalten, wir sind ein armes Land geworden und müssen

uns daher auf allen Gebieten einer sparsamen Wirtschaft befleißigen, so habe ich sehr viel Verständnis dafür, aber ich glaube, soviel müßte uns die Kunstpflege in Niederösterreich wert sein, wenn wir schon keine Erhöhung der Posten vornehmen können, daß wir wenigstens den Stand von 1949 halten. Auf Grund der verschiedenen Verteuerungen, die eingetreten sind, ist das ohnehin eine tatsächliche Verminderung. Auch wenn wir heute noch die eine Million Schilling eingesetzt hätten, die wir gehabt haben, wäre es doch praktisch eine Verminderung des Ansatzes. Wenn wir nur mehr 870.000 S haben einsetzen können, so dürfen wir im Lande Niederösterreich nicht allzu stolz auf unsere Kulturpflege sein. Das gleiche gilt auch von der Volksbildung. Wir haben sehr viel Verständnis für das Volk, besonders dann, wenn es gilt, vom Volke irgendwelche Opfer zu verlangen, dann haben wir immer sehr viel Herz für das Volk und dann finden wir auch die richtigen Worte, die zum Volke dringen sollen. Aber wenn es darum geht, für dieses Volk auch etwas aufzubringen, dann hat dieses Hohe Haus weitaus weniger Herz für das Volk! Wir haben 70.000 S — wie im vorigen Jahre — auch heuer wieder für das Kapitel „Volksbildung“ im Voranschlag eingesetzt und ich glaube, daß es wahrlich kein unbescheidener Wunsch wäre, wenn wir verlangen, daß für die Volksbildung von seiten des Landes etwas mehr getan werden müßte, ja daß für die Volksbildung überhaupt nicht zuviel getan werden kann. Ein gebildetes Volk wird erstens weitaus eher die Nöte eines Staates begreifen und weitaus weniger den demagogischen Argumenten irgendwelcher Elemente aufsitzen, und zweitens wird auch vom Standpunkt der Wirtschaft aus gesehen ein gebildetes Volk weitaus produktiver sein als ein ungebildetes. Es wäre also wünschenswert, wenn sich der Herr Finanzreferent darüber den Kopf zerbrechen würde, ob nicht doch im nächsten Jahre die Möglichkeit bestünde, für das Kapitel „Volksbildung“ einen etwas größeren Betrag zur Verfügung zu stellen.

Nun zum Kapitel „Straßenwesen“. Ich werde Sie nicht allzulange damit belästigen. Ich glaube, wir werden bei der Spezialdebatte noch einiges dazu zu sagen haben. Nur ganz nebenbei will ich Ihnen sagen — wenn schon vom Sparen die Rede ist — daß es gerade auf diesem Gebiete manches gibt, was eingespart und dann wieder dem wirklichen Straßenbau zur Verfügung gestellt werden könnte. Wenn irgendwo unnötige Ausgaben gemacht werden, dann ist es gerade beim Kapitel „Straßenbau“ der Fall und wir werden noch Gelegenheit nehmen, dazu Stellung zu nehmen. Ich möchte nur kurz folgendes sagen: Eines der bren-

ndesten Probleme auf dem Gebiete des Straßenbaues ist die Triester Straße von Wien bis Neunkirchen. Diese Straße ist nämlich vollständig unzulänglich. An ihr gibt es viele Stellen mit scharfen und unübersichtlichen Kurven, eine Tatsache, die wahrscheinlich niemand bestreiten wird. Was sich aber gerade in Traiskirchen und Wiener Neustadt auf diesem Gebiete tut, ist bereits eine Kulturschande für Niederösterreich geworden und ich muß sagen, die Fälle in Traiskirchen und Wiener Neustadt hat man schon vor Jahresfrist aufgezeigt und gehofft, daß es nicht mehr so lange dauern kann, bis diese Schande für unser Land und diese Behinderung für unseren Fremdenverkehr auf straßentechnischem Gebiete aus der Welt geschaffen wird. Ich muß sagen, die Hoffnung hat getrogen, der Glaube war ein Aberglaube. Es ist weder aus der Durchzugsstraße von Traiskirchen noch aus der Durchzugsstraße Wiener Neustadt etwas geworden. Es hat heute schon jemand gesagt, daß mit dem ersten Spatenstich allein keine Straßen gebaut werden und wenn er noch so feierlich vorgenommen wird. Es gibt da verschiedene Gründe, die heute angeführt wurden, warum es in Wiener Neustadt noch nicht zum endlichen Bau dieser Durchzugsstraße gekommen ist. Auch hier wird Gelegenheit sein, bei der Spezialdebatte noch näher darauf einzugehen, aber es muß jetzt schon gesagt werden, daß die Wichtigkeit dieser Straße gerade für unseren Fremdenverkehr wahrscheinlich nicht von der Hand zu weisen ist. Wir werden uns in Niederösterreich fragen müssen, ob uns die Regelung dieser schlimmen Angelegenheit nicht doch ein gewisses Opfer wert sein muß und ob uns nicht die Beträge, die wir dort investieren, in anderer Form zurückfließen werden, wenn wir diesen Schandfleck auf der Triester Bundesstraße aus der Welt schaffen. Das gleiche gilt für Traiskirchen. Sie alle kennen wahrscheinlich die Zustände und es ist fast unmöglich, bei einem halbwegs starken Verkehr durch die Ortschaft Traiskirchen mit einem Fahrzeug durchzukommen. Es wäre also hoch an der Zeit, daß das Land Niederösterreich alles tut, was notwendig und möglich ist, um diese beiden Durchzugsstraßen so rasch als möglich zum Ausbau zu bringen. Zum anderen Teil wird es notwendig sein, bei jenen Stellen des Bundes, die dazu beizutragen haben, daß der Ausbau dieser Straßen ermöglicht wird, alles zu unternehmen. Wir müssen dem Bund begreiflich machen, daß das schließlich Bundesstraßen sind. Der Herr Landesrat Müllner hat bei Einbegleitung des Budgets recht schöne Worte gefunden und uns auch begreiflich zu machen versucht, daß der Bund bis zu einem gewissen

Grad im Recht ist, wenn er die Forderung gestellt hat, wenn wir ein so schulfreundliches Herz besitzen, dann müssen wir eben auch die Kosten übernehmen. Ich könnte mir nun vorstellen, daß Landesrat Müllner anlässlich von Verhandlungen über die Bundesstraßen einmal dem Bund gegenüber eine Gegenforderung aufstellen würde. Was könnte denn dagegen gesagt werden, wenn man zum Bund mit folgender Forderung kommen würde: Wir haben Verständnis für deine Forderung auf Übernahme der etwa zu hohen Kosten bei den Lehrern durch uns, habe aber auch du einmal Verständnis für deine Verpflichtung — die hat der Bund gesetzlich —, für unseren Wiederaufbau beizutragen. Seit fünf Jahren haben wir davon nur gehört, gesehen haben wir von diesen Mitteln des Bundes bisher nichts. Wenn der Bund an uns, an das Land Niederösterreich, Forderungen zu stellen hat, dann können ja auch wir Niederösterreicher einmal an den Bund Forderungen stellen. Sind denn nur wir allein verpflichtet, dem Bund gegenüber Forderungen zu konzedieren, sind denn nur wir Niederösterreicher allein verpflichtet, die Schwierigkeiten des Bundes zu verstehen? Ist nicht auch der Bund verpflichtet, die Schwierigkeiten der Bundesländer und darunter natürlich auch die Schwierigkeiten des Bundeslandes Niederösterreich zu verstehen? Wir könnten also schon unter Umständen eine Verhandlungsgrundlage haben, bei der vielleicht mit viel, viel Anstrengung der Bund doch einmal zu bewegen wäre, in Niederösterreich seinen Verpflichtungen auf dem Gebiete des Wiederaufbaues nachzukommen.

Es wurde auch sehr viel vom Wohnungsbau geredet. Ich habe schon im Finanzausschuß kurz dazu Stellung genommen. Ich möchte Ihnen nur noch folgendes sagen: Der Wohnungsbau ist notwendig und dringend. Es ist eine Tatsache, daß wir nicht soviel bauen können, als notwendig wäre. Es kann in Niederösterreich, wie überhaupt in Österreich, niemals zuviel gebaut werden. Gerade deswegen, weil die Wohnungsnot so groß ist und weil wir nicht nur die heute tatsächlich Wohnungslosen, sondern auch alle jene in Betracht ziehen müssen, die in menschenunwürdigen Wohnungen hausen oder irgendwo als Untermieter Unterschlupf oder bei einem Verwandten gnadenweise Unterstand gefunden haben, ist der Wohnungsbau so dringend notwendig. Solange wir nicht in der Lage sind, genügend Wohnungen zu schaffen, ist eine vernünftige Lenkung des vorhandenen Wohnraumes zu organisieren und sicherzustellen. Wir werden also nach wie vor nicht darüber hinwegkommen, zu fordern, daß der Herr Landeshauptmann endlich die §§ 7 und 8 des

Wohnungsanforderungsgesetzes in Niederösterreich in Kraft setzt. Solange diese beiden Paragraphen nicht in Wirksamkeit treten, solange ist ein Wohnungsanforderungsgesetz in der Form, wie wir es jetzt haben, ein wertloses Fetzen Papier, es ist zwecklos und wird zu keinem Erfolg führen. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen anführen, wie heute das Wohnungsanforderungsgesetz gehandhabt wird, und ich könnte Ihnen an einer Reihe von Beispielen zeigen, wie wertlos und zwecklos es geworden ist. Ich habe vor mir eine Anzahl von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofentscheidungen liegen, die dieses Gesetz betreffen. Es ist ganz einfach haarsträubend, welche Spruchpraxis sich hier herausgebildet hat. Und wenn der Nationalrat dieses Wohnungsanforderungsgesetz eines schönen Tages ablaufen lassen wird, kann ich Ihnen nur sagen: viel haben die Gemeinden und die Wohnungslosen nicht verloren, solange dieses Gesetz nicht in seiner ganzen Form, in seinem ganzen Inhalt in Wirksamkeit tritt. Hier in Wien hat der Landeshauptmann und Bürgermeister diese beiden Paragraphen in Kraft gesetzt, hier ist jede Wohnung, die frei wird, automatisch angefordert, hier kann das Wohnungsamt über Wohnungen, die frei werden, verfügen. In Niederösterreich kann über eine solche Wohnung der Hausherr verfügen, solange ihm der Anforderungsbescheid nicht zugestellt wird. Die Zustellung des Anforderungsbescheides erfordert mindestens drei Tage und während dieser drei Tage hat der Hausherr seine Wohnung anderweitig vergeben. Ob nun der Betreffende bedürftig ist oder nicht, ist für den Hausherrn uninteressant. Nur der, der den geforderten Mietzins zu bezahlen in der Lage ist, erhält diese Wohnung, und die wirklich Wohnungslosen können weiter warten. Wenn Sie also ehrlich bestrebt sind, wie Herr Abg. Zach gesagt hat, jeden möglichen Weg zur Behebung der Wohnungsnot zu gehen, dann können Sie sich nicht der Forderung verschließen, daß die Wohnungen, solange zu wenig vorhanden sind, vernünftig zugeteilt werden müssen. Das kann nur geschehen, indem die beiden genannten Paragraphen in Wirksamkeit gesetzt werden.

Das wollte ich kurz in der Generaldebatte zu dem Voranschlag sagen. Es wird noch Gelegenheit sein, in der Spezialdebatte eingehend über manches andere zu sprechen.

Es wird noch Gelegenheit sein, über die Schule zu sprechen und sich auch mit den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen und mit verschiedenen anderen Dingen ausführlich zu beschäftigen. Für jetzt möchte ich abschließen mit dem Appell an Sie: Wenn Sie wirklich ernstlich gewillt sind, diesem Lande

zu dienen, wenn Sie Wert darauf legen, daß wir im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung in Not und Gefahr gemeinsam zusammenstehen, dann müssen Sie auch das Verständnis aufbringen, daß diese Zusammenarbeit alle Gebiete umfassen muß und daß Sie nicht auf gewissen Gebieten eine Majoritätspolitik betreiben dürfen! *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT: Ich unterbreche die Sitzung bis 19 Uhr 45 Minuten. Wir werden dann die Generaldebatte weiterführen.

*(Die Sitzung wird um 18 Uhr 47 Minuten unterbrochen.)*

PRÄSIDENT *(nach Wiedereröffnung der Sitzung um 19 Uhr 47 Minuten)*: Ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir fahren in den Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich fort. Als nächstem Redner erteile ich dem Abg. D u b o v s k y das Wort.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Die Budgetberatungen jeder öffentlichen Körperschaft stellen das entscheidendste Ereignis innerhalb eines Jahres in diesen Körperschaften dar. So ist es auch im nö. Landtag, denn in diesen Budgetverhandlungen wird letzten Endes darüber entschieden, wie die Mittel für die Aufgaben, die das kommende Jahr dem Landtage stellt, aufgebracht werden sollen, wie sie verwendet werden, wer sie bezahlt und wer davon etwas erhalten soll. Die Budgetberatungen geben daher in jeder demokratischen Körperschaft Gelegenheit, um an ihr, zum Beispiel an der Landesregierung, der Bundesregierung, dem Gemeindevorstand oder um welche Körperschaft es sich überhaupt handelt, Kritik zu üben, und zwar eine Kritik, die im Interesse der Bevölkerung gelegen sein muß und nicht von irgendwo herbeigezerrt sein darf. Hier im nö. Landtag gibt es nämlich bei einigen Vertretern der Mehrheitspartei eine gewisse Nervosität, wenn an der Gebarung des Landes oder an der Aufbringung der Mittel für den Voranschlag oder an der ganzen Politik der Landesregierung überhaupt Kritik geübt wird. Anstatt zu verstehen, daß diese Kritik letzten Endes eine Hilfe darstellen könnte, eine Hilfe auch für die Landesregierung, damit sie verschiedene, die Bevölkerung betreffende Fragen verbessern könnte, glaubt man, mit irgend welchen Ausflüchten und Provokationen über die Notwendigkeit einer Kritik hinwegtäuschen zu können.

Wenn wir uns im nö. Landtag mit dem Budget beschäftigen, so ist es unsere Pflicht, von den Bedürfnissen des niederösterreichischen Volkes und von den Erwartungen, die es an diesen Landtag, vor allem aber an dieses Budget stellt, auszugehen und die Sorgen und

Nöte des niederösterreichischen Volkes hier in der Debatte zum Ausdruck zu bringen und festzustellen, ob nicht so manches an der Budgeterstellung geändert werden könnte. So schaut es aber keineswegs aus. Betrachten wir heute das Leben der niederösterreichischen Bevölkerung, der kleinen Leute in Niederösterreich, nicht der Besitzenden — und wir fühlen uns verpflichtet und wir haben es immer wieder unterstrichen, ausnahmslos nur die Interessen dieser kleinen Leute zu vertreten —, so finden wir, daß Sie zwar sehr viel von den Nöten der kleinen Leute reden, aber dann in Wirklichkeit — das geht aus dem Budget hervor — die Taten nicht folgen lassen, sondern immer nur die Besitzenden unterstützen. Was erwarten sich diese kleinen Leute in Niederösterreich heute? Sie selbst haben einige Male in der Budgetdebatte gesprochen, wie brav die niederösterreichischen Arbeiter gewesen sind, wie sie, oftmals von einer Wassersuppe lebend, alles darangesetzt haben, um die Produktion in Gang zu bringen und wie fleißig die öffentlich Angestellten sind und wie sie heute noch unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit mit einem Einkommen erfüllen, das weit unter dem der Vorkriegszeit liegt. Die ganzen Jahre hindurch, als am Tisch der Arbeiter und der kleinen Leute zu wenig Brot gewesen ist, während die Besitzenden dank ihrer Beziehungen sich alles verschaffen konnten, findet man für diese armen Leute immer wieder nur schöne Worte, Worte, wie: „Seid weiter brav, harret aus, die Zeiten für euch werden schon noch besser werden!“ Was muß aber heute die arbeitende Bevölkerung, der kleine Mann, feststellen? Ein Lohn- und Preispaakt — das wurde hier ja schon gesagt — nach dem anderen wird abgeschlossen, aber von einem Lohn- und Preispaakt zum anderen wird das Leben dieser kleinen Leute schwerer und schwerer. Ein Währungsschutzgesetz nach dem anderen haben wir erlebt, alles unter dem Vorwand, daß wir in Österreich zu keiner Inflation kommen wollen. Wenn wir uns die Ziffern dieses Budgets und ihre Steigerung von einem Jahre zum anderen anschauen, die heuer allein bei den Ausgaben 14,4% ausmacht, dann muß man zur Kenntnis nehmen, daß diese Zahlen dafür sprechen, daß man diese kleinen Leute all die Jahre hindurch belogen hat. Diese Steigerung der Ziffern des Budgets bedeutet nämlich nichts anderes als ständige Verschlechterung unseres Geldes, die ständige Verschlechterung der Lebensverhältnisse dieser kleinen Leute in Österreich. Diese kleinen Leute hegen nun die Hoffnung, daß hier im Budget einiges für sie vorgesehen wird. Wir müssen feststellen, daß gerade diese

kleinen Leute durch all die Jahre hindurch unter den schwierigsten Verhältnissen, unter den größten Entbehrungen ihren Beitrag zum Aufbau geleistet haben und mit ihrer Hände Arbeit die Industrie, das Gewerbe, die Landwirtschaft soweit gebracht haben, wie sie heute sind. Ja, sie haben die Industriebetriebe soweit gebracht — und da möchte ich dem Abg. Zach antworten, der erklärt hat, alle Stände haben Opfer gebracht —, daß diese Betriebe solche Gewinne ausweisen, daß einige Aktionäre im Jahre mehr einnehmen, als an Arbeitslohn und Gehältern an viele tausend Arbeiter und Angestellte dieser Betriebe das ganze Jahr ausbezahlt wird. Nicht alle Stände haben also Opfer gebracht, denn während die Arbeiter und Angestellten, die kleinen Leute, die kleinen Gewerbetreibenden, die Intellektuellen, die kleinen Bauern gehungert und entbehrt haben, hat es eine kleine Schicht in Österreich, zahlenmäßig zwar nicht groß, aber einflußmäßig desto größer, verstanden, aus der Not und Entbehrung dieser kleinen Leute soviel herauszuholen, daß beispielsweise heute die Banken, die genügend Industrieobligationen besitzen, gar nicht mehr an einem Bankensanierungsgesetz interessiert sind, weil sie in den vergangenen fünf Jahren aus den Industriebetrieben soviel herausgeschunden haben, daß sie alle Kriegs- und Nachkriegsverluste aufholen und wettmachen konnten. Dadurch stellt sich heute die finanzielle Situation der Banken wesentlich besser, als es vor dem zweiten Weltkrieg der Fall gewesen ist. Angesichts dieser Ziffern und Tatsachen nun davon zu sprechen, daß alle Stände Opfer gebracht haben, halte ich für eine Frivolität, denn überall — wir können hingehen, wohin wir wollen — werde ich Ihnen beweisen, daß es einzig und allein die kleinen Leute gewesen sind, deren Leben ununterbrochen mit neuen Opfern belastet wurde, die immer mehr und mehr als Steuerobjekt herangezogen wurden und die immer mehr und mehr zur Sanierung der großen Unternehmungen beitragen mußten. Diese kleinen Leute, die all die Jahre hindurch viel entbehrt haben, erwarten nun von diesem Budget, daß Vorsorge dafür getroffen wird, daß sie wenigstens das bescheidene tägliche Brot, das sie jetzt haben, auch weiterhin erhalten, daß sie weiter ein menschenwürdiges Dach über ihren Kopf besitzen, daß ferner ihre Kinder beruhigt in die Zukunft schauen können, daß endlich ihnen die öffentliche Hand das Auskommen garantiert und daß schließlich ihre Kinder eine gediegene Ausbildung erhalten können. Alle diese Wünsche finden aber in diesem Budget keinen Niederschlag. Man kann ruhig sagen, diese kleinen Leute sind jetzt fünf Jahre mit Versprechun-

gen gefüttert worden und man wird versuchen, sie noch weiter mit Versprechungen zu füttern. Aber der Zustand dieser Menschen wird immer beängstigender, wird immer unerträglicher und wird letzten Endes dazu führen, daß man auch diese wiederholten und niemals gehaltenen Versprechungen nicht mehr glauben wird. (*Ruf bei der ÖVP: Nur Ihren Versprechungen werden Sie glauben!*) Sie werden an sie auch glauben, da können Sie überzeugt sein. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das, was wir versprochen haben, werden wir halten, ohne auch nur ein Wort zu vergessen. (*Abg. Endl: Die Freiheit!*) Ja, das ist die Freiheit, Abg. Endl, aber du weißt ja nichts davon. (*Abg. Endl: Ich war auch eingesperrt.*) Du verstehst ja nichts. (*Abg. Endl: Du verstehst vielleicht, was Freiheit ist.*) Die Berücksichtigung dieser Sorgen und Nöte sucht man vergebens in diesem Budget. Und es wird schon schön langsam bekannt in Niederösterreich, daß dieser Landtag, diese Landesregierung den Erwartungen der kleinen Leute nicht gerecht wird. Schauen Sie sich doch die Galerien dieses Landtages an, wie leer sie sind. (*Zwischenrufer rechts: Ja, das sind Beamte des Landes.*) Hier dokumentiert sich doch am deutlichsten die Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung. Es gibt keine öffentliche Körperschaft in Österreich, wo die Bevölkerung eine derartige Teilnahmslosigkeit zeigt, wie beim nö. Landtag, weil die Bevölkerung eben nicht mehr erwartet, Hilfe von diesem Landtag zu erhalten.

Das Budget schaut auch ganz so aus, wie es die ganzen fünf Jahre hindurch gehalten wurde. Wenn wir die Zahlen betrachten — ich habe schon darauf hingewiesen —, so können wir feststellen, daß die Einnahmen im heurigen Jahre von 290 Millionen auf 330 Millionen steigen, während die Ausgaben von 311,7 Millionen auf 356,7 Millionen Schilling im ordentlichen Budget steigen. Das bedeutet, daß bei den Einnahmen eine Steigerung um 13,9% und bei den Ausgaben eine Steigerung um 14,4% eintreten soll. Im außerordentlichen Voranschlag liegen die Dinge ähnlich; dort tritt gegenüber dem Vorjahre bei den Einnahmen eine Erhöhung um 32,5% ein und bei den Ausgaben um 16,9%, das heißt, daß die Summe, das Volumen des Budgets gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche Zunahme erfährt. Der Herr Finanzreferent hat hier in einer längeren Rede auch versucht, zu begründen, wieso, weshalb und warum diese Erhöhung stattfindet und welcher schweren Kampf eigentlich so ein Finanzreferent zu führen hat, um die Mittel herzubringen, die die anderen ausgeben wollen. Hier, glaube ich, ist schon so die eigene

Meinung des Herrn Finanzreferenten herausgerutscht. Er will nämlich mit dieser Begründung darauf hinweisen, daß ja in Wirklichkeit der Finanzreferent alles einteilen müßte, daß der Finanzreferent eigentlich über jedem Referat sitzen und bestimmen müßte, was ausgegeben und wofür es ausgegeben werden darf. Da würden wir schön ausschauen! Dann würde die Sache noch viel krasser werden, als es heute schon der Fall ist. Aber der Finanzreferent ist nicht umsonst auf diesen Gedanken verfallen, denn in Wirklichkeit will er ja so wie im vorigen Jahre auch heuer wieder eine Bestimmung oder einige Bestimmungen in das Budget einbauen, die zum größten Teil seinen diktatorischen Gelüsten — und es sind diktatorische, faschistische Gelüste, die hier der Finanzreferent zum Ausdruck gebracht hat — gerecht werden sollen. Seine berüchtigten „Ermächtigungen“ sind es wieder wie im vergangenen Jahre. Im vergangenen Jahre hat sich ja schon gezeigt, was diese Ermächtigungen angerichtet haben. Zuerst hat man bei den Bauten eine 15%ige Kürzung vorgenommen. Das hat bedeutet, daß mit vielen Arbeiten erst begonnen werden konnte, als man, wie ein Abgeordneter richtig gesagt hat, auf den Bauplätzen bereits zusammengekehrt hat, weil die Mittel nicht früher freigegeben wurden. Und die Mittel werden keineswegs freigegeben, wenn es die Landesregierung beschließt, sondern erst, wenn der Finanzreferent zustimmt und einen Beschluß faßt.

Mit dieser Ermächtigung will man die ganze Budgethoheit des Landtages ausschließen, um das ohnehin schon schlechte Budget noch weiter verschlechtern zu können. Um diese Ermächtigungen begründen zu können, greift man im heurigen Jahre zu derselben Maßnahme wie im vergangenen Jahre. Man ruft im ordentlichen Budget ein künstliches Defizit hervor. Es wird dadurch hervorgerufen, daß man aus dem ordentlichen Haushaltsplan in den außerordentlichen 27 Millionen überweist — im vergangenen Jahre waren es 20 Millionen. Ich muß sagen, das ganze Budget ist meiner Meinung nach nichts anderes als ein Budget der Unaufrichtigkeit. Wenn man zu solchen Manipulationen greift, um eine Ermächtigung begründen zu können, liegt eine Unaufrichtigkeit vor.

Diese Unaufrichtigkeit kommt auch in den Budgetziffern zum Ausdruck. So setzt beispielsweise der Herr Finanzreferent im heurigen Jahre bei den Einnahmen nur um 40,5 Millionen mehr an als im vergangenen Jahre, obwohl, wie er schon im Finanzausschuß zugegeben hat, die Gebarung des heurigen Jahres mindestens um 42 Millionen günstiger abschließen wird als budgetiert war.

Das heißt, man setzt für das kommende Jahr weniger ein, als man im heurigen Jahre tatsächlich eingenommen hat. Wenn der Herr Finanzreferent sagt, es werden um 40,5 Millionen Mehreinnahmen kommen, dann können Sie überzeugt sein, daß es nicht um 40,5 Millionen, sondern um einiges mehr sein werden. Hier sehen wir also die Unaufrichtigkeit, die in der Erstellung des Budgets ihren Niederschlag findet.

Aber dazu noch einiges anderes. Nicht nur, daß man die Mehreinnahmen des laufenden Budgetjahres nicht berücksichtigt hat, hat man auch nicht das Mehr im kommenden Budgetjahr bei den entscheidenden Einnahmequellen des Landes berücksichtigt. Das sind die Lohnsteuer, die Warenumsatzsteuer, die Verbrauchssteuern und die Einkommensteuer. Die Lohnsteuer allein wird durch das 4. Lohn- und Preisübereinkommen mindestens eine 15%ige Erhöhung erfahren. Den Lohn- und Gehaltsempfängern hat man im Durchschnitt eine 10%ige Lohn- und Gehaltserhöhung gegeben. 10% mehr Lohn und Gehalt bedeuten aber nicht eine Erhöhung der Steuerlasten für die Lohn- und Gehaltsempfänger nur um 10%, sondern die Lohn- und Gehaltsempfänger steigen ja dadurch in eine höhere Steuerstufe und ihre steuerliche Belastung nimmt daher um einiges mehr zu, als ihre Zulagen nach dem 4. Lohn- und Preispaakt ausmachen. Man muß mindestens mit einer 15%igen Steigerung der Lohnsteuer rechnen. Die Warenumsatzsteuer wird, das werden Sie ja selbst zugeben müssen, durch die Preissteigerungen, die ja nicht bei 10% steckengeblieben, sondern bedeutend höher sind, ganz entscheidend beeinflußt werden, ja viel entscheidender, als dies im Budget vorgesehen ist. Auch hier müssen also wesentlich größere Mehreinnahmen vorliegen. Diese Art der Budgetierung will man als Elastizität der Finanzpolitik bezeichnen. Wir verstehen schon, daß eine bestimmte Elastizität vorhanden sein muß, auch in der Finanzpolitik, und daß man die Budgetziffern nicht auf den Groschen genau erstellen kann. Aber bei den Einnahmen die Budgetziffern um 20% niedriger anzusetzen, als sie im heurigen Jahre waren und wie das wahrscheinlich auch im kommenden Jahre der Fall sein wird, das ist keine Elastizität der Finanzgebarung mehr, das ist Beschwindelung des Landtages, Beschwindelung der Bevölkerung. Diese Unaufrichtigkeit der Budgeterstellung findet überall ihren Niederschlag; man kann hernehmen was man will, überall wird man das gleiche feststellen können. Der Abg. Zach hat mit Recht gesagt: „Ja, es ist immer so auf der Welt, daß dem Schwächeren genommen und dem Stärkeren gegeben wird.“ Auf der ganzen Welt ist das



nicht so! Aber hier in diesem Budget ist dieser Ausspruch besonders zu unterstreichen. Hier kommt es ganz klar zum Ausdruck, wer wirklich die Steuerlast zu tragen hat, wer wirklich die Einnahmsquelle für das Budget des Landes abgibt und für wen am wenigsten aufgewendet wird. Wenn wir von der Einnahmenseite alles streichen, was durchlaufende Posten oder zweckbestimmte Einnahmen sind, so bleiben im wesentlichen zwei große Gruppen von Einnahmen übrig: die Ertragsanteile und die 20%ige Landesumlage. Zusammen ergeben diese Einnahmsquellen 277 Millionen Schilling. Woher stammen nun diese Anteile? Die Landesumlage besteht ja letzten Endes auch nur darin, daß man den Gemeinden 20% ihrer Ertragsanteile wegnimmt und diese der Verwaltung des Landes zur Verfügung stellt. Wie schaut es nun mit den Ertragsanteilen aus? Wer sind jene, die die Leistungen für diese Ertragsanteile erbringen? Das ersehen wir aus der Aufstellung, die in diesem Budget enthalten ist. In dieser Aufstellung figurirt als erstes die Einkommensteuer mit 53,736.000 S gegenüber 58,990.000 S im Jahre 1950. Dann folgt die Lohnsteuer, die von rund 38,000.000 S auf fast 71,000.000 S gestiegen ist. Wenn man diese zwei wesentlichen Bestandteile, ich möchte fast sagen die Grundelemente der Ertragsanteile, hernimmt, um aus ihnen Rückschlüsse auf die anderen Steuern, die unter den Ertragsanteilen verrechnet werden, zu ziehen, so sehen wir, daß die Lohnsteuer schon wesentlich vor der Einkommensteuer rangiert. Dazu kommt aber noch, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Einkünfte dazu benötigen, um nur ihr Leben und das Leben ihrer Familienangehörigen aufrecht erhalten zu können. Das heißt mit anderen Worten, daß das, was verdient wird, ausschließlich zur Erhaltung der Arbeitskraft verausgabt wird. Anders liegen die Dinge bei der Einkommensteuer. Wir wissen, daß den Lohnsteuerpflichtigen, also den Lohn- und Gehaltsempfängern, die Steuer pünktlich jedes Wochenende oder jedes Monatsende abgezogen wird. Der Lohnsteuerpflichtige hat keine Möglichkeit, sein Einkommen niedriger zu bemessen oder die Steuer schuldig zu bleiben. Er muß die richtig bemessene Steuer rechtzeitig bezahlen. Anders liegen die Dinge bei der Einkommensteuer. Wohl gibt es eine große Zahl kleiner Geschäftsleute, kleiner Bauern, die einkommensteuerpflichtig sind und die auch, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger, nur so viel verdienen, daß sie gerade noch mithumpeln können bei dem, was wir Leben nennen. Wir sehen aber auch eine große Zahl von Einkommensteuerpflichtigen, die nicht zur Gänze ihr Einkommen verzehren, sondern die min-

destens die Hälfte ihres Einkommens zur weiteren Kapitalsvermehrung oder Kapitalsbildung verwenden. Jeder Volkswirtschaftler wird bestätigen, daß diese Annahme noch zu gering ist. Wenn wir aus diesen Steuererträgen weitere Schlüsse ziehen, so müssen wir sagen, daß drei Viertel der Einkommensteuer und Lohnsteuer von den Kleinverdienern und nur ein Viertel von den Großeinkommen der Einkommensteuerpflichtigen aufgebracht wird. Das gleiche Bild ergibt sich auch bei den Verbrauchersteuern. Von der veranschlagten Biersteuer von 16,5 Millionen Schilling entfallen mindestens 12,000.000 S auf Leistungen der Lohnsteuerpflichtigen, von der Weinsteuern von 4,858.000 S mindestens 3,000.000 S. Die Schaumweinsteuer überlassen wir zur Gänze den Einkommensteuerpflichtigen, ebenso die Mineralölsteuer, obwohl es auch eine Menge Lohn- und Gehaltsempfänger gibt, die für den Betrieb ihrer Motorräder Mineralölsteuer bezahlen müssen. Aber, wie gesagt, die Mineralölsteuer will ich zur Gänze den Einkommensteuerpflichtigen zubilligen, ebenso die Erbschaftssteuer und die Kraftfahrzeugsteuer. Die entscheidende Säule, die Warenumsatzsteuer hingegen, die mit 93,618.000 S präliminiert ist, stammt wieder zum Großteil von den Lohn- und Gehaltsempfängern. Wenn Sie nun alle diese Ziffern zusammenrechnen, so ergibt sich, daß von der Gesamtsumme der Ertragsanteile von 253,000.000 S ein Betrag von 155,000.000 S auf Leistungen der Lohn- und Gehaltsempfänger entfällt. Durch eine gleiche, entsprechende Aufschlüsselung der Landesumlage wird sich dieses Bild noch ungünstiger gestalten. Das heißt also, das entscheidende Steuerobjekt im Lande Niederösterreich stellen die kleinen Leute, vor allem die Lohn- und Gehaltsempfänger dar.

Natürlich war die Erörterung dieser Dinge schon im Finanzausschuß äußerst unangenehm. Landesrat Müllner hat auch sofort zu Beginn seiner Ausführungen erklärt, er wolle sofort auf die Besprechung der Ausgaben eingehen, weil er wußte, daß von seinem Standpunkt aus eine Besprechung der Einnahmenseite sehr unangenehm ist. Deshalb ist er darüber hinweggegangen. Er hat uns hier eine längere Rede gehalten, die allem anderen entsprochen hat als dem, was ganz Niederösterreich von einem Finanzreferenten wirklich erwartet hätte. Was erwartet man von einem Finanzreferenten? Man erwartet, daß er aufzeigt, was geschehen soll im kommenden Jahre und welche Methode, welche Kräfte wir anwenden müssen, um bestimmte Fragen, die die niederösterreichische Bevölkerung beschäftigen, einer Lösung zuzuführen, weiter wie ans Werk gegangen werden soll, damit sich die Verhältnisse in Nieder-

österreich bessern, und endlich auch die Versprechungen eingehalten werden, die man fünf Jahre hindurch den Lohn- und Gehaltsempfängern in Niederösterreich gemacht hat. Nichts von all dem, keine Perspektive eines Aufstieges, keine Perspektive eines Aufschwunges, eine Rede durch und durch erfüllt von Pessimismus, durch und durch erfüllt von Zweifel, ausgeklungen nur in der Feststellung, wir müssen weiter sparen. Sparen ist schon richtig, aber unter Sparen verstehen wir die zweckmäßigste Verwendung der Mittel. Der Herr Landesrat Müllner hat in seiner Rede schon gezeigt, was er unter diesem Sparen versteht. Vor allem haben es ihm die Spitäler und die Fürsorgeanstalten angetan. Daß diese dem öffentlichen Wohle dienenden Anstalten immer und überall mit einem Defizit abschließen, weil sie ja der öffentlichen Notwendigkeit dienen müssen und daher der Subventionierung durch die öffentliche Hand bedürfen, geht in das Gehirn des Landesfinanzreferenten nicht hinein. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er diese Anstalten wirtschaftlich, kapitalistisch, das heißt vom Profitinteresse aus führen will. Man hat so direkt gespürt, wie es ihm darum geht, aus diesen Fürsorgeinstitutionen womöglich einen Profit für das Land herauszuholen. Nein, meine Herren, so kann man kein Gesundheitswesen aufbauen, so kann man keine Fürsorge betreiben. Das sind zwei Gebiete, die immer und überall der Unterstützung der öffentlichen Hand bedürft haben. Ja, wenn er davon gesprochen hätte, sie rationell zu führen, dann sind wir bereit mitzumachen. Das bedingt aber vor allem eine Änderung der Personalpolitik, indem man diese Anstalten nicht als Brutstätten des Arbeiter- und Angestelltenbundes von Niederösterreich ansieht und jede fachliche Qualifikation außer acht läßt. Derzeit ist nur Hauptsache die Empfehlung von der Bezirksleitung der ÖVP, ob einer etwas kann oder nicht, ist Wurst. Bei der Personalpolitik muß man also beginnen, man muß beginnen Menschen einzustellen, unabhängig davon, welche Weltanschauung sie haben und welcher Parteirichtung sie angehören, entscheidend muß das fachliche Können, die fachliche Qualifikation sein.

Der Herr Landesrat Müllner hätte viel besser getan, wenn er anstatt, wie er gesagt hat, diese Anstalten nach dem Rentabilitätsprinzip führen zu wollen, beim Bundesminister für Finanzen dafür eingetreten wäre, daß endlich das Krankenanstaltenfondsgesetz geschaffen wird, das eine wesentliche Entlastung des Landes und der Gemeinden bedeuten würde, vor dem sich aber der Bund bisher immer noch gedrückt hat.

Eine weitere Sache, die es ihm angetan hat, sind die Schulen. Darüber ist schon einiges gesagt worden. Er hat immer und immer wieder unterstrichen, daß hier gespart werden müsse und daß hier Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Fürsorge und Schulen, das sind zwei entscheidende Aufgaben einer öffentlichen Körperschaft, wenn sie dem Wohle des Volkes dienen will. Hier gibt es kein Sparen in dem Sinne des Landesrates Müllner, sondern hier muß alles versucht werden, um noch mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen, um die Dinge auf diesem Gebiete immer wieder zu verbessern, weil sie in Zukunft ein Vielfaches dessen zurückbringen, was wir heute hineinstecken.

Bei dieser Gelegenheit, so im Vorbeigehen, hat er dann auch gesagt, er könne die Landesregierungen in den westlichen Bundesländern nicht verstehen, daß sie ihren Angestellten Gehaltsaufbesserungen gewährt haben. Hier in Niederösterreich, sagte er, werde es so etwas nicht geben. Das war so der Ton seiner Ausführungen. Wenn man diese Tonleiter durchgeht, so sieht man, daß das alles Maßnahmen sind, die gegen jene Teile der Bevölkerung gerichtet sind, die am meisten durch ihre Steuern zur Erhaltung dieses Landes beitragen, während man auf der anderen Seite — und wir können, wenn Sie es wünschen, das Budget durchgehen — immer wieder Posten findet, die unter den verschiedensten Titeln letzten Endes darauf hinauslaufen, daß man den Besitzenden die Steuern, die sie leisten oder vielmehr schuldig bleiben, durch irgendeine Subventionierung zurückerstattet. Das ist das Budget, wie es uns heuer vorliegt. Der Herr Landesrat Müllner hat zwar erklärt, er werde das Geld herbeischaffen müssen, gleichzeitig hat er aber darauf hingewiesen, daß das Land keine Finanzhoheit besitze. Er hat auch kein Wort über den Kampf verloren, den er im Interesse Niederösterreichs zu führen gehabt hätte.

Wir müssen folgendes feststellen: Der Finanzreferent des Landes bringt von einem Jahr zum anderen für das Land neue Belastungen, dem Finanzminister aber macht er immer neue Zugeständnisse. Im vergangenen Jahre war es zum Beispiel die Weglassung des Wiederaufbauvoranschlags, das heißt die stillschweigende Anerkennung dessen, daß Niederösterreich vom Bund keinen Groschen für seinen Wiederaufbau bekommt. Die Wiederaufbaukosten dieses Landes betragen bisher, gelinde gerechnet, 100 Millionen Schilling. Auf diesen Betrag hat man mehr oder weniger verzichtet. Wir haben immer wieder einen Kampf gegen das Notopfer der Länder und Gemeinden geführt. Für heuer hat man einen anderen

Namen dafür gefunden, statt Notopfer heißt es jetzt Bundespräzipuum. Das heißt, daß aus einer vorübergehenden Maßnahme, die angeblich notwendig war, um einen drohenden Staatsbankrott zu verhindern, eine dauernde Belastung der Gemeinden und der Länder geworden ist. Haben wir je einmal davon ein Wort gehört? Haben wir gehört, in welcher Art und Weise unter Hinweis auf die Kriegsschäden in Niederösterreich der Kampf darum geführt wurde, daß Niederösterreich dieses Bundespräzipuum nicht in dieser Höhe zu leisten brauche, sondern daß hier die Wiederaufbaukosten in Abzug gebracht werden müssen? Kein Wort davon! Dafür aber neue Lasten! Dieses Bundespräzipuum ist gegenüber dem Notopfer des Vorjahres erhöht worden. Dazu kommt noch das Übereinkommen, wonach die Klassenstärke in Volksschulen pro Schulklasse von 30 Schülern auf 31 Schüler erhöht wurde. Das ist eine weitere schwere Belastung für das Land. Wir fragen da wirklich mit Recht: Wo hat der Finanzreferent gekämpft, daß er das notwendige Geld herbeibringt? Im vorliegenden Budget findet das keinen Ausdruck. Das hat er auch nicht begründen können. Statt dessen hat er geglaubt, in seiner Rede bramarbasieren zu müssen. Was uns betrifft, so können wir dazu nur lächeln. Solche Reden hat das österreichische Volk noch gut in Erinnerung. Ich erinnere mich noch ganz genau, daß zum Beispiel einmal die Worte gefallen sind: „Manda, es ist Zeit“ und ein paar Tage später hat man gesagt: „Gott mir dir, mein Österreich!“ Das war alles, was man damals dem österreichischen Volk gegeben hat; den starken Reden, die man zuerst gehalten hat, folgte dann der offene Verzicht. Nicht anders wird es auch diesmal sein. Ich frage mich nur, welchen Zweck solche Reden haben, zumal es zum ersten Male hier im Landtage ist, daß ein Finanzreferent in einer derartigen Art und Weise seine Erläuterungen zum Budget einleitet. Aber nicht nur das, der Finanzreferent hat auch gelogen, bewußt gelogen, als er erklärt hat, daß die Einkommensteuer zurückgeht und er die Ursache — das hat er sich wieder nicht auszusprechen getraut — in den USIA-Betrieben sieht. Voriges Jahr schon waren die Verhältnisse mit den Steuern bei den USIA-Betrieben nicht anders als im heurigen Jahre. Auch im vorigen Jahre hat es hier schon Differenzen gegeben. Die Dinge haben sich bis heute nicht geändert. Aber daß die Einkommensteuer deswegen zurückgeht, das zu sagen ist eine Lüge, das ist nicht wahr! Was ist die tatsächliche Ursache des Einkommenssteuerrückganges? Zwei Erklärungen gibt es dafür: die eine Erklärung kann sein, daß der

kleine Kreis von großen Besitzenden es heute schon besser versteht, seine Steuerveranlagung zu erstellen als im vorigen Jahre, oder daß sie noch mehr Steuern schuldig bleiben als im vergangenen Jahre und daß man das auch im Budget berücksichtigt, das heißt, daß man ihnen praktisch einen Nachlaß gewährt. Das ist die eine Erklärung. Die zweite Erklärung kann sein, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Niederösterreich schon so verschlechtert haben, daß die Einkommensteuer zurückgeht. Wo war aber dann die Landesregierung? Hat sie hier einfach zugeschaut? Was ist das für eine Landesregierung, die einfach zur Kenntnis nimmt, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert haben, ohne dagegen entscheidende Maßnahmen zu treffen? Das, was man hier unter Wirtschaftsförderung dotiert und auswirft, ist ja keine Wirtschaftsförderung, sondern das ist eine Subventionierung einzelner Liebkinder und nichts anderes. Es gibt nur diese zwei Erklärungen für den Einkommenssteuerrückgang. Gerade der Hinweis des Finanzreferenten auf den Rückgang der Einkommensteuer, wobei er keine bestimmte Ursache angeführt hat, obwohl er diese bei den USIA-Betrieben sieht, soll uns einmal zeigen, wer hier tatsächlich Hetze betreibt. Ich führe das an, weil der Abgeordnete Zach von „Hetze“ gesprochen hat und diese als unvernünftig oder verbrecherisch bezeichnete. Ich überlasse es dem Abg. Zach, hier zu entscheiden, ob er diese Hetze auch als Unvernunft oder Verbrechen bezeichnet. Gerade der Landesrat Müllner sollte wissen, daß, wenn man sich mit den Russen zusammensetzt, man noch immer zu einem Überkommen gelangt ist. Die Kamptalwerke, wo er zusammen mit dem Landeshauptmannstellvertreter Kargl mitverhandelt hat, sind nur ein Beweis dafür. Die Frage der Lösung der Randgemeinden sind der zweite Beweis dafür. Trotzdem nimmt man hier die Tatsache, daß man sich überhaupt nicht zusammengesetzt und gar nicht verhandelt hat, um zu einer Einigung zu kommen, zum Anlaß, um sozusagen politisch etwas zu vertuschen. Landesrat Müllner hat kein Wort davon gesprochen, in welcher schwieriger Situation unser Land durch die Nichterfüllung der Aufgaben seitens des Bundes gekommen ist. Diese Nichterfüllung will er dadurch verschleiern, indem er auf etwas hinlenkt, von dem er weiß, daß es, wenn nur einige Anstrengungen gemacht worden wären, zweifellos zu einer Einigung gekommen wäre. Das ist ein charakteristisches Beispiel dafür, wie man es geschickt macht und der Herr Abg. Zach soll nun sagen, ob das Unvernunft oder Verbrechen ist. Das war nämlich ein Musterbeispiel für eine Hetze.

Man kann dem Finanzreferenten ja nicht alles verübeln, auch nicht, daß er als Finanzreferent nicht weiß, daß zum Beispiel die Lohnsummensteuer, von der er ununterbrochen gesprochen hat, eine reine Gemeindesteuer ist, von der weder das Land noch der Bund etwas haben. Wahrscheinlich hat er die Lohnsteuer gemeint.

Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß mit dem Bramarbasieren des Finanzreferenten bestimmte Dinge erreicht werden sollen. Vielleicht wollte man die ohnedies schon sehr schwachen Fäden des Willens zu einer Zusammenarbeit mit einem Male abhacken, obwohl ich weiß, daß viele Abgeordnete nicht diese Auffassung haben, weil sie die Not des Landes kennen und daher wissen, wie notwendig es wäre, hier wirklich zusammenzustehen. Auch der Finanzreferent müßte wissen, daß die Dinge anders liegen. Man will zu keiner Verständigung kommen, vielmehr setzt man alles daran, daß Niederösterreich weiterhin benachteiligt wird und daß in diesem Lande nicht ein Aufschwung, sondern eine weitere Zerrüttung der Wirtschaft eintreten soll. Zu alledem braucht man die Ermächtigungen, zu alledem braucht man die faschistische Methode des Regierens unter Ausschaltung des Landtages. Zu alledem braucht man diese Tarnung, um vor dem Volke besser heucheln zu können, als ob man im Interesse des Volkes sprechen würde. Nein, diese Rede war nicht im Interesse des ganzen Volkes gehalten, sie war gehalten im Interesse eines kleinen Teiles des Volkes, nämlich im Interesse der Besitzenden. (*Zwischenrufe rechts.*) Das Recht zur Kritik werden wir uns nicht nehmen lassen. Unsere Aufgabe besteht nämlich darin, hier unermüdlich die Forderungen der kleinen Leute zum Vortrag zu bringen und solange dafür einzutreten, bis diese Forderungen auch tatsächlich erfüllt sind.

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dr. Steingötter.

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hohes Haus! Die Generaldebatte bietet uns die Möglichkeit, Rückschau zu halten über das vergangene Jahr und zugleich den Voranschlag des kommenden Jahres zu beurteilen, ob er den Forderungen des Landes und seiner Bewohnerschaft entspricht. Wir kommen tatsächlich wenig dazu, wirklich politische Debatten hier zu halten, weil wir — dieser Ansicht bin auch ich — als Landtagsabgeordnete eigentlich etwas wenig strapaziert wurden. Es ist schon so, wie ich unlängst von einem Abgeordneten gehört habe, daß ein nö. Landtagsabgeordneter eigentlich ein Laufbursche ist, der nichts anderes zu besorgen hat als die Dinge, die

eigentlich gesetzlich vollkommen geregelt sind, durch seinen Einfluß zur Durchführung gelangen zu lassen. Wirkliche parlamentarische Tätigkeit, wie es die Funktion eines Abgeordneten verlangt, wird von uns eigentlich in verschwindendem Ausmaße gefordert, so daß man manchmal der Meinung ist — vielleicht haben sie auch Außenstehende —, so ein Landtagsmandat wäre eigentlich eine Sinekure. Wir müssen daher alle bestrebt sein, diese Meinung, die eine Gefahr für die Demokratie ist, zu beseitigen. Ich möchte dringend ersuchen, daß wir Abgeordnete im nächsten Jahre öfter zusammengerufen werden, um öfter zu den dringenden Problemen der Zeit und des Landes Stellung nehmen zu können.

Es ist heute schon ein paarmal davon gesprochen worden, daß die Verhältnisse in Niederösterreich in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die schlechtesten von allen Bundesländern sind. Es ist, glaube ich, unsere Pflicht, daß wir sowohl bei den Auseinandersetzungen über die Beurteilung des Budgets oder der Ziffern gewisser Positionen als auch bei jenen in politischer Hinsicht immer wieder zu untersuchen trachten, wieso es kommt, daß besonders dieses Land wirtschaftlich und politisch so schlecht daran ist. Ich glaube nicht ganz — das möchte ich besonders der Seite des Linksblocks sagen — an den schlechten Willen der Gegenseite. Ich bin immer gerne bereit, die Dinge historisch zu ergründen. Wir müssen immer wieder daran denken, wie ist es eigentlich zu diesem Österreich gekommen, das ja eigentlich erst 32 Jahre besteht und von diesen zwölf Jahre der Demokratie beraubt war und sich während dieser Zeit unter einer oder zwei Diktaturen befand. Dieses Österreich ist ein Überbleibsel eines großen Wirtschaftsgebietes; diejenigen, die es vorzeitig verlassen haben, trifft jetzt die bekannte Nemesis der Geschichte. Eine große Masse derjenigen, die aus diesem Völkerkörper herausgeströmt ist, bereut heute diesen Schritt mehr denn je. Und was von dem ganzen Österreich gilt, gilt besonders von Niederösterreich. Denn auch wir sind ein Überbleibsel eines Landes mit einer großen Hauptstadt, mit der Hauptstadt dieses Staates. Es muß einmal festgestellt werden, daß es vielleicht zur historischen Schuld beider großen Parteien gehört, daß sie die Trennung Wien und Niederösterreich vorgenommen haben. Diese Trennung, von der ich glaube, daß sie nie wieder rückgängig gemacht werden kann und über die ich schon zur Zeit ihrer Durchführung — damals war ich bereits politisch tätig — meiner Meinung unverhohlen Ausdruck gegeben hatte, daß ich sie nicht billige, wurde von einem Gesichtspunkt heraus vollzogen, der die heute bestehenden Schwie-

rigkeiten kennzeichnet. Sie wurde vollzogen, um sozusagen eine ungewöhnliche Situation zu beenden. Beide großen Parteien konnten sich damals nicht einigen, sie gingen damals leider aus der gemeinsamen Führung des Staatswesens heraus und haben sich jede für sich sozusagen einen Machtbereich geschaffen: Auf der einen Seite das Land und die Gemeinde Wien und auf der anderen Seite das Land Niederösterreich. An diesem historischen Schritt kränken wir heute noch und daraus erklären sich alle Schwierigkeiten, die wir besonders immer dann spüren, wenn wir an die Beratung eines Voranschlages dieses Landes herantreten.

Ich bin auch nicht der Meinung, das sage ich auch den Abgeordneten des Linksblocks, daß der Bund eine Schädigung des Landes Niederösterreich beabsichtigt. Für so kurzfristig betrachte ich die Politiker des Bundes auf keinen Fall. Schließlich sind von der Volkspartei der Bundeskanzler und der Minister für Landwirtschaft Niederösterreicher, wie auch von unserer Seite der Minister des Innern und der Justizminister Niederösterreicher sind. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese vier Leute in der Regierung nichts mehr im Sinne haben, als ihrem eigenen Lande, aus dem sie stammen, Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu bereiten.

Unser Staat ist wirtschaftlich unselbständig, er ist nicht imstande, sein wirtschaftliches Leben so zu gestalten, daß die Soll- und Habenseite ausgeglichen ist. Seinerzeit war ein großes, fast autarkes Wirtschaftsgebiet vorhanden, dessen einzelne Teile naturgemäß ihr Auskommen fanden. Auch Niederösterreich mit Wien zusammen hatte natürlich ganz andere Mittel zur Verfügung, als dies jetzt der Fall ist. Durch die eingetretenen Änderungen ist es begreiflicherweise zu den bestehenden finanziellen Schwierigkeiten gekommen. Wir sehen sie deutlich aus den alljährlichen Finanzausgleichen, die seit dem Jahre 1945, seit Gründung der Zweiten Republik, immer wieder geschlossen werden müssen, weil eben keiner der drei Teile, weder der Bund noch die Länder noch die Gemeinden, bis jetzt den richtigen Schlüssel für ihre Einnahmen- und Ausgabenbearbeitung gefunden haben. Es ergibt sich daher immer wieder die Notwendigkeit zur Auferlegung und Leistung von Notopfern, Bundespräzipua u. dgl. Dazu kommt noch, daß die Gemeinden, nachdem sie gewisse Vorteile des preußischen Gemeindesteuerrechtes kennengelernt und gehabt haben und sie auch heute noch haben, natürlich nicht in der Lage und noch weniger willens sind, auf diese Vorteile zu verzichten. Der Herr Finanzreferent hat aber davon gesprochen, daß man aus dem

Begehren des Finanzministers ersehen konnte, daß hier eine Änderung geplant ist.

Wir dürfen bei aller Anerkennung der politischen Leistung aller Mandatäre niemals darauf vergessen, daß schließlich auch die Bürokratie, besonders die hohe Bürokratie, auf die Gedanken und die Willensäußerungen ihrer Minister oft einen Einfluß ausübt, den richtig zu beurteilen wir gar nicht in der Lage sind. Der Herr Finanzminister oder sagen wir, sein Ministerium, ist schon in den früheren Jahren, besonders aber auch heuer vor der Erstellung des Budgets der Ansicht gewesen, daß dieses Österreich in seiner jetzigen Gestalt in bezug auf die Finanzierung der drei Hoheiten Bund, Länder und Gemeinden wieder zu den alten Verhältnissen zurückkehren muß, das heißt, daß das finanzielle Schwergewicht beim Bund und bei den Ländern zu liegen, während sich die Gemeinden mit den Ertragsanteilen und ihren Gemeindeabgaben begnügen müssen. Die Gemeinden haben während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes die Vorteile des preußischen Gemeindesteuerrechtes kennengelernt, eines Rechtes, das mit dem Nationalsozialismus eigentlich gar nichts zu tun hat, weil es schon aus früheren Jahrhunderten stammt. Dieses Gemeindesteuerrecht hat nämlich den Vorteil, daß die Gemeinden, die ja nach dem bekannten Wahrspruch die Zellen jedes Staatswesens sind, wirklich ertragreiche Steuern besitzen, und zwar in Form der Grundsteuer und Gewerbesteuer. Die Beibehaltung der preußischen Gemeindeordnung hat den Gemeinden nicht nur ihr Eigenleben ermöglicht, sondern darüber hinaus sie in stand gesetzt, Rücklagen zu machen, durch die sie in die Lage versetzt wurden, allen ihren Aufgaben gerecht zu werden. Nach dem österreichischen System dagegen waren die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben immer wieder nur auf die Aufnahme von Darlehen angewiesen, so daß mit der Zeit eine derartige Verschuldung der Gemeinden eintrat, daß noch Generationen nachher die Schulden ihrer Väter und Urgroßväter bezahlen mußten. Die österreichischen Gemeinden haben also die Vorteile des preußischen Gemeinderechtes kennengelernt und sie wollen nun die Grundsteuer und Gewerbesteuer als finanzielle Basis ihres Gemeindehaushaltes unbedingt beibehalten. Das bringt natürlich mit sich, daß die Länder keine eigenen Steuern mehr haben und daher nur von den Ertragsanteilen leben sollen, es aber nicht können, weil der bisherige Finanzausgleich ihnen wie aber auch dem Bund nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen konnte. Infolgedessen kommt es beim Finanzausgleich immer wieder zu Maßnahmen, die man einmal Notopfer oder jetzt

Bundespräzipium nennt. Nachdem das Gerüst des Finanzausgleiches infolge des Einflusses des Städtebundes und des unüberwindlichen Willens der österreichischen Gemeinden bleiben mußte, war es natürlich notwendig, um den entsprechenden Anforderungen der Bundes- und der Landesfinanzen nachzukommen, einen Finanzausgleich abzuschließen, der dem Bund das Präzipium brachte und dem Lande wieder die Landesumlage sicherte. Man überließ den Gemeinden zwar die Grund- und die Gewerbesteuer, nahm ihnen aber von den Ertragsanteilen einen ziemlich bedeutenden Betrag weg, so daß jetzt weder der Bund noch das Land noch die Gemeinden mit dem Finanzausgleich für das Jahr 1951 besonders zufrieden sein können. Nach unserer Meinung schneidet der Bund noch am besten ab. Vielleicht ist es aber gerade in der jetzigen Zeit, wo wir noch in Unfreiheit leben und wo wir absolut noch nicht das Ende ihrer Entwicklung voraussehen können, am besten, wenn der Bund seinen finanziellen Ausgleich findet und die Länder und Gemeinden unter Heranziehung aller Hilfsquellen, aber auch nach dem Prinzip einer gewissen Sparsamkeit ihren Haushalt gestalten.

Es ist daher notwendig, daß wir uns schon in der Generaldebatte ein Bild im allgemeinen über den uns vorliegenden Voranschlag machen. Beginnen wir bei der Landesregierung. Da hier eine Kritik angebracht ist, ist es notwendig, daß wir von unserer Seite — es steht selbstverständlich der Gegenseite dasselbe Recht zu — vorerst die Tätigkeit der höchsten Funktionäre dieses Landes etwas beleuchten. Wir bedauern, daß der Herr Landeshauptmann krank ist, denn wir hätten ihn gerade in diesen Tagen und auch schon vorige Woche gerne in unserer Mitte gesehen. Schließlich ist er der Vater des Landes und wir als die Kinder des Landes hätten ihm gerne einmal unsere Sorgen vorgetragen. Der Herr Landeshauptmann versucht seinem schweren Amte so schlecht und recht als es ihm eben möglich ist, nachzukommen. Nachdem es in diesem Hause auch ziemlich viele Bürgermeister gibt, möchten wir Bürgermeister den Herrn Landeshauptmann einmal einladen, in eine unserer Sprechstunden zu kommen, damit er selbst sieht, was wir draußen täglich erleben. Er würde dann die erschütterndsten Bilder mit nach Hause nehmen, wenn er mit ansehen und anhören würde, was uns alles die vielen Bittsteller vorbringen. Bei diesen Bitten handelt es sich fast zu drei Vierteln aller Fälle immer wieder um die Zuweisung von Wohnungen. Da gibt es Tränen, Verzweiflungsausbrüche, Ohnmachtsanfälle, kurz und gut, es spielt sich hier das ganze Repertoire der

bedrängten Menschen ab, die in ihrer größten Not irgendwohin kommen, um Hilfe zu finden. Vielleicht könnte dann auch der Herr Landeshauptmann einmal mit uns alle die Schwierigkeiten empfinden. Wenn der Herr Landeshauptmann als moderner Harun al Raschid jeden Tag von einer Gemeinde zur anderen kommen würde, um dieses Elend und diesen Jammer selbst mit anzusehen, dann möchte ich wirklich wissen, ob er als Mensch, als verantwortungsvoller Funktionär und als Christ sich nicht doch einiges denken müßte, wenn wir wieder an ihn herantreten und sagen: Sie, Herr Landeshauptmann, wir können dieses Elend, diesen Jammer nicht beseitigen, wenn Sie nicht, so wie der Herr Landeshauptmann von Wien und der Herr Landeshauptmann von Kärnten, die §§ 7 und 8 des Wohnungsanforderungsgesetzes in Kraft setzen. Der Herr Landeshauptmann müßte einsehen, daß dieses Verlangen keine bloße politische Forderung ist. Wir Bürgermeister wollen daraus nicht irgendein Kapital schlagen, wir wollen uns hier nicht wer weiß wie verdient zeigen, sondern wir, die wir fast schon abgehärtet und stumpf gegenüber diesem Elend sind — der Ausdruck klingt hart — wir wissen eben keinen Ausweg mehr. Ich müßte dem Landeshauptmann all das sagen, was ich diesen armen Menschen täglich erzählen muß. Ein Viertel der Wohnungen dieser Stadt gehört der Gemeinde, drei Viertel gehören den Hausherrn, und alle diese Tausende von Wohnungsuchenden wollen aus diesem einen Viertel befriedigt werden, weil die anderen drei Viertel einfach nicht zu haben sind. Denn diese Wohnungen sind eine Ware geworden, mit der gehandelt wird und die für diese Leute unmöglich zu erlangen ist.

Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann auch das Elend der Menschen zeigen, die keinen Beruf und auch keine Arbeit erlangen können, deren Kinder nirgends aufgenommen werden, weil sie, obwohl geborene Österreicher, nicht die Staatsbürgerschaft bekommen. Es gibt Leute in Wien, die noch immer nicht österreichische Staatsbürger geworden sind, trotzdem ihre Vorfahren durch drei Generationen hindurch sich in Österreich befunden haben.

Wenn auf unseren Herrn Landeshauptmann die erschütternden Bilder, wie sie in unseren Gemeindeganzleien abrollen, keinen Eindruck machen würden, dann wäre wirklich Hopfen und Malz verloren. Ich erhoffe mir aber mehr von unserem Landeshauptmann und würde nur wünschen, daß er wirklich einmal diese kleine Reise in seinem Lande unternimmt.

Nun komme ich zum Herrn Finanzreferenten. Ich muß heute leider vor fast leerem

Hause sprechen. Sie selber (*zur Seite der ÖVP gewendet*) haben leider nur Posten aufgestellt, sogar unsere Beobachter sind verschwunden (*Heiterkeit*), was mir sehr leid tut, weil ich auch ihnen heute noch etwas zu erzählen gehabt hätte. Kurz und gut, der Herr Landesrat Müllner ist bemüht — natürlich, weil er Verantwortungsgefühl hat, das bringt schon sein Beruf als Finanzreferent mit sich —, das zu tun, was ihm nach seiner Meinung sein Amt vorschreibt. Ich sehe ihn noch vor mir, als er seinerzeit in St. Pölten, in der Linzer Straße, kühn ein Rohrstöckchen schwingend, als Kommandeur des Freiheitsbundes herumging. Wenn er auch, das muß ich feststellen, mannhaft das alles gesüht hat — schließlich war er ja KZler —, so scheinen doch hie und da in ihm Rück Erinnerungen an diese Zeit aufzublitzen, und er ist manchmal versucht — je mehr Auditorium er um sich hat, desto öfter befallen ihn solche Anwandlungen —, den starken Mann zu spielen. Das ist natürlich für einen Finanzreferenten eines so großen Landes eine gefährliche Sache. Denn dadurch ruft er förmlich den Widerstand seiner Gegner hervor und da hat er dann natürlich damit zu rechnen, daß sein ganzes Gehaben von einem ganz anderen Standpunkt aus beurteilt wird.

Ich bin ihm, was die Stadt St. Pölten betrifft, dafür dankbar, daß er schließlich eingesehen hat, von welch ungeheurer Bedeutung — wir werden darüber noch in der Spezialdebatte sprechen — die Landesschwesternschule in Sankt Pölten für die ganze Entwicklung des Spitalwesens und der Schwesternschaft selbst ist. Das hat er im Drange seiner vielen Geschäfte einfach nicht gleich zur Kenntnis genommen, er ist erst etwas später daraufgekommen. Ich bin ihm auch dafür sehr dankbar, daß er uns jetzt am Schlusse für das Jahr 1950 doch noch 100.000 S für diese Schule bewilligt hat. Die zweiten 100.000 S waren aber schon nicht mehr möglich, das war wahrscheinlich schon zuviel. Ich mußte daher einen Resolutionsantrag einbringen, dahingehend, daß er aus Ersparnissen — und ich zweifle nicht, daß Herr Landesrat Müllner Ersparnisse hat und haben wird — etwas freigibt und hierbei wieder an die Schwesternschule in St. Pölten denkt.

Wenn ich schon von den vielen Geschäften des Herrn Landesrates Müllner gesprochen habe, so bitte ich seine Klubgenossen, die doch hier sitzen, ihn unbedingt davon zu unterrichten, daß nach unserer Meinung schließlich jede Art von politischer Tätigkeit in ihrem Umfang eine gewisse Begrenzung haben muß. Wir haben ja in diesem nö. Landtag einen Unvereinbarkeitsausschuß, dessen Mitglieder

gewählt sind, und der zu untersuchen hätte, ob gewisse von Mitgliedern der Landesregierung bekleidete Ämter politisch vereinbar sind. Ich würde es sehr gerne sehen, wenn dieser Unvereinbarkeitsausschuß einmal einberufen und gründlich untersuchen würde, ob das Amt eines Finanzreferenten von Niederösterreich mit dem Amt eines Präsidenten der NEWAG vereinbar ist. Um der Angelegenheit aber ein etwas anderes Aussehen zu geben, heißt der Herr Landesrat Müllner „geschäftsführender Präsident“. Aber schließlich wissen wir, daß der Herr Landeshauptmann Ehrenpräsident und der geschäftsführende Präsident ja doch der eigentliche Macher ist. Es wäre also zu untersuchen, ob das zwei Posten sind, die miteinander vereinbar sind. Ich würde daher den Herrn Landesrat Müllner bitten, in den wenigen Stunden des Tages, die ihm bei dem vorgezeichneten großen Kreis seiner Geschäfte übrigbleiben, darüber nachzudenken, ob hier nicht eine Änderung am Platze wäre.

Weil ich jetzt zufällig gerade von der NEWAG spreche, auf die ich durch ihren geschäftsführenden Präsidenten gekommen bin (*Ruf bei der Volkspartei: Phantasie!*), so möchte ich zur Kennzeichnung der Personalpolitik der NEWAG, für die wahrscheinlich der geschäftsführende Präsident eine gewisse Verantwortung trägt, dem Hohen Landtag von dieser NEWAG, die eigentlich ein Unternehmen des Landes ist, etwas mitteilen. Ich harre schon der Stunde, wo wir in unserem Voranschlag auch ein Kapitel 8 — das sind die wirtschaftlichen Betriebe des Landes — bekommen, bei dessen Beratung wir uns als Abgeordnete dann auch mit den Geschäften der NEWAG zu beschäftigen haben werden. Da ist uns da ein Flugblatt der NEWAG in die Hand gekommen. Es tut mir nur leid, daß der Herr Präsident nicht hier ist, denn ich möchte ihn fragen, ob er von diesem Flugblatt weiß und ob er für dessen Inhalt die Verantwortung trägt oder nicht. Darin heißt es: „Liebe Kollegin, lieber Kollege! Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund für die Sicherung des Arbeitsplatzes! Entlassung aus dem Staatsdienst, unsichere Beschäftigungslage der Wirtschaft! Also drohender Abbau? Nein! Dreimal nein! sagt der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund. Sein Programm lautet: Sicherung des Arbeitsplatzes, Vollbeschäftigung.“ Und so geht es weiter. Dann sagt er (*liest*): „Das Wahlergebnis von 138 Angestellten ist folgendes: Von 44 Angestellten wählten die Liste des Arbeiter- und Angestelltenbundes 37 = 84%, von 94 Arbeitern wählten die Listen des Arbeiter- und Angestelltenbundes 35 = 38%, bei Berücksichtigung der zwei Nichtwähler ergibt sich somit

ein Durchschnitt von 52%. Also die Mehrheit wählte den Arbeiter- und Angestelltenbund.“ Es heißt dann weiter (*liest*): „Die Mehrheit wählte Sicherung des Arbeitsplatzes, Sicherung der Existenz. Für diese Sicherung wird der Arbeiter- und Angestelltenbund auch jederzeit eintreten. Er kann es aber nur dann tun, wenn die Kollegen, die ihm seine Stimme gaben, nun auch in ihrem eigensten Interesse den nächsten Schritt tun und Mitglied des Arbeiter- und Angestelltenbundes werden.“ Besonders unterstrichen wird noch (*liest*): „Nur dann ist der Arbeiter- und Angestelltenbund in der Lage, für jeden Kollegen persönlich dessen berechnigte Interessen zu vertreten.“

Außerdem ist hier noch zu lesen: „Liebe Kollegin, lieber Kollege! Sie gaben am 8. Dezember 1949 dem Arbeiter- und Angestelltenbund Ihre Stimme. Geben Sie ihm nun durch Ihren Beitritt auch die Möglichkeit, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Die große Beitrittsaktion des Arbeiter- und Angestelltenbundes gibt Ihnen heute die Gelegenheit dazu.“

Diese Beitrittserklärung ist schon vollkommen ausgefertigt und braucht nur mehr die Unterschrift. Man mutet also den Arbeitern und Angestellten nicht einmal zu, daß sie selbst dieses Anmeldeformular ausfüllen. Man denkt da unwillkürlich an den Zigeunerbaron.

Wir sehen also, welche Personalverhältnisse bei der NEWAG herrschen, wenn der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund in dieser Form für den Beitritt wirbt.

Nun komme ich zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl, den ich hier als den einzig Anwesenden von denjenigen Personen begrüßen kann, die ich mir erlaubt habe zu charakterisieren. Wenn wir die beiden vorerwähnten Herren und den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl als Mitglieder der Landesregierung näher untersuchen, dann kommen wir darauf, daß sie alle den drei verschiedenen Bündeln der ÖVP entstammen.

Zu der heute schon so oft aufgeworfenen Frage, was ist der Arbeiter und was ist der Unternehmer, könnte man die Antwort meiner Meinung am besten so geben, daß wir diese beiden Kategorien als wirtschaftlich Selbständige und als wirtschaftlich Unselbständige bezeichnen. Es ist schon eine alte Tradition der ÖVP, daß der höchste Posten des Landes — dafür besteht vielleicht auch eine gewisse Berechnigung — sozusagen dem Bauernbund vorbehalten ist. Sie (*zu der Seite der ÖVP gewendet*) könnten sich das wahrscheinlich gar nicht anders vorstellen, denn schließlich und endlich ist ja der Bauernbund gewisser-

maßen das Rückgrat Ihrer Partei, und zwar war das schon zu einer Zeit, als Sie sich noch Christlichsoziale nannten. Das ist heute noch immer so und Sie wählen daher mit einer gewissen Berechnigung einen Vertreter des Bauernbundes zum Landeshauptmann.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl ist Vertreter des Wirtschaftsbundes, also der zweiten Gruppe der wirtschaftlich Selbständigen, und Herr Landesrat Müllner verkörpert als Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes die Gruppe, die wir zu den wirtschaftlich Unselbständigen rechnen. Wir sehen also hier in einer Partei wirtschaftlich Selbständige und wirtschaftlich Unselbständige vereinigt. Wir sehen aber auch, wie sich dadurch — in der Öffentlichkeit natürlich unbemerkt — gewisse Schwierigkeiten ergeben. Die wirtschaftlich Unselbständigen, die von der Welt schon ziemlich viel gelernt haben, beanspruchen natürlich von der anderen Gruppe mit Recht ihren redlichen Anteil. Infolgedessen ist es notwendig, daß man für diese Bettgemeinschaft sozusagen eine Klammer findet und diese hat man nun, wie Sie immer behaupten, in dem Bekenntnis zum abendländischen Christentum gefunden. Im Abgeordnetenhaus und im Bundesrat haben Sie das auch in solenner Form dadurch zum Ausdruck gebracht, daß Sie das Klubzimmer mit einem vom Kardinal Innitzer geweihten Kreuz versehen haben. Diese Klammer des Christentums ist natürlich notwendig, weil nach unserer Auffassung mit der Zeit die Interessen der wirtschaftlich Selbständigen und der wirtschaftlich Unselbständigen selbst in der ÖVP in gewissen Hinsichten verschiedene geworden sind. Ich glaube daher — Sie, meine Herren (*zur Seite der ÖVP gewendet*), glauben heute zwar noch nicht daran — daß bei allen Schichten, die Sie vertreten — für das Haus hier gilt das auch, und zwar vom ersten Hofrat, dem Landesamtsdirektor bis zur letzten Scheuerfrau —, mit der Zeit ein ganz gewaltiger Ruck nach links erfolgen wird. Meiner Meinung nach wird die Klammer des Christentums, also Ihrer christlichen Weltanschauung, schließlich doch nicht so fest halten, um nicht hier eine *icio in partes* vornehmen zu müssen, denn alle diejenigen, die wirtschaftlich unselbständig sind, brauchen eben auch alles das, was unsere Leute benötigen; sie werden schließlich sehen, daß ihre Interessen hier links mehr gewahrt werden als dort rechts.

Dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl bin ich heute aber auch Dank schuldig. Als St.-Pöltner muß ich hier meine Pflicht tun und ihm dafür danken, daß er im Straßenbauprogramm, das er heuer viertelweise vorgenommen hat — wobei ich der Mei-



nung bin, daß dies eine wohltuende Abkehr vom vorjährigen Usus ist —, die St.-Pöltner Straße gleich als Nummer 2 angeführt hat. Ich kann ihm jetzt sogar sagen — damals hat ihn schon die Mitteilung beeindruckt, daß auf dieser 3 km langen Straße in kurzer Zeit sechs Tote durch Verkehrsunfälle zu verzeichnen sind —, daß es in den vergangenen fünf Jahren dort insgesamt 23 Tote gab. Sie können überzeugt sein, daß der Ausbau dieser Straße sicherlich seine Früchte tragen wird, weil die derzeitigen Verkehrsverhältnisse dort tatsächlich so sind, daß sie eine schreckliche Gefahr bedeuten. Wir wissen auch nicht mehr aus noch ein. Dazu kommt weiter noch das Problem mit der Brücke. Dieses Problem kann das Land Niederösterreich allerdings nicht lösen. Wir werden aber Ihren Rat befolgen und mit einer großen Deputation beim zuständigen Minister vorsprechen, um vielleicht doch noch das notwendige Geld zu bekommen, damit wir die zweite große Gefahr auf dieser Hauptverkehrsstraße von Niederösterreich endlich beseitigen können.

Sonst sind wir im allgemeinen heuer mit Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl, zufrieden! Wir wollen jeder Seite gerecht werden, nur gilt bei Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl, die gleiche Frage, die ich bereits an den Herrn Landesrat Müllner gerichtet habe. Es kommt mir nämlich oft vor, daß die linke Hand des Präsidenten des Gewerbebundes nicht weiß, was die rechte Hand des Landeshauptmannstellvertreters macht und infolgedessen habe ich auch hier, wenigstens meiner bescheidenen Auffassung nach, die Meinung, daß diese zwei Ämter, wenn man sie streng politisch untersuchen würde, unter das Kapitel der Unvereinbarkeit fallen würden. Sonst aber schneiden Sie heuer, wenigstens für St. Pölten, gut ab, um so mehr, als Sie uns auch mit der Angelegenheit der Leichenbestattung endlich gnädig in Ruhe gelassen haben, welche im vorigen Jahre Gegenstand einer besonderen Ermahnung Ihrer Person war.

Nun komme ich zum Kapitel „Polizei“ zu sprechen, das nur mit 40.000 S, u. zw. für die Kosten des Schubwesens, dotiert ist. Dieses Kapitel gibt uns die Möglichkeit, über die Sicherheitsverhältnisse zu sprechen. Ich bedaure, daß die Beobachter (*zur rechten Seite der Galerie gewendet*) jetzt nicht mehr hier sind. Es wird uns von der Seite des Linksblocks immer wieder vorgeworfen, daß wir uns — ich rede da offen heraus — gerne mit einer Russenhetze abgeben. Wo ich bin, predige ich immer, man möge eine Russenhetze unterlassen und es so machen, wie ich es während des Krieges bei meinen kurzen Aufenthalten in Prag gesehen

habe, wo die dortigen Tschechinnen von den deutschen Soldaten keine Notiz genommen haben, sie haben sie so angeschaut, als wenn sie durch Glas sehen würden. Diese Tschechinnen haben mir imponiert und ich möchte heute allen Österreichern raten, mit der jeweiligen Besatzungsmacht genau so zu verfahren. Das wäre auch für den weiblichen Teil unserer Bevölkerung, besonders in den westlichen Ländern, gewiß nicht zum Nachteil. Die Besatzung, gleichgültig welcher Nation sie ist, ist für uns Österreicher auf die Dauer eine solche schwere Last und Bedrückung, daß wir sie einfach nicht mehr aushalten. Wir wollen da wirklich nicht nur von einer Besatzungsmacht sprechen, das sei mit voller Deutlichkeit gesagt. Es unterscheidet sich eben ein besoffener Amerikaner, Franzose oder Engländer in gar nichts von einem besoffenen Russen. Daß die Sicherheit in Niederösterreich noch immer nicht den Grad erreicht hat, den die Bevölkerung wünscht und braucht, das ist eine Feststellung, die so allgemein ist, daß man sie auch hier in voller Öffentlichkeit vorbringen kann. Wir wünschen deswegen, daß die hohen Alliierten, deren besonderen Gunst oder Ungunst wir uns leider noch immer erfreuen, Österreich endlich instand setzen, die Sicherheitsexekutive, die Polizei und die Gendarmerie, in einem derartigen Ausmaß halten und derartig bewaffnen zu können, daß die Sicherheit aller Bewohner in Österreich, besonders in Niederösterreich, endlich gewahrt ist. Das ist ein absolut billiges Verlangen, das hat gar nichts mit Krieg oder Revanchegeschrei, noch mit irgendeiner Kriegshysterie zu tun, sondern wir wollen einfach nur geordnete Sicherheitsverhältnisse, und dazu gehört eben eine entsprechende Exekutive. Man muß nicht gleich hinter jedem uniformierten Feuerwehrmann eine drohende österreichische Wehrmacht sehen.

Das Kapitel „Fürsorge“ ist, wie bereits erwähnt wurde, tatsächlich nicht in dem Maße bedacht, wie es die Verhältnisse von Niederösterreich verlangen würden. Der Finanzreferent kann natürlich hierfür nicht willkürlich Summen einsetzen. Schließlich muß man zubilligen, daß die beiden großen Parteien sicher das entsprechende Verständnis für die schweren Verhältnisse besonders jener Volksteile haben, für die eine Fürsorge notwendig ist.

Freilich gehört — und damit komme ich streiflichtartig wieder auf das erste Kapitel zurück — zur Fürsorge auch die Einrichtung, die wir früher hatten, die wir aber trotz vielfachem Verlangen leider noch nicht durchsetzen konnten, nämlich die volle Demokratisierung unserer Verwaltung. Die Demokrati-

sierung der Verwaltung ist in den Statutarstädten bereits vorhanden. Warum sie allgemein noch nicht ermöglicht wurde, ist eigentlich unerfindlich. Wenn man glaubt oder fürchtet, daß die Politisierung der Verwaltung wegen finanzieller Schwierigkeiten unmöglich sei, dann würde ich empfehlen, die ersten Schriften unseres Herrn Bundespräsidenten zu lesen, der schon vor vielen Jahren der Meinung war, daß die Demokratisierung, wenn auch noch nicht der Bezirkshauptmannschaften, so doch der Kreise in Österreich möglich wäre, und der auch in seinen ersten Veröffentlichungen die Demokratisierung der Kreisverwaltungen verlangt hat. Das wäre in Niederösterreich sehr einfach. Man könnte sich also eine Demokratisierung der Kreisverwaltungen sehr gut vorstellen. Jedenfalls, glaube ich, sollte man von diesem Verlangen nicht abrücken, weil eine Demokratisierung der Kreis- bzw. der Bezirksverwaltungen unbedingt zu einer vollen Demokratisierung unserer Verwaltung gehört.

Nicht nur im Fürsorgewesen, sondern auch im Straßenwesen empfinden wir diesen Mangel sehr stark. Daher müßte schließlich bei der anderen Seite des Hauses das Verlangen nach Demokratisierung der Verwaltung im gleichen Ausmaße vorhanden sein wie bei uns.

Neben dem Wohnungsproblem ist das zweitwichtigste Problem dieses Staates das Jugendproblem. Wir wissen, daß vor allem der Mangel entsprechender Schulgesetze die Schulverwaltung in jedem Lande dieses Staates erschwert, ja ich möchte fast sagen, in wichtigen Dingen unmöglich macht. Daß wir, sehr geehrte Majorität dieses Hauses, hinter das Reichsvolksschulgesetz absolut nicht zurückgehen wollen und können, müßte für Sie eine Selbstverständlichkeit sein. Schließlich sind das Verfassungsfragen, wozu man ja auch uns braucht. Wir können über das Reichsvolksschulgesetz wohl hinausgehen, aber ein Zurückgehen hinter das Reichsvolksschulgesetz in dieser wichtigen und, man kann sagen, weil es sich um die Zukunft der Kinder handelt, in dieser wichtigsten Frage, ist unmöglich. Sie werden uns jederzeit für eine Mitarbeit bereit finden, wenn unsere geringen Forderungen in dieser Frage erfüllt werden. Aber ohne uns kann diese Frage nicht gelöst werden. Infolgedessen gehören auch diese Probleme zu den Dingen, von denen das österreichische Volk hofft, daß die beiden großen Parteien in Kürze zu einer Übereinstimmung gelangen werden, um endlich eine Lösung dieser Fragen zu ermöglichen.

Sehr schwierig ist infolge der allgemeinen finanziellen Notlage — ich schließe den Bund nie aus — der Wiederaufbau der im Bomben-

krieg zerstörten Schulen. Ich muß aber zugeben, daß in vielen Fällen — da nenne ich auch wieder dankbar St. Pölten — sowohl der Bund als auch das Land finanzielle Opfer auf sich genommen haben. Bei uns sind durch Bomben 34 Hauptschulklassen zerstört worden und weiter auch noch die ehemalige Unterrealschule, die ein Ersatzgebäude für zwei Schulen mit Internat dargestellt hat. Bund und Land sind uns so weit entgegengekommen, daß wir hoffen können, unser Hauptschulgebäude wenigstens im nächsten Jahre wieder seiner Bestimmung zuführen zu können.

Ein schwieriges Problem bildet für uns auch die schulentlassene Jugend beiderlei Geschlechtes. Ich erachte hier die Gefahr für die weibliche Jugend noch viel größer als für die männliche Jugend, obwohl auch bei dieser die Aussichten sehr betrüblich sind. Erst gestern ist bei mir im Rathaus ein junger Mann gesessen, der gemeint hat, ich könnte eine über ihn verhängte Arreststrafe von drei Jahren, die auf Berufung des Staatsanwaltes, weil der Richter zu milde war, in drei Jahre schweren Kerker umgewandelt wurde, tilgen. Als ich diesen jungen Mann tränenüberfließen vor mir gesehen habe, habe ich die ganze Gefahr der schulentlassenen Jugend deutlich wahrnehmen können. Wir müssen daher versuchen, hier irgendeinen Ausweg zu finden. In größeren Städten und Orten müssen wir Lehrwerkstätten errichten, in denen die Jugend unter der Leitung bewährter Meister — wobei man nicht mit allzu viel Theorie kommen möge — angelernt wird. Dort könnte ein großer Teil der Schüler von dem Lehrstoff, den sie sonst in längerer Zeit zu bewältigen hätten, mindestens das Wichtigste in einigen Stunden nachholen. Das Erschreckende bei dieser schulentlassenen Jugend ist der hohe Prozentsatz von Knaben und Mädchen, die nicht einmal den Lehrstoff der Hauptschule erreichten. Auch dies ist mit ein Grund, daß wir uns mit dem Gedanken der Errichtung solcher Lehrwerkstätten oder Werkschulen, wie sie die Fachmänner der Arbeitsämter fordern, näher beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit können das Land und sein Finanzreferent ihre soziale Einstellung zu diesem Problem bekunden, indem sie, wenn auch hierfür in unserem Budget nichts vorgesehen ist, den Gemeinden zu Hilfe kommen. Wir glauben, daß durch eine günstige Gestaltung der Steuereinkünfte und durch gewisse Reserven, die in jedem ordentlichen Budget vorhanden sein müssen, die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um dieses so wichtige Problem einer Lösung zuzuführen.

Bei dieser Gelegenheit wird es auch, wie ich bereits im Finanzausschuß ausgeführt habe,

notwendig sein, einzelne Kindergärten — wobei wir die Vermehrung um 30 Kindergärten sehr begrüßen — in Tagesheime oder Horte umzuwandeln, weil die Einkünfte einer Familie mit mehreren Kindern vielfach so sind, daß neben dem Vater auch die Mutter einem Erwerb nachgehen muß. Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, daß Kinderhorte errichtet werden, wo die Kinder solcher Eltern die entsprechende Betreuung finden.

Bezüglich des Gesundheitswesens werde ich mir erlauben, in der Spezialdebatte auf die wichtigsten Fragen dieses Kapitels näher einzugehen.

Dem Herrn Landesrat Genner, der seiner Meinung dahingehend Ausdruck verliehen hat, daß er als Nichtarzt die Verhältnisse nicht entsprechend beurteilen könne, daß sich jedoch bei ihm nach einem Aufenthalt im Speisinger Krankenhaus die Meinung gefestigt habe, wir würden eine wichtige Untersuchungsart, nämlich das Schirmbild- und das Reihenuntersuchungsverfahren, nicht durchführen und damit nicht einmal Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose ergreifen, möchte ich folgendes sagen: Hier in diesem Hause sind zwei Abgeordnete Ärzte, während im Nationalrat und im Bundesrat kein Abgeordneter ist, der dem ärztlichen Berufsstand angehört. Dieser Umstand hat sich bei der Beratung des Jungärzteproblems sehr störend bemerkbar gemacht. Durch die Calmetteimpfung ist inzwischen das viel teurere Schirmbildverfahren teilweise überflüssig geworden. Wir haben daher dafür zu sorgen, daß die Calmetteimpfungen mit der Zeit Zwangimpfungen werden, wie es zum Beispiel die Impfungen gegen Pocken sind. Bei der Calmetteimpfung handelt es sich um ein abgestuftes Verfahren; zuerst ist die Probeimpfung mit Tuberkulin, durch die man auf jene Fälle kommt, die schon einmal mit der Tuberkulose in Berührung gekommen sind. Auf Grund der vollständigen Calmetteimpfung ist sodann die Anfälligkeit und die wirkliche Infektion mit Tuberkulose festzustellen. Weiter kann man durch die Calmetteimpfung auch die negativen Fälle nachweisen. Die bereits in den nordischen Ländern gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, daß es dadurch möglich ist, die Tuberkulose wirklich wirksam zu bekämpfen.

Über das Kapitel der Krebsbekämpfung werde ich mir erlauben in der Spezialdebatte zu sprechen.

Bezüglich des Bauwesens möchte ich mich mit dem Herrn Abgeordneten Kollegen Ing. Hirnmann etwas auseinandersetzen. Er hat die Großbauten bemängelt und gesagt, daß die Zukunft auf diesem Gebiete im vorwiegenden

Ausmaße den Siedlungsbauten gehören wird. Er ist hier im Irrtum, denn die großen Städte werden natürlich immer trachten müssen, das Wohnungsblocksystem als öffentliche Bauart in Betracht zu ziehen. Wir brauchen gar nicht von einer sozialen Bauart zu reden, sagen wir einfach öffentliche Bauart. Da müssen wir dem Beispiel Wiens folgen, ob wir nun für dessen politisches System schwärmen oder ob wir dagegen sind. Wir müssen für dieses Wohnungsblocksystem in den größeren Städten schon aus dem Grunde eintreten, weil die Aufschließungskosten, wie Kanalisierung, Wasserleitung, Beleuchtung und später — wie Sankt Pölten bereits angefangen hat — Fernheizung, wesentlich billiger zu stehen kommen als das beim Siedlersystem, das leider in Wien und in den größeren Städten ziemlich planlos durchgeführt wird, der Fall ist. Diese hohen Aufschließungskosten belasten die Gemeinden so stark, daß sie — das muß offen gesagt werden — dem Siedlersystem, so günstig es auch sein mag, nicht sehr wohlwollend gegenüberstehen. Wir wissen auch, daß schließlich das Siedlersystem, so sehr es zu begrüßen ist und so sehr es all denen zu gönnen ist, die aus der Enge der Stadt hinaus wollen in die Natur, doch die Wohnungsnot nicht in dem Maße beseitigt, wie es bei dem Bau großer oder größerer Häuser der Fall ist. Wir haben in St. Pölten zum Beispiel im Jahre 1950 jedem Erbauer einer Wohnung, ganz gleich, ob private oder öffentliche Hand, ob Siedlungsbau oder Eigenbau, ob mit privaten Mitteln oder mit Mitteln des Bundes-Wohn- und -Siedlungsfonds errichtet, pro Wohnung 2000 S gegeben. Dadurch konnten wir genau verzeichnen, wie viele Wohnungen in St. Pölten gebaut wurden. In einem Jahre waren es 237 Wohnungen und trotzdem spüren wir kein Nachlassen der Wohnungsnot. Wir können nur durch den Bau großer Wohnhausblöcke durch die öffentliche Hand, wie das schon Wien gezeigt hat, der Wohnungsnot entgegenzutreten. Wir hoffen, daß Bund und Land diese Bestrebungen unterstützen werden, wobei — mir liegt eben das Hemd näher als der Rock — ich als St.-Pöltner noch feststellen muß, daß bei uns in St. Pölten leider sehr viele öffentliche Gebäude den Bomben zum Opfer gefallen sind, obwohl die Bombenschäden an jene an der Südbahnstrecke, vor allem in Wiener Neustadt, nicht heranreichen. Wir sind aber auch dadurch bedrängt, daß bei uns in St. Pölten 1059 Menschen in Baracken wohnen, die aus dem Jahre 1916 stammen und die infolge ihres Alters und ihrer Bauart jeden Tag zusammenzufallen drohen, so daß wir über Nacht einmal 1059 Obdachlose plötzlich zu versorgen haben werden, wie aber, das wissen wir heute noch

nicht. Das sind Gefahren, die uns aus dem Problem der Wohnungsnot drohen. Wir sind überzeugt, daß Bund und Land uns helfen werden, damit wir uns — natürlich auch bei voller Heranziehung der eigenen Finanzen — diese Sorge endlich vom Hals schaffen können.

Das wären im großen und ganzen die Dinge, die in einer Generaldebatte vorzutragen wären. Natürlich wissen wir, daß bei der Beschränktheit der Mittel viele von unseren Wünschen im Bund, in den Ländern, auch in den Gemeinden zurückstehen müssen. Ich glaube nicht, meine Herren vom Linksblock, daß Herr Landesrat Müllner — da muß ich ihn doch in Schutz nehmen — einen Profit aus der Fürsorge und dem Krankenhausetat ziehen will. Die Mittel sind eben gering und wir können nicht mehr machen, als uns zu Gebote steht.

Der Herr Abg. Dubovsky hat gesagt, was die Kommunisten versprochen haben, werden sie auch halten. Das glaube ich der Kommunistischen Partei und der Partei des Linksblocks. Es ist wenigstens ehrlich gesagt. (*Zur Seite des Linksblock gewendet*): Sie haben ihren Anhängern die Volksdemokratie versprochen und Sie würden, wenn Sie zur Herrschaft kommen, dieses Versprechen auch halten. Für so ehrlich halte ich Sie. (*Heiterkeit.*) Aber, meine Herren vom Linksblock, Sie müssen es aber auch uns Sozialisten zugute halten, wenn wir trachten, Sie an diesem Versprechen zu hindern. Wenn wir uns vor Augen halten, was die Volksdemokratie im Ursprungsland selbst und in den unglücklichen Ländern, die sich diesem System verschworen haben, bedeutet, dann wollen wir wenigstens die Bewohner Österreichs von diesem Unglück abhalten. Wir werden dazu alles beitragen, denn wir wissen, daß die Zukunft des Landes, des Staates, ja überhaupt die Zukunft der Welt nur gesichert ist durch die Einrichtungen der Demokratie.

Wir halten auch nichts davon, wenn Sie immer soviel vom sogenannten Frieden reden und wenn Sie dafür tausende und hunderttausende Unterschriften sammeln. Wir wissen aus unseren Schulen, daß sogar Volksschüler solche Unterschriften geleistet haben. Wir alle, die wir hier sitzen, haben den Krieg hinter uns und es wird wenige geben, die nicht auch persönliche Opfer durch diesen Krieg zu beklagen haben. Auch ich habe Sohn und Schwiegersohn verloren. Man kann uns daher doch nicht als Kriegstreiber und dieses Budget doch nicht als ein Budget für amerikanische Kriegsrüstung bezeichnen. Wir wollen Frieden haben, wir würden ansonsten weder Häuser bauen noch Straßen errichten und wir würden kein solches Budget verfassen und begrüßen, wenn wir nicht für den Frieden wären. Wir wollen aber über diesen Frieden hinaus die Freiheit, wir wollen die Unabhängigkeit dieses Landes und wir werden versuchen, mit allen unseren Kräften dazu beizutragen, daß aus diesem unglücklichen Lande wirklich ein Land wird, das in der Zukunft auf Grund seiner jahrhundertelangen Tradition gefeit ist gegen jeden Rückfall in einen überspitzten Nationalismus, das aber auch durch die Ereignisse von 1934 und 1935 endgültig gefeit ist vor jedem Rückfall in eine Diktatur. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

PRÄSIDENT: Da der Zeiger der Uhr schon ziemlich zu der Stunde vorgerückt ist, mit der der Schluß der heutigen Sitzung angesetzt war, schreite ich zum Schluß der Sitzung. Ich teile nur noch mit, daß die Schlußzeit der morgigen Beratungen noch beschlossen werden wird.

Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen. Morgen beginnt die Sitzung um 9 Uhr 30 Minuten vormittags.

(*Schluß der Sitzung um 21 Uhr 50 Min.*)